

# NRW | 02

**ÖVP**

>> Eine kluge Entscheidung

## Das Österreich-Programm der Volkspartei

[www.oevp.at](http://www.oevp.at)

Unsere Ziele für Österreich

## Vorwort

- 1 Demokratie & Öffentlicher Dienst . . . . . 6**
  - Starke Demokratie – verlässliche öffentliche Institution
  - Für einen starken und modernen Öffentlichen Dienst
  
- 2 Kunst, Kultur & Medien . . . . . 10**
  - Kultur leben – Kunst fördern
  - Medienstandort Österreich: Zukunft & Vielfalt fördern
  
- 3 Arbeitsmarkt & Beschäftigung . . . . . 14**
  - Der Weg zur Vollbeschäftigung
  - Beschäftigung Älterer sichern und ausbauen
  - Frauenbeschäftigung: mehr Qualifikation, bessere Chancen
  - Jugendbeschäftigung: Den besten Start ermöglichen
  - Arbeitsmarktservice: Arbeit vermitteln statt Arbeitslosigkeit verwalten
  - Die neuen Jobchancen nützen
  
- 4 Wirtschaft & Wachstum . . . . . 19**
  - Für eine Wirtschaftspolitik, die Arbeit schafft
  - Innovationsstandort Österreich stärken
  - Gründer: Die Selbstständigkeit entfesseln
  - Mehr Mittelstand – Mehr Wohlstand
  
- 5 Infrastruktur . . . . . 23**
  - Die beste Infrastruktur für Bürger und Wirtschaft
  - Energiepolitik: Erfolgsstory fortsetzen
  - Wohnen: Wohnkosten dämpfen
  - Verkehr: Vorrang für Mobilität und Umwelt
  - Telekommunikation: Wettbewerb sichern
  
- 6 Entlastung von Bürger & Staat . . . . . 28**
  - Keine neuen Schulden – sichere Zukunft
  - Steuerreform: Leistungsträger entlasten
  - Aufgabenreform: mehr Effizienz – weniger Ausgaben
  
- 7 Soziale Sicherheit für Jung & Alt . . . . . 31**
  - Pensionen: mitten im Leben – sicher in die Zukunft
  - Sozialversicherung: richtig reformieren
  - Armut und Armutsgefährdung bekämpfen
  - Menschen mit besonderen Bedürfnissen: Wir sichern Fairplay
  - Familienhospiz: Sicherheit für Pflegende – Selbstbestimmung für Sterbende
  
- 8 Bildungsoffensive . . . . . 37**
  - Bessere Bildung – bessere Chancen
  - Wissenschaft und Spitzenforschung: damit Österreich vorne ist
  - Neue Technologien: Die e-Chance nützen
  - Bildung braucht Management
  - Beste Lehrkräfte – beste Bildung
  - Teilnahme am europäischen Wissensraum

<b>9</b>	<b>Europa &amp; EU-Erweiterung</b> .....	<b>44</b>
	Mehr Europa ist besser für Österreich	
	EU-Verfassungskonvent: Näher am Bürger	
	Internationale Politik: Weltoffen den Dialog führen	
<b>10</b>	<b>Äußere Sicherheit</b> .....	<b>48</b>
	Kontinuität und Stabilität im Interesse Österreichs	
	Landesverteidigung: Verantwortung statt Populismus	
<b>11</b>	<b>Innere Sicherheit</b> .....	<b>51</b>
	Wir sorgen für Schutz und Sicherheit	
	Innere Sicherheit: Die Exekutive als Rückgrat des Rechtsstaates	
	Gefährlichste Kriminalität erfolgreich bekämpfen	
	Verkehr: Höchstmögliche Sicherheit für alle	
	Beschleunigung des Asylverfahrens und Initiativen gegen Asylmissbrauch	
	Justiz: Vorrang für die Opfer – Sicherheit für die Menschen	
<b>12</b>	<b>Gesundheit</b> .....	<b>60</b>
	Gesund werden – gesund bleiben	
	Vorrang für die Vorsorge	
	Gesundheit und Pflege im Alter: Lebensqualität sichern	
	Die ÖVP sichert das Gesundheitssystem – Reformen durchsetzen	
	Sport: Gesundheit gewinnt	
<b>13</b>	<b>Land &amp; Lebensqualität in einer</b>	
	<b>Welt globaler Verantwortung</b> .....	<b>66</b>
	Land braucht Zukunft	
	Starke Landwirtschaft – attraktive Regionen	
	Sichere Lebensmittel – informierte Konsumenten	
	Intakte Umwelt in Österreich	
	Umweltschutz optimieren	
	Entwicklung nachhaltig unterstützen	
<b>14</b>	<b>Gesellschaft &amp; Leben</b> .....	<b>74</b>
	Gemeinsam leben	
	Leben in der Familie: Nr. 1 bei der Familienfreundlichkeit	
	Leben mit Kindern und Beruf	
	Für eine sichere Kindheit	
	Fairness zwischen Jung und Alt	
	Senioren: Mit uns sicher in die Zukunft	
	Gendermainstreaming: Fairness zwischen den Geschlechtern	
	Zuwanderung: Richtig integrieren	
	Die aktive Bürgergesellschaft fördern	



## Sicher in die Zukunft. Mit der Volkspartei.

Österreich ist ein starkes Land. Unsere Betriebe sind international wettbewerbsfähig und ihre Mitarbeiter sind engagiert und motiviert. Unsere Lebensqualität ist Weltspitze. Österreich steht heute besser da als vor zweieinhalb Jahren und internationale Vergleiche belegen das. Diese positive Entwicklung ist das Ergebnis eines Reformprogramms, das wir mit Augenmaß, Umsicht und Zielstrebigkeit umgesetzt haben.

Die ÖVP hat dabei gezeigt, dass sie Ideen für eine positive Entwicklung unseres Landes hat, diese Ideen in innovative Programme bündeln und dieses Reformprogramm auch umsetzen kann. Dieses erfolgreich begonnene Reformprogramm wollen wir weiter fortsetzen. Ein kleines Land wie Österreich kann natürlich nicht im Alleingang alle Auswirkungen internationaler Entwicklungen abwenden. Wir können aber durch die richtigen Maßnahmen und rechtzeitige Weichenstellungen die optimale Ausgangslage schaffen, damit wir beim nächsten Aufschwung die Chancen am besten nützen.

Für uns Christdemokraten stehen der Mensch und seine persönliche Würde im Mittelpunkt des politischen Handelns. Die Menschen erwarten sich Antworten auf wichtige Fragen unserer Zeit und ethische Prinzipien, nach denen die Politik handelt. Das Modell der ökosozialen Marktwirtschaft ist in der Lage, die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Interessen auszugleichen und eine nachhaltige Entwicklung zu sichern. Das ist auch die Stärke einer Volkspartei der Mitte: die Lastenverteilung und die Chancen gerecht für alle zu gestalten und zu garantieren.

Daher haben wir uns langfristige Ziele bis zum Jahr 2010 gesetzt, die nicht nur von Wahl zu Wahl angelegt sind. Mit konkreten Maßnahmen, die in diesem Programm UNSERE ZIELE FÜR ÖSTERREICH – DAS ÖSTERREICH-PROGRAMM DER VOLKSPARTEI enthalten sind, wollen wir in der kommenden Legislaturperiode bis 2006 die erste Etappe auf dem Weg zu diesen Zielen erreichen.

Stabile Finanzen für unseren Staat sind der Eckpfeiler für Wohlstand und Sicherheit. Richtiges Investieren in Infrastruktur, Bildung und Sicherheit schafft die Grundlagen für neues Wachstum. Durch strukturelle Reformen und eine solide Budget- und Stabilitätspolitik legen wir auch die Basis für die Senkung der Abgabenquote und bieten damit den Betrieben Anreize für neue Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Niedrigere Steuern schaffen auch mehr private Nachfrage und geben der Wirtschaft zusätzlichen Auftrieb. Daher ist die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für uns der Eckstein unseres Programms.

Die Wiedervereinigung Europas nach den Jahrzehnten des Stacheldrahtes ist uns ein Anliegen, weil darin für Österreich eine große Chance liegt. Sie dient dem Frieden, dem Wohlstand und der Sicherheit unseres Landes. Die ÖVP als die Europapartei ist am glaubwürdigsten bei der Vertretung der Interessen Österreichs in Europa. Gleichzeitig sind wir diejenige Partei, die konsequent von Beginn an die europäische Idee und ein starkes Europa unterstützt hat und diesen Weg der vertieften Integration weiterverfolgt.

Soziale, innere und äußere Sicherheit sind die Grundpfeiler des sozialen Friedens und des Wohlstandes am Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensstandort Österreich. Angesichts der weltweiten Entwicklung sind Reformen in vielen Bereichen notwendig, um das Erreichte und die Zukunft unseres Landes zu sichern. Die ÖVP bekennt sich – auch in der Verantwortung für die nächste Generation – zu diesem Weg der vorausschauenden Reformen mit Augenmaß.

Österreich braucht eine verlässliche, berechenbare und stabile Führung zur Bewältigung der Herausforderungen der kommenden Jahre. Mit ihrer Stimme können die Österreicherinnen und Österreicher dieses Programm unterstützen, damit der erfolgreiche Weg für Österreich fortgesetzt werden kann.

Alpbach, am 19. Oktober 2002



Dr. Wolfgang Schüssel  
Bundesparteiobmann

## Starke Demokratie – verlässliche öffentliche Institutionen

Unser Zusammenleben in der Gesellschaft steht auf zwei wichtigen Fundamenten:

- auf einer starken und lebendigen Demokratie, damit jeder Österreicher an den Entscheidungen des öffentlichen Lebens voll teilhaben kann;
- auf einem verlässlichen Rechtsstaat und seinen Institutionen, damit die Rechte des Einzelnen geschützt und gesichert sind.

Dafür, dass das Vertrauen in Demokratie und öffentliche Institutionen weiter gestärkt wird und nicht Politikverdrossenheit oder Apathie das Bild prägen, wollen wir mit zeitgemäßen Reformen sorgen.

**Mehr direkte Demokratie** Wir wollen die repräsentative Demokratie durch Elemente direkter Demokratie sinnvoll ergänzen. Diese sollen bei Grundsatzentscheidungen auf staatlicher Ebene und bei Fragen der unmittelbaren Betroffenheit auf regionaler Ebene zum Einsatz kommen. Zur Stärkung der Elemente der direkten Demokratie sollen Volksabstimmungen verbindlich werden, wenn Volksbegehren von mehr als 15 Prozent der Wahlberechtigten unterschrieben sind, die ein Bundesgesetz verlangen und vom Gesetzgeber nicht entsprechend berücksichtigt werden. Derartige Gesetze dürfen aber keine Gegenstände betreffen, die Verfassungsbestimmungen enthalten, der Regelung der EU vorbehalten sind oder zu wesentlichen finanziellen Mehrbelastungen führen.

**Föderalismus „leben“** Wir respektieren und achten, dass der österreichische Staat über seine Länder zusammengewachsen ist und sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ländern identifizieren. Aufgaben – und finanzstarke Länder sind uns daher ein wichtiges Anliegen. Föderalismus und die Selbstverwaltung der Gemeinden müssen weiterhin die wesentlichen Gestaltungsprinzipien unseres Staates bleiben, denn nur die Verteilung von Macht und Verantwortung auf verschiedene Ebenen sichert Freiheit und schafft mehr Möglichkeiten für demokratische Mitwirkung. Gerade weil Politik für viele Menschen vor allem auf der Gemeindeebene am unmittelbarsten erlebbar wird, werden wir uns auch weiterhin für die kommunale Selbstverwaltung stark machen und Städte und Gemeinden in ihrer Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger unterstützen.

**Aufgaben richtig verteilen** Wir sind für eine sachgerechte Verteilung der staatlichen Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Die von der ÖVP geführte Bundesregierung hat in den letzten Jahren im Einvernehmen mit Ländern und Gemeinden mit einer umfassenden Verwaltungsreform und Deregulierung bereits wesentliche Impulse für eine Aufgabenreform gesetzt und viele wichtige Verwaltungsaktivitäten bei den Bezirkshauptmannschaften zusammengefasst. Nun geht es in einem zweiten Schritt darum, nicht nur die Vollziehungskompetenzen, sondern auch die Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern neu zu regeln, sodass jeweils sachlich abgeschlossene Materien im Gesamten von der Ebene betreut werden, die am besten dazu befähigt ist. Gleich lautende Gesetze verschiedenster Gesetzgeber sollen dabei ebenso der Vergangenheit angehören wie unnötige Zentralisierungstendenzen und detaillierte Regelungen eines einzigen Gesetzgebers. Modell dafür kann die Reform für ein bundeseinheitliches Vergaberecht sein, bei dem den Ländern mehr Wirkungsrechte an der Bundesgesetzgebung zukommen.

**Sozialpartnerschaft neu** Die Sozialpartnerschaft hat sich mehr als 50 Jahre bewährt und zum sozialen Frieden in Österreich maßgeblich beigetragen. Sie ist ein weltweit einzigartiges Vorzeigeprojekt. Die ÖVP bekennt sich zur wichtigen Rolle der Sozialpartner in Österreich.

**Briefwahl ermöglichen – niemand ausschließen** Die ÖVP tritt für die rasche Einführung der Briefwahl ein. Damit können alle Bürgerinnen und Bürger einfach und rasch bei allen Wahlen in Österreich, sei es nun auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene, ihre Stimme mittels eines Briefes abgeben. Viele unserer Mitbürger wären so nicht mehr von der Wahl ausgeschlossen. In anderen europäischen Ländern funktioniert die Briefwahl einwandfrei. Die Einführung der Briefwahl bedarf im österreichischen Wahlrecht der Zweidrittelmehrheit. Diese hat bislang die SPÖ verweigert, da sie die Möglichkeit eines missbrauchsicheren Systems in Abrede stellt.

**Verhältniswahlrecht sichern** Die ÖVP ist für das gerechte und bewährte Verhältniswahlrecht. Nach den jüngsten Vorstellungen der SPÖ soll das in Österreich geltende Verhältniswahlrecht abgeschafft und ein Mehrheitswahlrecht eingeführt werden. Davon erhofft sich die SPÖ offenbar parteipolitische Vorteile. Eine solche Wahlrechtsänderung wird die ÖVP weiterhin nicht zulassen.

**Keine Parteipolitik in der Volksanwaltschaft** Wir wollen die Institution der Volksanwaltschaft weiterhin von der Parteipolitik freihalten. Die ÖVP tritt dafür ein, die verfassungsrechtlichen Grundlagen zu schaffen, dass sich die Mitglieder der Volksanwaltschaft genauso der rechtlichen Verantwortung unterziehen müssen, wie dies derzeit bereits bei Bundesministern, aber auch beim Präsidenten des Rechnungshofes geregelt ist. Darüber hinaus sollen Volksanwälte mit Zweidrittelmehrheit vom Nationalrat abberufen werden können. Eine aktive parteipolitische Tätigkeit in Spitzenfunktionen soll ihnen verwehrt sein.

**Starker Verfassungsgerichtshof** Die ÖVP bekennt sich zu einem starken Verfassungsgerichtshof als Hüter der Verfassung, Garant der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Österreich. Sie will ihn in seiner Funktionsfähigkeit und Unparteilichkeit erhalten. Der Verfassungsgerichtshof soll künftig nicht durch eine Flut von gleich lautenden Beschwerden (Massenverfahren) lahm gelegt werden können. Wir wollen daher den Verfassungsgerichtshof gesetzlich dazu ermächtigen, unter Beibehaltung des Rechtsschutzes für alle Anlassfälle nicht jedes dieser gleich lautenden Verfahren einzeln durchführen zu müssen. Damit soll die Funktionstüchtigkeit des Verfassungsgerichtshofes auch weiterhin sichergestellt werden. Wir wollen die Richterernennung weiter versachlichen und bei den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Mitgliedern eine Begutachtung der Bewerber durch die Präsidenten der Höchstgerichte und Vertreter der Rechtsanwälte einführen.

**Verwaltungsgerichtshof entlasten** Wir wollen den Verwaltungsgerichtshof entlasten und den Rechtssuchenden schnell zu ihrem Recht verhelfen. Mit der umfassenden Verwaltungsreform haben wir bereits Verwaltungsverfahren radikal vereinfacht und den Instanzenzug in den Ländern an die unabhängigen Verwaltungssenate sichergestellt. Nun wollen wir weitergehen und auf Landesebene die unabhängigen Verwaltungssenate zu vollen Landesverwaltungsgerichten ausbauen. Dies soll eine weitere Beschleunigung in allen Verwaltungssachen mit sich bringen, sodass in jedem Land der Rechtssuchende in einem raschen Verfahren schnell zu seinem Recht kommt.

**Österreich wird weiterhin seine Schutzmachtrolle für die österreichische Minderheit in Südtirol gegenüber Italien wirksam ausüben** Die Umsetzung der „Paket-Politik“ hat Südtirol eine starke, finanziell abgesicherte Autonomie gebracht, die durch kluge Politik ständig weiter ausgebaut und gefestigt wurde. Österreich wird als Schutzmacht der Südtiroler und auf der Basis der mit Italien getroffenen Vereinbarungen allen Versuchen einen Riegel vorschieben, diese Autonomie in irgendeiner Weise zu beeinträchtigen. Österreich wird den Südtirolern auch dabei helfen, alle Versuche der Störung des friedlichen Zusammenlebens aller Volksgruppen zurückzuweisen. Die ÖVP wird weiterhin mit der Südtiroler Volkspartei, der frei gewählten und legitimen Vertretung unserer Landsleute in Südtirol, vertrauensvoll und eng zusammenarbeiten.

**Aktive Volksgruppenpolitik** Die Volksgruppen sind wesentlicher Teil unserer Kultur und identitätsstiftend für Österreich. Die Volkspartei hat sich daher stets zu den in Österreich lebenden autochthonen Volksgruppen (Kroaten, Slowenen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und Roma) bekannt. In den letzten zweieinhalb Jahren sind gerade im Volksgruppenbereich bemerkenswerte Fortschritte gelungen: So wurde unter anderem eine Staatszielbestimmung, in der sich Österreich zu seinen autochthonen Volksgruppen bekennt, in der Bundesverfassung verankert. Mit der so genannten Topographieverordnung-Burgenland wurden 260 zweisprachige Ortstafeln in 51 Ortschaften im Burgenland aufgestellt. Mit der Amtssprachenverordnung-Ungarisch wurden die jahrzehnte-alten Forderungen der ungarischen Volksgruppe erfüllt. Wir wollen daher die Arbeit in der von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel eingesetzten Konsenskonferenz aller im Kärntner Landtag bzw. im Nationalrat vertretenen Parteien zur Ortstafelfrage und zu anderen Minderheitenfragen in Kärnten fortsetzen. Die ÖVP ist überzeugt, dass die autochthonen Volksgruppen in Österreich nicht nur aufgrund ihrer historischen und kulturellen Bedeutung, sondern auch im Hinblick auf eine erweiterte Europäische Union eine echte Bereicherung darstellen. Die ÖVP wird ihre aktive Unterstützung der autochthonen Volksgruppen auch in Zukunft fortsetzen.

**Aktive und umfassende Menschenrechtspolitik** Die Zusammenarbeit mit den in Österreich arbeitenden Menschenrechtsorganisationen, aber auch mit den internationalen Organisationen, insbesondere mit dem Europarat und den Vereinten Nationen, soll weiter intensiviert werden. Die Protokolle Nr. 12 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten betreffend ein allgemeines Diskriminierungsverbot (von Österreich am 4. November 2000 in Rom unterzeichnet) sowie das Protokoll Nr. 13 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die vollständige Abschaffung der Todesstrafe (von Österreich am 3. Mai 2002 unterzeichnet) sollen rasch ratifiziert werden.

**Umsetzung der EU-Gleichbehandlungsrichtlinie** Für die ÖVP steht der Mensch mit seiner Würde im Mittelpunkt der Politik. Wir treten daher aktiv für die Bekämpfung aller Formen von Diskriminierungen, sei es aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung ein. Es ist daher auch unser vorrangiges Ziel, die Richtlinien der Europäischen Union zur Verwirklichung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft sowie für die Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf in Österreich entsprechend umzusetzen.

#### **ÖVP-Initiativen für eine starke Demokratie und sichere Rechte**

- Stärkung der direkten Demokratie
- Neubelebung des Föderalismus – sachkonforme Aufgabenverteilung
- Stärkung der Gemeinden
- Einführung der Briefwahl
- Beibehaltung eines gerechten Verhältniswahlrechtes
- Entlastung des Verwaltungsgerichtshofes und Objektivierung der Ernennung der Verfassungsrichter
- Reform der Volksanwälte
- Unterstützung der Volksgruppen
- Umsetzung der Gleichbehandlungsrichtlinie und Ratifikation der Menschenrechtsprotokolle

## Für einen starken und modernen Öffentlichen Dienst

Es gibt keinen funktionierenden Staat ohne funktionierenden Öffentlichen Dienst. Unser Öffentlicher Dienst genießt international ein hohes Ansehen. Viele Länder beneiden uns um diesen unverzichtbaren Standortvorteil. Die Volkspartei ist ein verlässlicher Partner für den Öffentlichen Dienst. Im Interesse seiner Mitarbeiter und seiner „Kunden“ treten wir für einen starken und modernen Öffentlichen Dienst ein.

**Arbeitsbedingungen angleichen** Die rechtlichen und faktischen Arbeitsbedingungen des Öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft sollen weitgehend angeglichen werden. Sachlich gerechtfertigte Unterschiede sind aber im Bürgerinteresse beizubehalten. Eine unabhängige und gesetzeskonform agierende öffentliche Verwaltung muss weiterhin garantiert sein. Deshalb hat auch in Zukunft das Dienstverhältnis aller Funktionsträger, die einen entsprechenden Schutz vor Willkür benötigen, unkündbar zu sein.

**Modern & mobil** Wir wollen den Öffentlichen Dienst moderner machen. Im Zentrum einer Mobilitätsinitiative, die den Wechsel von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes innerhalb der Verwaltung und zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft erleichtern soll, haben verstärkte Bildungs- und sonstige Personalentwicklungsanstrengungen zu stehen. Der beruflichen Weiterbildung ist auch im Hinblick auf die gestiegenen Anforderungen am Arbeitsplatz besonderes Augenmerk zuzuwenden.

**Alterssicherung angleichen** Schrittweise sollen die Systeme der Alterssicherung des Öffentlichen Dienstes jenen der Privatwirtschaft angeglichen werden. Dabei kommt einer wirksamen zweiten Säule der Alterssicherung – ebenso wie im freien Wirtschaftsleben – eine tragende Rolle zu. Reformen müssen unter Bedachtnahme auf den Vertrauensschutz und Berücksichtigung der Altersstrukturen und der Unterschiedlichkeit der Pensionsrechte langfristig erfolgen.

**Ja zum Leistungsprinzip** Im Öffentlichen Dienst- und Besoldungsrecht müssen Leistungsbereitschaft und Verantwortung nachhaltig berücksichtigt werden. Die Volkspartei tritt für einen dynamischen Anstieg der Gehälter am Laufbahnbeginn mit einer Verflachung zum Laufbahnende unter Wahrung der Lebensverdienstsumme ein. Zugleich muss es dem öffentlichen Arbeitgeber möglich sein, arbeitsmarktkonform zu agieren. Der Vertrauensschutz gilt auch bei Änderungen im Öffentlichen Dienst- und Besoldungsrecht; das Prinzip der Option ist anzuwenden.

**Starke Sozialpartner** Die Volkspartei bekennt sich auch im öffentlichen Bereich zu einer starken Sozialpartnerschaft. Personalvertretungen und die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes sind die starke Stimme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den staatlichen Einrichtungen. Sie sind daher partnerschaftlich in alle für den Dienst relevanten Fragen einzubeziehen. Reformschritte im Dienst- und Besoldungsrecht sind zwischen den Sozialpartnern zu verhandeln, die Dienstnehmerseite ist in die Vorhaben der Verwaltungsreform voll einzubinden – denn die Reform kommt ohne die Vorschläge der Mitarbeiter nicht voran.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter bleibt der Sozialversicherungsträger für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes in der Unfall- und Krankenversicherung.

### ÖVP-Initiativen für einen modernen Öffentlichen Dienst

- Leistungsfähige Sozialpartnerschaft im öffentlichen Bereich
- Mehr Chancen durch Personalentwicklung und Bildung
- Weitgehende Angleichung der Arbeitsbedingungen an die Privatwirtschaft bei Aufrechterhaltung des Schutzes vor Willkür
- Schrittweise Angleichung der Pensionssysteme bei Wahrung des Vertrauensschutzes

## Kultur leben – Kunst fördern

Die ÖVP geht von einem zeitgemäßen Kulturbegriff aus, der die zentralen Kulturformen unseres Jahrhunderts, die Massen- und Populärkultur, ebenso umfasst wie die Hochkultur und neue, innovative Kunstformen. Die Volkspartei versteht die in der Verfassung verankerte Freiheit der Kunst als Auftrag an die Politik, Sorge dafür zu tragen, dass in unserem Land ein Klima der Toleranz und Offenheit herrscht, in dem sich Künstlerinnen und Künstler frei entfalten und neue Kunstformen in einem pluralistischen Dialog entwickeln können. Internationale Präsenz zählt zu den wesentlichen Anliegen einer modernen Kunstpolitik. Auslandskulturpolitik ist auch ein wesentliches Instrument der Außenpolitik zur Gestaltung eines positiven Österreichbildes in der Staatengemeinschaft.

Zu den vordringlichen Projekten der Kulturpolitik der ÖVP gehört es, gerade im Vorfeld der EU-Erweiterung die kulturellen Beziehungen zu den Kandidatenländern und zu den Ländern Südosteuropas zu intensivieren und Österreich als Drehscheibe zwischen Ost und West zu etablieren.

**Zeitgenössische Kunst verstärkt fördern** Im Mittelpunkt der Anstrengungen zur Forcierung des zeitgenössischen Kunstschaffens steht die direkte Förderung zeitgenössischer Künstlerinnen und Künstler. Deshalb wollen wir den in den vergangenen zweieinhalb Jahren eingeschlagenen Weg fortsetzen und die Direktförderungen für Kunstschaffende, wie Preise und Stipendien, vor allem in den Bereichen Literatur, Musik, bildende Kunst, Volkskultur und Film weiter anheben.

**Steuerliche Maßnahmen zur Belebung des Kunstmarktes** Steuerliche Maßnahmen im Bereich der Einkommens- und Umsatzsteuer sollen zur Belebung des Kunstmarktes und des Kunstsponsorings sowie zur Erleichterung von Aktivitäten im Rahmen des Denkmalschutzes realisiert werden. Konkret sehen wir neben der Möglichkeit, Kunstankäufe als Sonderausgaben bzw. Betriebsausgaben steuerlich abzusetzen, auch die Absetzbarkeit von Spenden zur Durchführung kultureller Aufgaben und von Zuwendungen an den Denkmalschutz vor.

**Kontinuierliche Kulturarbeit gewährleisten** Bereits in dieser Legislaturperiode war es möglich, jenen Kulturveranstaltern, deren Programmgestaltung durch eine gewisse Kontinuität gekennzeichnet ist, über zwei Jahre reichende Förderzusagen zu geben. Dieses Modell hat sich bewährt. Daher wollen wir in Zukunft dreijährige Förderverträge ausarbeiten, um eine kontinuierliche Kulturarbeit zu ermöglichen und Planungssicherheit zu gewährleisten.

**Regionale Vielfalt fördern** Regionale Kulturinitiativen sind ein wichtiger Bestandteil des österreichischen zeitgenössischen Kulturschaffens. Deshalb wollen wir die Förderung regionaler Kulturinitiativen ausbauen.

**Schwerpunktprogramm zeitgenössischen Kunstschaffens in den österreichischen Bundesländern** Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf den Ausbau der Architekturzentren, die Weiterführung des Tanzschwerpunktes und die Berücksichtigung der Entwicklungen der zeitgenössischen Musik im Bereich der neuen Medien.

**Österreichische Filmförderung ausweiten** Der Österreichische Film hat in den letzten Jahren bemerkenswerte internationale Erfolge verzeichnet. Wir treten daher für eine gezielte Ausweitung bestehender Fördermaßnahmen ein, insbesondere im Bereich steuerlicher Maßnahmen. Es ist notwendig, auf europäischer Ebene Impulse zu setzen, um marktgerechtere Strukturen und Vertriebssysteme zur Stärkung der europäischen Filmwirtschaft zu entwickeln. Der österreichische Nachwuchsfilm soll durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Filmakademie und durch ein verbessertes österreichweites Location-Management gestärkt werden.

**Denkmalschutz forcieren** Der Denkmalschutz ist ein bedeutender Faktor für die Kultur und den Tourismus in Österreich. Dies wurde auch von der UNESCO durch die Aufnahme von acht österreichischen Denkmälern in die Weltkulturerbeliste gewürdigt. Die finanzielle Basis für den Denkmalschutz ist daher sicherzustellen und steuerliche Erleichterungen sind weiter auszubauen. Gezielte Maßnahmen zur Konjunkturbelebung können gerade dem österreichischen Denkmalschutz zugute kommen. Beim Denkmalschutz soll vermehrt das Augenmerk auf einen umfassenden Ensembleschutz gerichtet sein.

**Bundesmuseen sichern** Die öffentliche Umsetzung der im Bundesmuseumsgesetz festgelegten Möglichkeiten zur freien Gestaltung und zu größerem Öffentlichkeitsbezug bedürfen der Sicherstellung durch eine entsprechende finanzielle Basis. Darüber hinaus ist die Generalsanierung der österreichischen Bundesmuseen und der österreichischen Bundestheater zügig fortzusetzen und abzuschließen. Die Erhaltung dieser Kulturstätten und des „Gedächtnisses der Nation“ muss eine vordringliche Aufgabe der Politik bleiben.

**Kulturerbe bewahren** Die Vermittlung und Digitalisierung des österreichischen Kulturerbes – insbesondere durch ein Programm zur Digitalisierung des Kulturgutes – wollen wir mit einem europäischen Kompetenzzentrum für Digitalisierung erreichen.

**Anreize für die österreichische Kreativwirtschaft** Investitionen in die Kreativwirtschaft sind aus kultur-, wirtschafts- und standortpolitischen Überlegungen heraus notwendig. Die Sichtbarmachung von Kreativität auf allen Ebenen kultureller Ausdrucksformen und wirtschaftlicher Produktion ist für die Positionierung Österreichs in der Welt maßgeblich. Gerade im Design kann Österreich auf hervorragende Leistungen verweisen, die einer verstärkten Aufarbeitung und Sichtbarmachung im Lande bedürfen (Designdatenbank).

#### **ÖVP-Initiativen zur Förderung von Kunst und Kultur**

- Direktförderung für Kunstschaffende weiter anheben
- Kunstankäufe als Sonderausgaben bzw. Betriebsausgaben steuerlich absetzen können
- Errichtung dreijähriger Förderverträge
- Förderung regionaler Kulturinitiativen ausbauen
- Ausbau der Architekturzentren
- Weiterführung des Tanzschwerpunktes
- Ausweitung bestehender Fördermaßnahmen für den österreichischen Film
- Finanzielle Basis für den Denkmalschutz sicherstellen
- Absicherung der Bundestheater und der Bundesmuseen
- Europäisches Kompetenzzentrum für Digitalisierung schaffen
- Designdatenbank einrichten

## Medienstandort Österreich: Zukunft & Vielfalt fördern

Die Digitalisierung der elektronischen Medien sowie die Stärkung des Medienstandortes Österreich sind wesentliche Herausforderungen der Zukunft. Die Medienpolitik muss mit den richtigen Impulsen die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Medienunternehmen fördern. Damit Arbeitsplätze geschaffen, neue Berufsbilder gefördert und das kreative Potential unseres Landes optimal unterstützt werden können.

**Digitalisierung der elektronischen Medien** Ausgehend vom Arbeitsergebnis der „digitalen Plattform Austria“ ist ein Umstiegskonzept im Fernseh- und Radiobereich ohne Zeitverzögerung umzusetzen. Ein Testbetrieb ist bereits 2003 aufzunehmen. Die Einführung von terrestrischem Digitalfernsehen soll flächendeckend spätestens im Jahre 2010 abgeschlossen sein. Ein Marketingkonzept, das die Vorteile von Digitalfernsehen für alle betroffenen Branchen und die Konsumenten aufzeigt, soll bis Ende 2003 erstellt werden. Die Finanzierung dieses Projektes ist durch einen Digitalisierungsfonds sicherzustellen.

**Duales Rundfunksystem stärken** Ein starker ORF ist für die österreichische Rundfunklandschaft unverzichtbar. Als öffentlich-rechtliche Stiftung mit einem klaren öffentlich-rechtlichen Auftrag hat der ORF einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen und gesellschaftspolitischen Identität zu leisten. Als starker nationaler Programmanbieter soll er Partner der österreichischen Wirtschaft und insbesondere – als Auftraggeber – der Produktions- und Filmwirtschaft sein. Bei der Digitalisierung ist der ORF wichtiger Ansprechpartner und Know-how-Träger. Zur Bewältigung der finanziellen Lasten hat der Digitalisierungsfonds der RTR-GmbH beizutragen. Eine Kostenentlastung des ORF ist etwa durch die Abschaffung der vom BM für Finanzen einbehaltenen Manipulationsgebühr von etwa 1,5 Prozent der eingehobenen Rundfunkgebühren erzielbar, da das Gebühren-Info-Service (GIS) mittlerweile zu 100 Prozent im Eigentum des ORF steht. Die Wettbewerbsfähigkeit der Privatfernseh- und Hörfunksender ist spätestens 2004 zu evaluieren. Gegebenenfalls sind entsprechende Rahmenbedingungen anzupassen. Spätestens bis Juni 2003 müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen der Telekom-Richtlinie für privates digitales Fernsehen in Österreich umgesetzt werden. Ein einheitlicher Rechtsrahmen für Rundfunk und Telekommunikation entsprechend der EU-Telekom-Richtlinie ist anzustreben, um Marktpotentiale der Konvergenz zu nützen.

**Unabhängiger Konvergenzregulator KommAustria und RTR GmbH** Eine unabhängige und weisungsfrei gestellte Behörde zählt heute aufgrund ihrer wichtigen demokratiepolitischen Funktionen, wie der Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen oder Meinungsmonopolen, zum westeuropäischen Standard. Die Unabhängigkeit soll sich vor allem in der Stellung der Mitglieder der Behörde manifestieren. Gleichzeitig soll ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit sichergestellt werden. Ziel ist eine von den Marktteilnehmern unabhängige Finanzierung. Insgesamt werden 45 Mio. Euro mittels Geräteentgelt vom Finanzministerium einbehalten. Diese Mittel sollen durch die RTR für die Film- und Produktionswirtschaft, den Digitalisierungsfonds und Eigenfinanzierung verwendet werden. Die KommAustria soll – wie dies von der ÖVP immer gefordert wurde – als unabhängiger und weisungsfreier Regulator, der die Konvergenz zwischen Medien, Telekommunikation und Informationsdiensten berücksichtigt, organisiert sein.

**Abschaffung der Werbeabgabe** Um der Wirtschaft, im speziellen der Medien- und Werbewirtschaft neue Impulse zu geben, soll die 5 %-ige Werbeabgabe abgeschafft werden. Die Finanzausgleichspartner werden ersucht, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Abschaffung der Anzeigen- und Ankündigungsabgabe umgehend ermöglichen. Die Maßnahme soll spätestens 2004 erfolgen.

**Reform der Presseförderung** Die ÖVP bekennt sich im Sinne der Meinungs- und Titelvialt am österreichischen Printmarkt zur gezielten Förderung, um in einer wirtschaftlich angespannten Phase Impulse zu geben. Eine Reform der aktuellen Presseförderung soll folgende Elemente beinhalten: Maßnahmen zur Qualitätsförderung und Zukunftssicherung, Maßnahmen zur Ausgleichung von Wettbewerbsverzerrungen in der Medienlandschaft sowie Maßnahmen zur Erhaltung der regionalen Vielfalt der Tageszeitungen. Von den für die Presseförderung zur Verfügung stehenden Budgetmitteln soll ein fixer Prozentsatz für die Journalistenausbildung zur Verfügung gestellt werden.

**Neue Medien forcieren** Die ÖVP hat in der Regierung das Programm e-austria forciert und will nun mit einem e-government-Schwerpunkt dem Bürger einen direkten und unbürokratischen Kontakt zur Verwaltung (z. B. Anträge) ermöglichen. Gleichzeitig sollen geeignete Maßnahmen für einen einheitlichen Schutz von Kindern und Jugendlichen vor pornographischen und jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Kommunikations- und Informationsmedien gesetzt werden. Kennzeichnungspflicht, Selbstkontrolle und Jugendmedienschutzbeauftragte sollen etabliert werden.

#### **ÖVP-Initiativen für einen erfolgreichen Medienstandort Österreich:**

- Einführung von terrestrischem Digitalfernsehen bis 2010
- Stärkung des dualen Rundfunksystems
- Geräteentgelt soll durch die RTR für Film- und Produktionswirtschaft, den Digitalisierungsfonds und Eigenfinanzierung verwendet werden
- KommAustria als unabhängigen und weisungsfreien Regulator organisieren, der die Konvergenz zwischen Medien, Telekommunikation und Informationsdiensten berücksichtigt
- Gezielte Presseförderung im Sinne der Meinungs- und Titelvialt
- e-government ausbauen
- Kennzeichnungspflicht, Selbstkontrolle und Jugendmedienschutzbeauftragte einführen
- Werbeabgabe abschaffen

## Der Weg zur Vollbeschäftigung

Wir befinden uns in einer Umbruchphase der Arbeitswelt, die neue Arbeitsweisen, neue berufliche Kompetenzen, mehr Flexibilität und Mobilität, kontinuierliche Weiterbildung und Kreativität fordert. Es wird zunehmend „normal“ sein, dass lebenslanges Lernen und häufigere Wechsel des Arbeitsplatzes zum Berufsleben dazugehören, dass sich Phasen unselbstständiger Erwerbstätigkeit mit Phasen selbstständigen Arbeitens abwechseln und überschneiden. Die ÖVP ist dabei der Garant, dass diese Entwicklungen zur Chance und nicht zur Belastung werden – und dass wieder Vollbeschäftigung erreicht wird. Die ÖVP in der Regierung hat in diesem Sinn u. a. bereits wichtige Meilensteine für eine moderne und sichere Arbeitswelt gesetzt (z. B. „Abfertigung neu“ – betriebliche Mitarbeitervorsorge, Kinderbetreuungsgeld, Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramm für 15.000 Jugendliche, Familienhospizkarenz, Schritte zur Harmonisierung von Ausländerbeschäftigungsrecht und Fremdenrecht, Angleichung der Rechtstellung von Arbeitern und Angestellten, Einführung eines Mindestabsicherungssystems in der Arbeitslosenversicherung, Erhöhung des Weiterbildungsgeldes).

## Beschäftigung Älterer sichern und ausbauen

Nach den Vorgaben der EU soll es eine Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer (55 bis 64-Jähriger) von derzeit 37,7 % auf 50 % im Jahr 2010 geben. Für uns ist die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer nicht nur eine wirtschaftliche und sozialrechtliche Notwendigkeit, sondern die individuelle Chance zu Selbstverwirklichung und persönlicher Bestätigung.

**Erfahrung besser nutzen** Beschäftigungsprobleme sollen nicht durch Arbeitslosigkeit bzw. frühzeitige Pensionierung gelöst werden, sondern durch die Adaptierung des Arbeitsumfeldes an die Bedürfnisse älterer Menschen, durch die bessere Nutzung ihres Erfahrungswissens und durch verstärkte Weiterbildung.

**Altersteilzeit reformieren** Zur Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer sollen die Regelungen für die Altersteilzeit hinsichtlich der Zielgruppen und der Zielerreichung überarbeitet und modifiziert werden, wobei das ursprünglich auf fünfjährige Teilzeit ausgelegte Konzept schrittweise wieder erreicht werden soll.

**Diskriminierung verhindern** Flankierend dazu bedarf es geeigneter Schutzmaßnahmen, um die Situation älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, wobei auch Antidiskriminierungsregeln zu empfehlen sind.

### ÖVP-Initiativen für ältere Arbeitnehmer

- Forcierung der Beschäftigung Älterer durch Umschulungen und Weiterbildung
- Verhinderung von Diskriminierung Älterer
- Verbesserung des Modells der Altersteilzeit

## Frauenbeschäftigung: Mehr Qualifikation, bessere Chancen

Die EU strebt für 2005 eine Frauenbeschäftigungsquote von 57 % an. Österreich liegt heute bereits bei 60,1 %. Unser Ziel ist es, bis 2005 eine Frauenbeschäftigungsquote von 65 % zu erreichen. Das bedeutet, dass zusätzlich zu den derzeit 1,4 Mio. beschäftigten Frauen rund 70.000 bis 80.000 Frauen erstmals einer Beschäftigung nachgehen werden.

**Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern verkleinern** Heute besteht Konsens darüber, dass Frauen und Männer nur dann eine gleichwertige ökonomische Unabhängigkeit genießen, wenn sie bei gleichwertiger Arbeit auch ein gleichwertiges Einkommen erzielen. Unser konkretes Ziel: Bis 2010 soll sich der Abstand im Einkommen von Frauen und Männern zumindest um ein Drittel verringern.

**Frauen weiter qualifizieren** Qualifizierung ist der wichtigste Schlüssel zum Arbeitsmarktzugang. Das österreichische Beschäftigungswachstum wurde überwiegend durch den Eintritt von Frauen in das Erwerbsleben erreicht. Die arbeitsmarktpolitische Schwerpunktsetzung, die Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik insbesondere zur Qualifizierung von Frauen einzusetzen, wollen wir daher gezielt fortführen. Gleichzeitig wollen wir die Bündelung aller Bildungsinitiativen für junge Mädchen und die gezielte Förderung von Mädchen in Lehrberufen mit geringem Frauenanteil erreichen.

**Wiedereinstieg fördern** Für den beruflichen Wiedereinstieg nach längeren Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit, insbesondere durch Kindererziehung und Pflegetätigkeiten, soll es Förderungen geben. Für Wiedereinsteigerinnen, deren Beruf am Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt wird oder massive Weiterentwicklungen erfahren hat, sollen Umschulungsprogramme evaluiert, weiterentwickelt, konzipiert und beworben werden. Die Zeit des Bezugs von Kinderbetreuungsgeld soll verstärkt zu beruflicher Weiterbildung genutzt werden, um die Rückkehr in den Beruf zu erleichtern.

**Vereinbarkeit verbessern** Eine entscheidende Rolle zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommt der Kinderbetreuung zu. Die Betreuung durch Tagesmütter ist zu forcieren, neue Berufsbilder (z. B. „Mitarbeiterin in Tagesheimstätten“) sind zu entwickeln, die steuerliche Gleichbehandlung von anderen Kinderbetreuungsformen mit den Betriebskindergärten zu gewährleisten. Gleichzeitig muss der Anreiz für Unternehmen gestärkt werden, zurückkehrende „Know-how-Träger“ oder inzwischen weiterqualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wieder zu beschäftigen.

### ÖVP-Initiativen für mehr Frauenbeschäftigung

- Anhebung der Beschäftigungsquote von Frauen auf 65 % bis 2005
- Weiterführung des hohen Niveaus der Qualifizierung von Frauen seitens des Arbeitsmarktservice
- Förderung und Unterstützung beim Wiedereinstieg
- Steuerliche Gleichstellung aller Kinderbetreuungsformen
- Weiterer Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Optimierung der familien- und arbeitsweltgerechten Öffnungszeiten

## Jugendbeschäftigung: Den besten Start ermöglichen

Unser Ziel ist es, allen Jugendlichen die besten Chancen auf die bestmögliche Ausbildung zu geben. Im internationalen Vergleich liegt Österreich in der Qualität der Berufsausbildung im Spitzenfeld. Unser Land weist die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU auf. Vor dem Hintergrund des Konjunkturabschwunges hat die ÖVP Mitte September 2002 eine Qualifizierungs- und Beschäftigungs-offensive für 15.000 Jugendliche zwischen 15 und 25 in der Regierung durchgesetzt. Teil davon ist das Jugendausbildungssicherungsgesetz, das um 3.000 Lehrgangplätze erweitert wurde. Dadurch haben erstmals auch vermittlungsbeeinträchtigte junge Menschen zwischen 15 und 25, die einen Lehrberuf erlernen möchten, die Möglichkeit, an einem Lehrgang teilzunehmen. Wir wissen: Jugendliche, die keinen Arbeitsplatz finden, sind menschlich und wirtschaftlich besonders stark betroffen. Unser Ziel ist, dass mindestens 40 % eines Schulentlassungsjahrganges in eine Lehre eintreten können. **Die ÖVP garantiert, dass jeder Jugendliche eine Lehrstelle oder einen Lehrgangplatz bekommt.**

**Berufsausbildung modernisieren** Die Sicherstellung unseres international angesehenen dualen Berufsausbildungssystems erfordert eine ständige Anpassung an die sich ständig ändernden Anforderungen der Wirtschaft. Deshalb wollen wir u. a. die gesetzlichen Grundlagen für Ausbildungs-verbünde verbessern. So gewinnen wir auch neue Branchen für die duale Berufsausbildung.

**Begabte und Begabungen durch Auslandsaufenthalte fördern** Die erfolgreichen Projekte zur Förderung von begabten Lehrlingen sollen fortgesetzt werden. Diese bringen Bildungsmaßnahmen zum Zweck des späteren Selbstständigwerdens (z. B. Vorbereitungskurse auf Meisterprüfung, Befähigungsprüfung, Unternehmerprüfung) und die Förderung von Höherqualifizierungen im Inland und Ausland.

**Ausbildungschancen auch für benachteiligte Jugendliche verbessern** In den Bundesländern gibt es unterschiedliche Modelle einer Vorlehre. Auch im Berufsausbildungsgesetz wollen wir diesen Ansatz ausbauen, um eine echte Ausbildungschance für benachteiligte Jugendliche zu ermöglichen.

**Bessere Berufsinformation für Jugendliche** Oft können Jugendliche ihre eigentlichen Begabungen und Fähigkeiten gar nicht erkennen, nennen als Berufswunsch einen Modeberuf oder schließen sich an die Berufswünsche ihrer Freunde an. Die rechtzeitige Berufsinformation soll die Jugendlichen besser über ihre zukünftigen Chancen informieren. Das bewährte Instrument der Berufsorientierungskurse soll fortgesetzt werden.

### ÖVP-Initiativen für sichere Jobchancen für die Jugend

- Mind. 40 % eines Schulentlassungsjahrganges sollen in eine Lehre eintreten können (Pakt für Jugendbeschäftigung mit der Wirtschaft)
- Modernisierung der dualen Berufsausbildung (z. B. Ausbildungsverbünde) und der Berufsbilder
- Förderung von Begabten und Begabungen durch Auslandsaufenthalte
- Ausbau der Vorlehre in ein Modell zur integrativen Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen
- Zukunftsorientierte Berufsinformation
- Berufsorientierungskurse weiterentwickeln
- Weitere Entlastung von Lohnnebenkosten bei Lehrlingen

## Arbeitsmarktservice:

### Arbeit vermitteln statt Arbeitslosigkeit verwalten

Aufgabe des Arbeitsmarktservice ist eine rasche, effiziente und nachhaltige Vermittlung von Arbeitslosen. Seit 1999 konnte die durchschnittliche Verweildauer in der Arbeitslosigkeit um rund 20 % gesenkt werden. Das ist das Ergebnis einer effizienteren Vermittlung und einer neuen Dynamik am Arbeitsmarkt.

**Effizienz der Arbeitsvermittlung erhöhen** Zur weiteren Erhöhung der Effizienz des Arbeitsmarktservice ist die komplette Realisierung des „one-stop-shop“-Prinzips sowie ein Wettbewerb mit privaten Arbeitsvermittlern notwendig. Verstärkte Kooperationen mit privaten Arbeitsvermittlern zur Nutzung von Synergieeffekten sollen ebenfalls die Effizienz der Vermittlung bei gleichzeitiger Verkürzung der Verweildauer erhöhen.

**Bedarfsorientierte Qualifizierung** Ausbildung und lebenslanges Lernen sind in einer sich laufend verändernden Arbeitswelt ein unbedingtes Muss. Die bedarfsorientierte Qualifizierung, die sich an den arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten und den Fähigkeiten des Einzelnen orientiert, ist für uns eine der wichtigsten Aufgaben des AMS und muss entsprechend ausgebaut werden.

**Arbeitslosenversicherung für alle** Nach der Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Sozialversicherung soll der bisher bestehende Schutz in der Arbeitslosenversicherung weiter entwickelt und auch auf alle neuen Beschäftigungs- und Erwerbsformen ausgeweitet werden. Die neuen Erwerbsformen (freie Dienstnehmer, neue Selbstständige), aber auch Unternehmer sollen sich freiwillig versichern, damit sie – bei Wegfall der ausgeübten Erwerbstätigkeit ein Arbeitslosengeld beziehen können.

#### ÖVP-Initiativen für mehr Sicherheit in der Arbeitswelt

- Arbeitslosenversicherung für alle
- Weitere Steigerung der Effizienz des AMS
- Verstärkung der Kooperation mit privaten Arbeitsvermittlern
- Weitere Verbesserung der Qualifizierungsmaßnahmen des AMS

## Die neuen Jobchancen nützen

Die Zukunftsentwicklungen am Arbeitsmarkt sind durch neue Technologien und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen (z. B. Bevölkerungsentwicklung) definiert. Höhere Qualifikation in allen Bereichen schafft mehr Jobsicherheit. Die Aneignung von Wissen wird zur berufs- und lebensbegleitenden Herausforderung. Wir wollen daher rechtzeitig die Weichen stellen, damit die Österreicher die neuen Jobchancen in den Zukunftsbranchen für sich nützen können.

**Jobchance Biotechnologie nützen** Biotechnologie ist eine Zukunftsbranche und eine Jobchance für Österreich. Das Impulsprogramm Biotechnologie (Laufzeit 1999–2001) brachte 30 neue Firmengründungen und rund 350 neue Forschungsarbeitsplätze. Die Biotechnologiebranche soll – außerhalb der Universitäten – für 10.000 Arbeitsplätze in Österreich sorgen. Prognosen sprechen für Österreich von einer jährlichen Wertschöpfung in der Forschung der Biotechnologie von rund 1,6 Mrd. Euro bis zum Jahr 2015. Wir wollen diese Chance durch hochwertige Ausbildungen und eine gezielte Ansiedelungspolitik weiter nützen.

**Flexibel sein – Erfolg ermöglichen** In den neuen Dienstleistungsbereichen wird der Arbeitsrhythmus zunehmend vom Kunden vorgegeben. Das bringt neue Herausforderungen und Chancen in der Arbeitszeitgestaltung und erfordert neue Lösungen im europarechtlichen Rahmen. Wie bisher soll für Arbeitnehmer der Schutz durch Kollektivvertrag und Betriebsvereinbarung bestehen. Wenn Arbeitnehmer in der Gestaltung der Arbeitszeit selbstbestimmt sind, soll auch rechtlich die Möglichkeit geschaffen werden, die größtmögliche Flexibilität in der Handhabung der Arbeitszeit auch in Betrieben ohne Betriebsrat zu gewährleisten.

**Die Pflegeberufe – Chancen nützen** Enorme Jobchancen im sozialen und persönlichen Dienstleistungsbereich bestehen bei den Pflege- und Betreuungsberufen. Die Nachfrage nach entsprechenden Kräften wird aufgrund der Bevölkerungsentwicklung massiv steigen. Derzeit leben in Österreich 540.000 hilfs- oder pflegebedürftige Personen, wobei deren Zahl bis 2011 auf rund 800.000 Personen ansteigen wird. Mit der Ausweitung der außerhäuslichen Pflege und der Zunahme verschiedener sozialer Dienstleistungen sind eine Fülle neuer Tätigkeitsbereiche, insbesondere in der Altenbetreuung, entstanden. Die wachsende Bedeutung des Gesundheits- und Pflegesektors und der drohende Pflege-Notstand eröffnen Menschen der unterschiedlichen Altersgruppen attraktive Berufschancen. Das gilt für junge Menschen genauso wie für Personen, die nach einer Phase der Kinderbetreuung wieder in die Berufswelt einsteigen wollen. Um den großen Bedarf an Pflegeleistungen zu decken und die Entwicklung von nötigen Versorgungsstrukturen zu ermöglichen, muss in Österreich eine ausreichende Anzahl von Pflegepersonen mit einem Bildungsniveau, das den jeweiligen Aufgaben entspricht, ausgebildet werden. Wir brauchen daher dringend ein modulares Ausbildungssystem für Pflegeberufe. Die mehrstufige modulare Aus- und Weiterbildung soll attraktive Entwicklungsmöglichkeiten im Beruf eröffnen, einen praxisnahen Schwerpunkt über die Zusammenarbeit mit pflegenden Angehörigen beinhalten und den verschiedenen Anforderungen für die neu zu entwickelnde ambulante und mobile Pflegeinfrastruktur gerecht werden.

### ÖVP-Initiativen für neue Jobchancen

- Zukunftsbranchen gezielt ansiedeln – Qualifikation sichern
- Modulares Aus- und Weiterbildungssystem für Pflegeberufe
- Schaffung von zwischen den Ländern akkordierten Regelungen über die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsmodulen; akkordierte Planung der Ausbildungskapazitäten
- Individualförderungen des AMS, insbesondere für Wiedereinsteigerinnen
- Spezialisierte Weiterbildung von Pflegepersonen, z. B.: für geriatrische Pflege, Hauskrankenpflege, Palliativpflege etc.
- Fortsetzung der Reform der Gesundheitsberufe; neue Berufsbilder (z. B. Alterspflege)

## Für eine Wirtschaftspolitik, die Arbeit schafft

Wenn wir Maßnahmen setzen, um den Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig zu halten, dann tun wir das nicht deshalb, weil wir den „Shareholder-Value“ bedienen wollen. Es geht uns um den „Job-Holder-Value“, um die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Österreich ist ein Spitzenstandort in der Europäischen Union. Im Vergleich mit 49 anderen Ländern liegt Österreich auf Platz 13. Seit 2000 haben wir uns deutlich verbessert und den Standort Österreich gezielt weiterentwickelt. Das unterscheidet uns von Rot-Grün: Diese Koalition zeigt in Deutschland, wie man einen erfolgreichen Standort abwirtschaftet. Deutschland hat das niedrigste Wirtschaftswachstum in Europa, ging knapp am blauen Brief aus Brüssel vorbei und hat mehr als 4 Millionen Arbeitslose.

## Innovationsstandort Österreich stärken

Über Wohlstand und soziale Sicherheit im Hochlohnland Österreich entscheidet die Innovationskraft unserer Unternehmen. Neue Erkenntnisse aus Forschung & Entwicklung sind die Grundlage für hochwertige Produkte und Dienstleistungen.

Wissen wird als Produktionsfaktor immer wichtiger: Schon heute macht der Produktionsfaktor Wissen mehr als 50 % der Wertschöpfung aus. Deshalb haben wir die österreichische F&E-Quote auf fast 2 % erhöht. Zusätzliche Forschungsgelder und die Einführung und Erhöhung von Forschungsfreibetrag und -prämie waren ein wichtiger Beitrag für mehr Innovation.

**Mehr Mittel für Forschung & Entwicklung** Wir wollen die F&E-Quote bis 2005 auf 2,5 % des BIP weiter steigern und damit über den Wert vergleichbarer Industrieländer anheben. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit sowohl der etablierten als auch der neuen Unternehmen gesichert. Der Zugang zur europäischen Forschungsförderung soll erleichtert werden. Eine Anlaufstelle für Forschungsförderung soll geschaffen werden (z. B. bei der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft).

**Innovationsbewusstsein stärken** Die Aufgeschlossenheit gegenüber Innovation und technologischem Fortschritt muss weiter gestärkt werden. Der Bereich der Biotechnologie bringt z. B. jährlich mehrere hundert neue Arbeitsplätze mit einer prognostizierten jährlichen Wertschöpfung in der Forschung von rund 1,6 Mrd. Euro bis zum Jahr 2015. Neue Technologien bringen Arbeitsplätze im hochqualifizierten Bereich, die nicht in Billiglohnländer verlagert werden können. Deshalb wollen wir in ganz Österreich das Innovationsbewusstsein stärken.

**Wirtschaft und Forschung stärker verknüpfen** Wir wollen den Zugang zu Forschungsergebnissen vor allem für unsere mittelständische Wirtschaft erleichtern. Zukunftsorientierte Modelle, in denen Technologie- und Forschungseinrichtungen mit erfolgreichen Unternehmen verbunden sind, sind etwa die 63 österreichischen Technologie-, Innovations- und Gründerzentren. Sie vereinen 1.300 innovative, technologieorientierte Unternehmen unter ihrem Dach, in denen über 9.000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Insgesamt rund 40 Kompetenzzentren sind ein zentrales Element unserer modernen Innovationspolitik. Zur großen Erfolgsstory tragen auch die 28 kooperativen Forschungsinstitute der Wirtschaft sowie 30 Christian-Doppler-Labors bei. Dieser Weg soll fortgeführt und um neue innovative Zugänge erweitert werden.

### ÖVP-Initiativen zur Stärkung des Innovationsstandortes Österreich

- Verbesserung der Breitenwirkung der Forschungsanstrengungen durch Vernetzung und Kooperation unter Einbindung der KMU
- Mehr neue Unternehmen für Forschungs- und Entwicklungstätigkeit gewinnen (engere Verflechtung, Integration von wissenschaftlichem Personal in Unternehmen, Drittmittelfinanzierung, Kooperation im Bereich der Auftragsforschung, Technologiemonitoring)
- Anreize für F&E erhalten und ausbauen
- Anhebung der Forschungsquote auf 2,5 % des BIP bis 2005
- Leichter Zugang zu europäischer Forschungsförderung
- Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für alle Wirtschafts- und Forschungsförderungen
- Hilfe bei der Integration von wissenschaftlich ausgebildetem Personal in kleine und mittlere Unternehmen (Post-Doc-Programm)

## Gründer: Die Selbstständigkeit entfesseln

Die Gründer von heute sind die Arbeitgeber von morgen. Österreich eilt unter unserer Regierung von einem Gründerrekord zum nächsten. Im vergangenen Jahr gab es rund 27.000 Neugründer allein im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, unser Ziel für 2003 sind 30.000 Neugründungen.

Als Wirtschaftspartei wissen wir: Nur, wenn unternehmerisches Engagement willkommen ist, kommen auch neue Arbeitsplätze. 30.000 neue Unternehmen oder Betriebsnachfolger bringen knapp 100.000 neue Arbeitsplätze.

**Gründerquote erhöhen** Wir wollen die Selbstständigenquote in Österreich durch mehr Neugründungen weiter erhöhen. Unser Ziel ist die Steigerung der in Österreich im internationalen Vergleich zu niedrigen Selbstständigenquote von 8,3 % (1997) auf 10 % im Jahre 2005.

**Nachfolgeproblem lösen** Rund 50.000 Unternehmer gehen in den nächsten Jahren in Pension. Vielfach ist die Betriebsnachfolge noch unklar. Dem Thema Betriebsnachfolge wollen wir daher ebensolche Bedeutung zumessen wie dem Thema Gründungen. Wir wollen weitere Erleichterungen bei der Unternehmensnachfolge (Anhebung des Freibetrages bei Unternehmensübertragungen) erreichen.

**High-Tech-Gründer fördern** Österreich braucht innovative Gründungen vor allem im Hochtechnologie- und Dienstleistungsbereich. Derzeit sind nur 9 % aller Unternehmensgründungen dem High-Tech-Sektor zuzurechnen. Potentielle Investoren müssen besonders in diesen Branchen besser mit kapital-suchenden Unternehmen zusammengebracht werden. Dafür sollen entsprechende Plattformen entwickelt werden.

**Unternehmensfreundliches Bildungsklima** Unsere volle Aufmerksamkeit verdient ein unternehmensfreundliches Klima an Schulen, Universitäten und Fachhochschulen: In den USA gibt es 350 Lehrstühle für Entrepreneurship, in der EU 25. In Österreich sind seit 1999 drei Gründungslehrstühle in Klagenfurt, Linz und Wien eingerichtet worden. Wir wollen im gesamten Bildungssystem ein selbstständigenfreundliches Klima schaffen.

**Eigenregieleistungen für Private öffnen** Viele Leistungen werden in Österreich von der öffentlichen Hand in Eigenregie erbracht (z. B. Stadtgartenamt, Wirtschaftshöfe). Die öffentliche Hand ist nach allen Schätzungen häufig teurer als private Anbieter. Hier liegt ein enormes Potential für private Dienstleister und Jungunternehmer brach. Wir wollen daher den fairen Wettbewerb zwischen Staat und Privaten, aber auch Public-Private-Partnerships im Interesse der Wirtschaft und der Steuerzahler fördern.

### ÖVP-Initiativen für ein gründerfreundliches Österreich

- Selbstständigenquote durch Neugründungen auf 10 % bis 2005 anheben, für 2003 ist das Ziel: 30.000 Neugründungen
- Stärkung der Unternehmensgesinnung an Schulen, Fachhochschulen und Universitäten, Unternehmertum als Berufsalternative stärker verankern
- Aus- und Weiterbildungsangebote für Jungunternehmer verbessern
- Verbesserung des Zugangs zu Gründungskapital und der Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Beteiligungsmärkte
- Online-Gewerbeanmeldung in ganz Österreich
- Weitere Erleichterungen bei der Unternehmensnachfolge (Anhebung des Freibetrages bei Unternehmensübertragungen)
- Sensibilisierungs- und Unterstützungsmaßnahmen für erfolgreiche Betriebsnachfolgen

## Mehr Mittelstand – mehr Wohlstand

Unsere erfolgreiche Gründerpolitik dokumentiert auch klar unser Verständnis von Wirtschaftspolitik: Wir sind für die Klein- und Mittelbetriebe da; denn sie sind der Motor unserer Wirtschaft: Rund 99,5 % aller Unternehmen in Österreich sind KMU, zwei Drittel aller Beschäftigten arbeiten in solch einem Unternehmen. Als Partei des Mittelstands wissen wir: Es ist der Leistungsträger Mittelstand, auf den es ankommt. Der Mittelstand sagt Ja zu unternehmerischer Freiheit, er sagt Ja zu persönlicher Leistung, er sagt aber auch Ja zu gesellschaftlicher Verantwortung.

**Leistung muss sich lohnen** Gerade für den Leistungsträger Mittelstand muss es faire Rahmenbedingungen geben. Daher treten wir für eine weitere Senkung der Steuertarife, gerade auch für kleine und mittlere Einkommen ein. Wir werden nicht zulassen, dass die Höchstbeitragsgrundlage bei der Sozialversicherung abgeschafft wird. Unser Ziel für 2010 ist die Senkung der Abgabenquote auf 40 %.

**Bürokratie reduzieren** Flexibilität, Innovation und Deregulierung sind gefragt, um Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen zu entlasten. Wir wollen daher überall dort unnötige Einmischung und unnötige Bürokratie vermeiden, wo keine unmittelbaren ökonomischen Interessensgegensätze zwischen Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen und Arbeitgebern/Arbeitgeberinnen bestehen.

**Lohnnebenkosten senken** Wir wollen die Lohnnebenkosten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer weiter senken und damit einen Beitrag zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, zur Sicherung der Einkommen und zur Entlastung von Betrieben leisten. Diese Entlastung der Arbeitskosten kürzt keine der derzeit bestehenden Sozialleistungen und führt zu keiner zusätzlichen Belastung der Steuer- und Beitragszahler. Sie erfolgt durch Steigerung in der Effizienz der Verwendung der Sozialbeiträge, die durchgehende Abstellung von institutionellen Missbräuchen, die korrekte und objektive Zuordnung von Leistungen und das effiziente Management der Sozialfonds. Das Ziel, 1,1 Milliarden Euro Lohnnebenkostenentlastung umzusetzen, wurde bereits erfolgreich angegangen und wird mit der ÖVP in der Regierung fortgesetzt.

**Neues Unternehmerrecht** Das Wirtschaftsrecht kennt unterschiedliche Regelungen für die verschiedenen Bereiche unternehmerischen Handelns. Dies schafft Unübersichtlichkeit und Nachteile. Wir wollen daher ein neues Unternehmerrecht, das eine Neufassung des Kaufmannsbegriffes, eine Harmonisierung des Unternehmerrechts mit dem Gewerberecht und Erleichterungen für Klein- und Mittelbetriebe bei der Errichtung von Personengesellschaften bringt.

**Modernes Immobilieninvestmentfondsgesetz zur Belebung des Kapitalmarktes** Um ein Abfließen von Kapital in ausländische offene Immobilienfonds zu verhindern, braucht Österreich ein modernes Immobilienfondsgesetz.

**Arbeitszeitflexibilität** Arbeitszeitflexibilisierung, wie etwa eine flexiblere Verteilung der Normalarbeitszeit, kann den Wünschen der Arbeitnehmer wie auch den Produktivitätsanforderungen der Unternehmen entgegenkommen. Der Gesetzgeber hat für Spielraum gesorgt, nun müssen die Sozialpartner die in den Betrieben vorhandenen Möglichkeiten umsetzen.

**Öffnungszeiten liberalisieren** Im Vergleich mit anderen Ländern hat Österreich sehr restriktive Regelungen der Öffnungszeiten im Handel. Wir wollen vor allem für die kleineren und mittleren Unternehmungen mehr Flexibilität ermöglichen. Im Dienstleistungssektor (z. B. Banken, Friseure, Schuhreparatur) sollen die zeitlichen Einschränkungen der Öffnungsmöglichkeiten am Samstag den Erfordernissen für ein konsumentenfreundliches Angebot angepasst werden. Die ÖVP bekennt sich aber uneingeschränkt zur Sonntagsruhe.

**Der Tourismus ist ein zentraler Wirtschaftszweig Österreichs** In Österreich sind rund 150.000 Menschen im Beherbergungs- und Gaststättenwesen beschäftigt; ca. 590.000 Personen sind direkt oder indirekt vom Tourismus abhängig. Insgesamt erwirtschaftete die österreichische Tourismuswirtschaft 2001 ca. 25,08 Mrd. Euro (+ 7,5 % gegenüber Vorjahr); die Pro-Kopf Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr in Österreich betragen 2001 ca. 1.400 Euro. Das ist mehr als dreimal so viel wie im europäischen Durchschnitt. Das „Wanderbare Österreich“ ist Kernthema des Sommertourismus in Österreich. Es setzt nicht nur eine gesunde Umwelt, sondern auch eine touristische Infrastruktur im Bereich von Hütten und Wegen voraus. Wir stehen für die angekündigte Verlängerung des Hüttensanierungsprogramms.

#### **ÖVP-Initiativen für den Mittelstand**

- Weitere Senkung der Lohnnebenkosten
- Senkung der Abgabenquote auf 40 % bis 2010
- Forcierung des Beteiligungsmarktes (Ausbau des Instruments der Mittelstandsfinanzierung)
- Schaffung eines neuen Unternehmerrechts – Abschaffung von Doppelgleisigkeiten
- Verstärkte Flexibilisierung der Arbeitszeit durch die Verlagerung von Regelungsbefugnissen auf die Betriebsebene
- Liberalisierung der Öffnungszeiten, aber keine Aufhebung der bestehenden Sonntagsruhe
- Erhaltung der tourismustypischen KMU-Struktur und Steigerung der Attraktivität der Arbeitswelt im Tourismus

## Die beste Infrastruktur für Bürger und Wirtschaft

Eine funktionierende Infrastruktur in den Bereichen Energie, Verkehr und Wohnen ist ein wichtiges Handlungsfeld der Politik; denn von einer optimalen Infrastruktur profitieren Bürger und Wirtschaft gleichermaßen.

Mit unserer Voll liberalisierung des Strom- und Gasmarktes haben wir erhebliche Kostenvorteile für die Konsumenten ermöglicht. Gleichzeitig wird durch den Ausbau erneuerbarer Energieträger sowie durch gezielte Investitionen in Netz und Leitungen die Versorgungssicherheit der österreichischen Strom- und Gaskunden sichergestellt. Bei der Verkehrsinfrastruktur ist für unsere Wachstums- und Wohlstandschancen die Einbindung Österreichs in das Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN) von besonderer Bedeutung.

## Energiepolitik: Erfolgsstory fortsetzen

Österreich ist mit der vollständigen Öffnung der leitungsgebundenen Energiemärkte Strom und Gas einer der Vorreiter in der EU. Ohne Liberalisierung wären die Stromkosten der gesamten österreichischen Volkswirtschaft um etwa 700 Mio. Euro pro Jahr höher. Bei der Gasmarktliberalisierung ergibt sich ein Gesamtspargnis für die rund eine Million mit Gas versorgten Haushalte und das Gewerbe zwischen 160 und 180 Mio. Euro. Diese Daten zeigen, dass unser Liberalisierungskurs kein Selbstzweck ist, sondern klare Vorteile für Wirtschaft und Konsumenten bringt.

**Kooperation österreichischer Stromversorger** Die Energie Austria – der Zusammenschluss der größten Stromversorger Österreichs im Handel und Großkundenvertrieb – wird den achtgrößten Stromhändler Europas bilden. Diese Kooperation ist ein erster wichtiger Schritt zur Stärkung der heimischen Stromversorger im europäischen Wettbewerb.

**78 % Ökostrom bis 2008** Die Förderung von Ökostrom und Versorgungssicherheit ist kein Widerspruch zur Liberalisierung. Neben der wirtschaftlichen Freiheit der Konsumenten tritt die Volkspartei für eine nachhaltige Nutzung der heimischen Energiequellen ein: Österreich ist innerhalb der EU mit 70 % führend bei der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Mit dem Ökostromgesetz haben wir die Grundlage geschaffen, um diese wichtigen nachhaltigen Energieerzeugungsanlagen kosteneffizient auszubauen: So sollen im Jahr 2008 78,1 % aus Ökoenergien wie Wasserkraft, Biomasse, Windkraft und Solarenergie stammen. Mit diesem Ausbau werden heimische, umweltfreundliche Energiequellen nachhaltig ausgebaut und ein wichtiger Beitrag zur Versorgungssicherheit geleistet.

### ÖVP-Initiativen für eine kosteneffiziente und umweltfreundliche Energieversorgung

- Kostenvorteile für den Konsumenten durch mehr Wettbewerb
- Vertiefung der österreichischen Stromlösung
- Nutzung heimischer Energieressourcen durch den Ausbau von Ökostromanlagen

## Wohnen: Wohnkosten dämpfen

In der Wohnpolitik ist bereits eine Trendwende in Richtung einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft gelungen. Durch Deregulierungsmaßnahmen (z. B. Vereinfachung der Befristungsregeln, verminderter Anwendungsbereich des MRG, Auslaufenlassen des Hausbesorgergesetzes, Mobilisierung des Reservekapitals der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften) konnten die Wohnkosten im Sinne der Mieter und Eigentümer wirksam gedämpft werden. Während die Wohnkosten während der vergangenen 20 Jahre stets eine der Hauptursachen der allgemeinen Preissteigerung waren, sind sie mittlerweile zu einem dämpfenden Faktor beim Verbraucherpreisindex geworden. Die ÖVP ist der Garant dafür, dass im Wohnrecht Vereinfachung, Vereinheitlichung, Liberalisierung und damit Kostensenkung Vorrang haben.

**Mieterschutz sichern** Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen, weshalb für die ÖVP der Mieterschutz auch in Zukunft ein wichtiges Anliegen ist – und dieser aufrecht bleiben muss, solange am Markt Anbieter und Nachfrager nicht gleichberechtigte Partner sind.

**Wohnqualität verbessern** Im gemeinnützigen Wohnbau wurde die thermische Sanierung erleichtert. Damit können qualitative Verbesserungen ohne finanzielle Belastung der Mieter und der Wohnungsgenossenschafter durchgeführt werden.

**Schwerpunkt „thermische Sanierung“** Mittel innerhalb der Wohnbauförderung fließen derzeit verstärkt von der Neubau-Tätigkeit in Richtung (Althaus)Sanierung. Einen Schwerpunkt soll in Zukunft die thermische Sanierung (Wärmedämmung an Außenwänden, Keller und Decke, Fensteraustausch, Umstieg auf alternative Heizsysteme) bilden. Über 1 Million der Eigenheime sind älter als 20 Jahre. Die thermische Sanierung dieses Bestandes sowie der Wohnbauten, die zwischen 1945 und 1980 errichtet wurden, ist der wesentlichste Beitrag Österreichs zur Erreichung der Kyoto-Ziele (Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 13 % bis 2008/2012). Durch das zweckgerichtete Zusammenspiel von Förderung, steuerlichen Maßnahmen und Bausparfinanzierung können vor allem im Eigenheim-Sektor enorme CO<sub>2</sub>-Einsparungen erreicht werden.

**Neue Wohnbaufinanzierung** In der Wohnbaufinanzierung muss eine neue Balance zwischen den Zuweisungen des Bundes an die Länder zum Zwecke der Wohnbau- und Infrastrukturförderung, der steuerlichen Erleichterung vor allem für Zwecke der thermischen Sanierung (z. B. Sanierungsfreibetrag, „Luxemburger Modell“) und der Mobilisierung des Kapitals der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft durch Errichtung bzw. Beteiligung an Immobilienfonds gefunden werden.

**Harmonisierung der Bauordnungen** Die Zersplitterung und Unübersichtlichkeit des für das Bauen in Österreich maßgebenden Rechts ist für den Bürger nicht länger zumutbar und gehört beseitigt. Die Bauordnungen sollen zwar weiterhin in der Kompetenz der Länder bleiben, zur Rechtsvereinfachung ist jedoch eine Vereinheitlichung der verschiedenen Bauordnungen der Bundesländer mittels eines Vertrages gemäß Art. 15a des Bundes-Verfassungsgesetzes erforderlich.

### ÖVP-Initiativen für eine Trendwende in der Wohnungspolitik

- Leistbare Wohnungen
- Schwerpunkt „thermische Sanierung“ bei Eigenheimen
- Neuordnung der Wohnbaufinanzierung
- Harmonisierung der unterschiedlichen Bauordnungen in den Bundesländern

## Verkehr: Vorrang für Mobilität und Umwelt

Eine moderne Infrastruktur und gute Erreichbarkeit sowie eine optimale Verkehrsorganisation zählen zu den wichtigsten Standortfaktoren im internationalen Wettbewerb. Die Einbindung Österreichs in das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN) sichert unsere gleichberechtigte Teilnahme an der künftigen wirtschaftlichen Dynamik im Herzen Europas. Gerade für den Osten Österreichs und den Wirtschaftsstandort Wien hätte ein Ausschluss von den transeuropäischen Wegen mittel- und langfristig negative Folgen. Österreich hat 2002 mit dem Generalverkehrsplan ein klares Konzept zur Förderung umweltfreundlicher Verkehrswege vorgelegt. Zahlreiche Investitionen in das Wasser-, Straßen- und vor allem Schienenverkehrsnetz sollen in Österreich zu einer nachhaltigen Mobilität auch in einem erweiterten Europa führen.

**Kein PKW-Road-Pricing** Das Auto dient den Menschen als notwendiges Verkehrsmittel. Die meisten Autofahrer sind als Pendler darauf angewiesen. Die Einführung des Road-Pricings für PKWs lehnen wir daher ebenso ab wie weitere Belastungen der Autofahrer.

**Lücken schließen** Der Lückenschluss des hochrangigen Straßennetzes und der Ausbau einer leistungsfähigen und zukunftsträchtigen Straßenverbindung nach den Mittel- und Osteuropäischen Ländern müssen erfolgen. Die Sanierung und Modernisierung des bestehenden Autobahnnetzes darf nicht vernachlässigt werden.

**Keine Typisierungs-Bürokratie** Die ÖVP tritt dafür ein, dass eine direkte Zulassung von Kraftfahrzeugen mit bereits vorhandener EU-Typisierung in Österreich ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand ermöglicht werden soll.

**Güterverkehr** Eine wesentliche Maßnahme zur Kostenwahrheit des Güterverkehrs ist für uns die Einführung eines LKW-Road-Pricings, wobei die positiven Synergien durch die Einführung in anderen europäischen Ländern genutzt werden sollen. Außerdem ist unter Beachtung ökologischer und ökonomischer Kriterien ein bundesweites Konzept zur Finanzierung und Einrichtung von Güterterminals Straße/Schiene im Rahmen von Privat-Public-Partnership-Modellen zu entwickeln. Forciert werden muss selbstverständlich auch der verkehrsträgerübergreifende Infrastrukturausbau im Rahmen integrierter Lösungspakete für den Transitverkehr, insbesondere im sensiblen Alpenbereich (z. B. Brenner-Basistunnel) auf internationaler Ebene.

**Mehr Wettbewerb auf der Schiene** Die Schaffung von mehr Wettbewerb auf der Schiene soll nach den Vorgaben der EU durch eine echte Liberalisierung zum Vorteil des Kunden erfolgen: Die ÖBB sollen mittels moderner Strukturen im europäischen Wettbewerb optimal positioniert werden. Netzlücken im hochrangigen Schienennetz sind zu schließen und Kapazitäts- sowie qualitative und betriebliche Mängel sind zu beheben.

**Priorität für die Umwelt** Ziel der ÖVP ist es, den Verkehr sinnvoll zu steuern und einen Ausgleich zwischen dem berechtigten Wunsch nach Mobilität und der erträglichen Belastung für Menschen und Umwelt zu finden. Die bereits erreichte Reduktion der Schadstoff- und Lärmbelastung durch den LKW-Verkehr auch nach Auslaufen des derzeit geltenden Ökopunktesystems Ende 2003 sicherzustellen, hat für die ÖVP Priorität. Die durch das Ökopunktesystem bereits erzielten Umweltverbesserungen sollen im Rahmen entsprechender Übergangsregelungen auch in der Übergangszeit bis zum Inkrafttreten der neuen EU-Wegekostenrichtlinie sichergestellt werden.

## **ÖVP-Initiativen für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik**

- Innerhalb der EU auf Rahmenbedingungen für eine ökologisch vertretbare Verkehrsentwicklung drängen
- Auf kompakte Raum- und Siedlungsstrukturen Bedacht nehmen, damit vermehrt kurze Wege und eine einfachere Verkehrserschließung möglich werden
- Im europäischen Gleichklang allen Verkehrsträgern ihre externen Kosten für Umwelt und Unfallfolgen zuordnen
- Gebühren für die Infrastrukturbenutzung dem Ausmaß der tatsächlichen Beanspruchung anpassen
- Lückenschluss des hochrangigen Straßennetzes und Ausbau einer leistungsfähigen und zukunftssträchtigen Straßenverbindung nach den Mittel- und Osteuropäischen Ländern gemäß dem Generalverkehrsplan
- Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und des Güterverkehrs auf der Schiene
- Wettbewerbsfähigkeit der Schiene stärken
- Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierung des Infrastrukturausbaus
- Direkte Zulassung von Kraftfahrzeugen mit bereits vorhandener EU-Typisierung in Österreich ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand
- Erstellung eines nationalen Verkehrssicherheitsprogramms mit den Schwerpunkten Kindersicherung im Auto, Tunnelsicherheit, verschärfte Kontrolle von Motorradstrecken, Einhaltung von LKW-Lenkzeiten, strenges Vorgehen gegen Alkohol, Drogen und beeinträchtigende Medikamente im Straßenverkehr

## Telekommunikation: Wettbewerb sichern

Angesichts der Verschmelzung von Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie ist ein einheitlicher Rechtsrahmen für alle Übertragungsnetze und -dienste notwendig.

**Unabhängiger Regulator** Die KommAustria sollte daher, wie dies von der ÖVP immer gefordert wurde, als unabhängiger und weisungsfreier Regulator, der die Konvergenz zwischen Medien-, Telekommunikation und Informationsdiensten berücksichtigt, organisiert werden.

**Märkte entwickeln** Wichtig ist für die Konsumenten die Sicherung des Wettbewerbs in einem liberalisierten Telekommunikationssektor. Dort, wo Wettbewerb nicht im ausreichenden Maß besteht, soll dieser gestärkt werden. Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht müssen zur Entwicklung eines funktionierenden und ausreichenden Wettbewerbs besonders beitragen.

**Grundversorgung sichern** Der Aufrechterhaltung der Universaldienstleistungen – die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit einem entsprechenden Mindestangebot an Diensten zu einem erschwinglichen Entgelt – ist für uns besonders wichtig.

**Optimale Nutzung** Die Unternehmen sollten mehr Möglichkeiten erhalten, erworbene Frequenzen und Lizenzen optimal nutzen zu können. Ziel ist es, durch möglichst hohe Kapazitäten für Datenübertragung einen Beitrag zum innovativen Wirtschaftsstandort Österreich zu leisten.

### ÖVP-Initiativen für eine zukunftssichere Telekom-Infrastruktur

- Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens für alle Übertragungsnetze und -dienste
- KommAustria als unabhängiger und weisungsfreier Regulator
- Förderung des Wettbewerbs im Telekommunikationssektor
- Erhaltung von Universaldienstleistungen für Konsumenten
- Optimierung der Frequenznutzung für Telekommunikationsunternehmen

## Keine neuen Schulden – sichere Zukunft

**30 Jahre lang haben SPÖ-Finanzminister insgesamt 127 Mrd. Euro Schulden gemacht. Täglich zahlen wir dadurch 20 Mio. Euro Zinsen! Mit der Wende in der Budgetpolitik ersparen wir uns bis 2010 allein an Zinszahlungen 2 Mrd. Euro.**

Nur ein finanziell gesunder Staat ist sozial und wirtschaftlich leistungsfähig. Voraussetzung dafür ist eine solide, nachhaltige Finanzpolitik. Wir haben in den letzten Jahren wichtige Schritte in der Budgetpolitik gesetzt. Durch unseren Schuldenstopp-Kurs haben wir heute – im Gegensatz zu 1999 – einen weitgehend sanierten Staatshaushalt. 2001 haben wir erstmals das Nulldefizit-Ziel erreicht. Für das heurige Jahr ist das Null-Defizit wegen der sich massiv verschlechternden internationalen Konjunktur und der Hochwasserkatastrophe nicht erzielbar.

Die Finanzpolitik ist dann auf dem richtigen Weg, wenn der öffentliche Haushalt über den Konjunkturzyklus ausgeglichen ist. Keinesfalls darf die Schuldenwirtschaft dazu führen, dass kommende Generationen wichtige Staatsaufgaben nicht mehr finanzieren können.

**Schulden stoppen** Die ÖVP steht auch weiterhin für eine Reform der Staatsausgaben und ist nicht für eine Politik des neuerlichen Schuldenmachens zu haben. Wir haben die Hochkonjunktur genutzt, um den Staatshaushalt zu sanieren. Das ist die Grundlage für die Senkung unserer Steuer- und Abgabenquote.

**Steuern und Abgaben senken** Die Steuer- und Abgabenquote ist in Österreich zu hoch. Durch die zu hohen Belastungen wird der Raum für private und unternehmerische Initiative übermäßig eingengt. Es darf daher auf keinen Fall zu höheren Steuer- und Sozialabgaben kommen, wie das Rot-Grün erwarten lässt. Eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote dient vor allem der Stärkung des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Österreich. Unser Ziel ist, durch Steuerreformen die Steuer- und Abgabenquote bis 2010 auf 40 % des BIP zu senken, durch die Berücksichtigung ökologischer Effekte die nachhaltige Entwicklung zu stärken und durch die Steigerung der Ökoeffizienz in allen Dimensionen die Erreichung der Kyoto-Ziele optimal zu unterstützen. Erneuerbare Energieträger sollen steuerlich begünstigt werden und das gesamte Steuersystem im Sinne des Prinzips der Kostenwahrheit auf seine ökologischen Lenkungseffekte auf Basis der europäischen Entwicklungen überprüft werden.

**Staatsausgaben besser planen** Wir stehen für eine solide Budgetpolitik und einen fairen Finanzausgleich. Mit dem Stabilitätspakt ist uns 2001 ein Brückenschlag zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geglückt: Diese historische Solidarität wollen wir für die Zukunft erhalten.

**Keine staatlichen Schuldenunternehmen** In Österreich gibt es heute keine „verstaatlichten“ Unternehmen mehr. Beinahe alle ehemaligen verstaatlichten Unternehmen sind erfolgreiche börsennotierte Unternehmen, die teilweise Spitzenpositionen am Weltmarkt einnehmen. Die ÖIAG hat in den letzten drei Jahren den Schuldenstand von 6,3 Mrd. Euro auf unter 2 Mrd. Euro verringert. Der Weg des Schuldenabbaus ist weiterzuverfolgen. Weitere Privatisierungsschritte sind notwendig, wobei wir die Beibehaltung einer österreichischen Kernaktionärsstruktur durch Syndikate mit industriellen Partnern, Banken, Versicherungen, Fonds u. a. im Sinne einer Stärkung des Headquarter-Standortes Österreich anstreben.

### ÖVP-Initiativen für gesunde Staatsfinanzen

- Erzielung eines ausgeglichenen Haushalts über einen Konjunkturzyklus
- Weiterer Schuldenabbau bei der ÖIAG
- Erhaltung österreichischer Kernaktionäre bei den österreichischen Paradebetrieben
- Fairer Finanzausgleich zwischen den Gebietskörperschaften; die Finanzbasis der Länder und Gemeinden stärken

## Steuerreform: Leistungsträger entlasten

**Mehr netto für den Mittelstand** Eine sinnvolle und nachhaltige Steuerreform darf nicht durch neuerliche Schulden finanziert werden. Sie kommt für uns daher nur dann in Frage, wenn die dabei entstehenden Entlastungen nicht zu neuen Schulden oder zu neuen Belastungen in darauffolgenden Jahren führen. Die Rückführung der Steuerlast muss schrittweise erfolgen. Gleichzeitig muss jedoch am Ziel festgehalten werden, über den Konjunkturzyklus einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

# Entlastung von Bürger & Staat

**Arbeit entlasten** Wir wollen, wie dies auch die EU empfiehlt, den Faktor Arbeit entscheidend entlasten. Wir wollen die bereits begonnene Senkung der Lohnnebenkosten weiterführen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, Sicherung der Einkommen und zur Entlastung von Betrieben leisten. Diese Entlastung der Arbeitskosten kürzt keine der derzeit bestehenden Sozialleistungen und führt zu keiner zusätzlichen Belastung der Steuer- und Beitragszahler. Diese Entlastung der Arbeitskosten erfolgt durch Steigerung in der Effizienz der Verwaltung der Sozialbeiträge und das effiziente Management der Sozialfonds.

**Entlastung in Etappen** Im Sinne einer fairen Balance sollen im ersten Schritt Einkommen mit einer Bemessungsgrundlage bis zu 10.000 Euro pro Jahr, das entspricht bei nichtselbstständiger Arbeit einem Monatsgehalt von rund 1.000 Euro, steuerfrei gestellt werden. Mittels einer Tarifreform sollen auch mittlere Einkommen entlastet und der Spitzensteuersatz gesenkt werden. Eine steuerliche Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer erhöht den Entscheidungsspielraum für Bürger und Unternehmer und stärkt auch die wichtigste produktive Ressource des Wirtschaftssystems – das Humankapital.

**Fairness für Einzelunternehmungen und Personengesellschaften** Die Unternehmensbesteuerung in Österreich ist nicht rechtsformenneutral – das heißt, dass einkommensteuerpflichtige Unternehmungen mit mehr als 53.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen einem höheren Durchschnittsteuersatz unterliegen als Kapitalgesellschaften mit gleichem Einkommen. Dadurch werden ertragsstarke Einzelunternehmungen und Personengesellschaften benachteiligt. Personengesellschaften und Einzelunternehmen sollen langfristig nicht schlechter gestellt sein als Kapitalgesellschaften. Die Betriebsnachfolge soll erleichtert werden.

**Fairness zwischen Fremd- und Eigenfinanzierung** Gegenwärtig wird die Fremdfinanzierung im Vergleich zur Eigenfinanzierung steuerlich begünstigt. Das höhlt die Eigenkapitalbasis aus. Im Zusammenhang mit Basel II, aber auch im Hinblick auf Risikoübernahmen und damit letztlich auch für das Wachstum, ist eine Stärkung der Eigenkapitalquote der österreichischen Unternehmungen wichtig. Eine Erhöhung der Eigenkapitalquote soll durch eine steuerliche Angleichung von nicht entnommenen Gewinnen mit Veranlagungen außerhalb des Unternehmens erfolgen, wobei das Ziel einer Gleichstellung mit endbesteuerten Veranlagungen anzustreben ist.

**Wettbewerbsfähigkeit verbessern** Im internationalen Standortvergleich spielen die Steuersätze der Unternehmenssteuer eine entscheidende Rolle. Österreich hat Anfang der neunziger Jahre mit einem Körperschaftsteuersatz von 34 % (unter Berücksichtigung des IFB 31 %) eine sehr günstige Position erreicht. In der Zwischenzeit haben andere Staaten jedoch ihre Steuersätze spürbar gesenkt, wodurch sich die Position Österreichs relativ verschlechterte. Eine generelle Betriebssteuer bietet die Gelegenheit, die internationale Position Österreichs im Hinblick auf die Steuersätze wieder zu verbessern.

**Fair & Easy Tax** Wir müssen endlich den jahrzehntelang aufgebauten Steuerdschongel abbauen. Wir wollen daher ein einfaches und faires Steuersystem. Um das ÖVP-Konzept der „Fair & Easy Tax“ zu realisieren, müssen einige Bagatellsteuern sowie standortschädliche bzw. wettbewerbsverzerrende Sonderbestimmungen abgeschafft werden.

## ÖVP-Initiativen für weniger Steuern und Abgaben

- Senkung der Abgabenquote auf 40 %
- Weitere Senkung der Lohnnebenkosten
- 1.000 Euro monatliches Einkommen steuerfrei
- Entlastung mittlerer Einkommen durch eine Tarifreform
- Senkung des Spitzensteuersatzes
- Verbesserung der Eigenkapitalquote
- Senkung des Körperschaftsteuersatzes
- Steuerliche Gleichstellung von Einzelunternehmen, Personen- und Kapitalgesellschaften (Betriebssteuer)
- Begünstigung für nicht entnommene Gewinne
- Steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltsdienstleistungen
- Vereinheitlichung der Gruppenbesteuerung im internationalen Gleichklang
- Vereinfachung des Steuersystems und Abschaffung von Bagatellsteuern
- Steuerfreibetrag für Betriebsnachfolge erhöhen

# Entlastung von Bürger & Staat

## Aufgabenreform: Mehr Effizienz – weniger Ausgaben

Wir sind weder Neoliberale noch Neo-Etatisten: Die ÖVP will so viel Privatinitiative wie möglich – und so viel Staatshandeln wie nötig. Der hohe Leistungsstandard der öffentlichen Verwaltung ist einer der wesentlichen Standortvorteile unseres Landes. Gleichzeitig gibt es in der Verwaltung beachtliche Effizienz- und gesamtwirtschaftliche Einsparungspotentiale, die wir im Interesse der Steuerzahler nutzen wollen. Auf Initiative der ÖVP wurden in den vergangenen drei Jahren maßgebliche Verwaltungsreform-Schritte gesetzt. Wir haben z. B. viele wichtige Verwaltungsaktivitäten bei den Bezirkshauptmannschaften zusammengefasst.

**Aufgaben und Gesetze bereinigen** Wir wollen die Gesetze vereinfachen. Zielorientierte Gesetzgebung hat Vorrang vor Regelungen bis ins kleinste Detail. Eine weitreichende Gesetzesbereinigung zur Eindämmung der Überregulierung und Gesetzesflut und verstärkte Transparenz der Regulierungskosten für Bürger und Wirtschaft (z. B. durch Abschätzung von Gesetzesfolgekosten) sind für uns wesentliche Bestandteile einer grundlegenden Aufgabenbereinigung.

**Subsidiarität in die Tat umsetzen** Die in der abgelaufenen Legislaturperiode erfolgreich begonnene Verlagerung von Aufgaben vom Bund hin zu Ländern und Gemeinden soll konsequent weitergeführt werden. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sollen noch mehr Aufgaben nahe beim Bürger von Gemeinden und Bezirksverwaltungsbehörden und weniger Aufgaben von staatlichen Zentralstellen wahrgenommen werden.

**Private Partner einbinden** Wir wollen bei der Erbringung staatlicher Leistungen noch stärker private Akteure einbinden. Die Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben ist integraler Bestandteil eines zeitgemäßen Staatsverständnisses. Der Staat hat die Erbringung der öffentlichen Leistungen innerhalb dieses Staatsverständnisses zu sichern – er muss diese aber nicht immer selbst erbringen, sondern lediglich deren Erbringung durch entsprechende Rahmenbedingungen garantieren.

**Modernes Verwaltungsmanagement** Die Schaffung klarer Verantwortungsstrukturen, eine ergebnisorientierte Steuerung und eine verstärkte Dezentralisierung in der Verwaltung haben Vorrang. Die ökonomische Verantwortung der Ressortminister ist durch Einführung von Globalbudgets und durch eine weitgehende Personalhoheit zu stärken. Die Eigenverwaltung soll auf ein in der Privatwirtschaft übliches Niveau reduziert werden. Dazu ist es erforderlich, Dienstrecht und Haushaltsrecht endlich zu vereinfachen und weiter in neue Informations- und Kommunikationstechnologien zu investieren.

### ÖVP-Initiativen für eine effiziente Verwaltung

- Verwaltungsreform aktiv weiterführen – Nutzen für Bürger und Wirtschaft steigern
- Für die Erbringung staatlicher Leistungen noch stärker private Akteure einbinden
- Die Schaffung klarer Verantwortungsstrukturen, eine ergebnisorientierte Steuerung und eine verstärkte Dezentralisierung sind fortzusetzen

## Pensionen: Mitten im Leben – sicher in die Zukunft

**Demographische Entwicklung als Herausforderung für die Pensionsfinanzierung** Die demographische Entwicklung in allen Industriestaaten und somit auch in Österreich läuft aufgrund der hervorragenden Gesundheitsversorgung darauf hinaus, dass die Lebenserwartung der Bevölkerung steigt. Gleichzeitig sind wir mit niedrigen Geburtenraten konfrontiert. Das hat nachhaltige Auswirkungen auf das Verhältnis der aktiven Bevölkerung zu jenen Bevölkerungsgruppen, die noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsleben stehen. Daraus ergeben sich große Herausforderungen für die künftige Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. Vor allem aber haben wir große Anstrengungen zur Erhaltung und Weiterentwicklung unseres umlagenfinanzierten Pensionssystems zu unternehmen, da immer weniger Aktive auf immer mehr Pensionisten entfallen. Zur Aufrechterhaltung der langfristigen Finanzierung unseres Pensionssystems sind daher eine Erhöhung der Erwerbsquote und ergänzende Maßnahmen notwendig. In diesem Zusammenhang ist der Aufbau einer selbstständigen Alterssicherung für Frauen – unabhängig von ihrem Familienstand – wichtig. Für uns als Partei für alle Generationen ist klar: Alle Generationen müssen gemäß ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung dieses Systems leisten.

Wichtig für ein sicheres Pensionssystem sind aber auch eine starke wirtschaftliche Entwicklung und eine hohe Beschäftigung, wie wir sie mit unserer Wirtschaftspolitik sichern wollen.

Die ÖVP bekennt sich bei den Pensionen zur Wahrung des Vertrauensschutzes, der gerade in einem so sensiblen Bereich wie der Altersvorsorge besonders wichtig ist.

**3-Säulen-Modell der ÖVP** Eine nachhaltige Absicherung der Altersversorgung mit Sicherstellung eines hohen Lebensstandards im Alter will die ÖVP mit dem Aufbau eines 3-Säulen-Modells erreichen. Dabei wird wie bisher auch in Zukunft die Basis der Altersvorsorge die gesetzliche Pensionsversicherung bilden. Sie wird aber durch eine betriebliche (Abfertigung neu – Zusatzpension für alle) und eine attraktive private Altersvorsorge ergänzt. Das neue Modell der geförderten Zukunftsvorsorge, das im September 2002 geschaffen wurde, eröffnet die Möglichkeit für eine private Zusatzpension für alle Österreicher. Wir wollen nun in diesem Bereich die notwendigen ergänzenden Maßnahmen setzen, um die private Vorsorge langfristig als wichtigen Bestandteil der persönlichen Pensionsvorsorge in Österreich zu etablieren.

**Gerechte Pensionen für Bauern** Um auch der bäuerlichen Bevölkerung eine dem modernen Wohlfahrtsstaat entsprechende Alterssicherung zu ermöglichen, tritt die ÖVP dafür ein, die Anrechnung des fiktiven Ausgedingtes schrittweise abzusenken.

**Absicherung für Geschiedene** Uns ist wichtig, die Versorgung von geschiedenen Ehepartnern sicherzustellen, die keinen eigenen Pensionsanspruch erworben haben. Zeiten der familiären Betreuungspflichten sollen dabei entsprechend angerechnet werden. Im Scheidungsfall sollen darüber hinaus die während der Ehe erworbenen Pensionszeiten den Partnern fair angerechnet werden.

**Anrechnung von Kindererziehungszeiten vor 1956** Die ÖVP tritt ausdrücklich und aus Gründen der Gerechtigkeit auch für die Anrechnung von Kindererziehungszeiten aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des ASVG ein, damit diese Zeiten bei der Pensionsbemessung berücksichtigt werden.

**Beibehaltung der beitragsfreien Mitversicherung** Die ÖVP bekennt sich zur Beibehaltung der beitragsfreien Mitversicherung für Personen, die sich der Kindererziehung oder der Pflege von Familienangehörigen widmen bzw. gewidmet haben. Damit wollen wir einen Beitrag zur gesellschaftlichen Wertschätzung dieser wichtigen Aufgaben leisten.

**Ausgleichszulagenrichtsatz-Anhebung** Die ÖVP tritt dafür ein, die Anhebung des Ausgleichszulagenrichtsatzes für Ehepaare zu prüfen.

### ÖVP-Initiativen für finanzielle Sicherheit im Alter

- Sicherstellung der Pensionsfinanzierung durch ausreichendes Wirtschaftswachstum
- Sicherstellung des umlagefinanzierten Systems durch eine hohe Erwerbsquote
- Sicherstellen, dass möglichst viele Frauen auch durch Anrechnung von Zeiten familiärer Betreuungsarbeit eigene Pensionen erwerben
- Sicherung des Lebensstandards auch im Alter durch den Ausbau eines 3-Säulen-Modells
- Beachtung des Vertrauensschutzes im Rahmen der Altersvorsorge
- Beibehaltung der beitragsfreien Mitversicherung

## Sozialversicherung: Richtig reformieren

Die ÖVP bekennt sich im Rahmen der Sozialversicherung zum Solidaritätsprinzip, aber auch zu den nötigen Reformen im Sinne einer versichertennahen, kostengünstigen und schlanken Verwaltung. Wir bekennen uns auch zur Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, wobei diese jedoch ihre Verantwortung für die notwendigen Reformen auch wahrnehmen muss. Die Sozialversicherung darf nicht für parteipolitische Agitation missbraucht werden. Die ÖVP tritt in diesem Zusammenhang für die Beibehaltung der dezentralen Struktur der Sozialversicherung als Grundlage einer effizienten und versichertennahen Arbeit der einzelnen Sozialversicherungsträger ein

**Strukturreformen** Einen wichtigen und von der ÖVP seit langer Zeit vertretenen Schritt in Richtung effizienter und gleichzeitig bürgernaher Betreuung stellt die Zusammenführung von PVAng und PVArb zu einer einheitlichen Pensionsversicherungsanstalt dar.

**Kostengünstige Verwaltung und Einsparungen** Die ÖVP erwartet von der Selbstverwaltung Einsparungen und weitere zielorientierte Reformen in der Verwaltung der Sozialversicherungen, um die für einen schlanken, effizienten Apparat notwendigen Strukturänderungen herbeizuführen.

**Dienstrecht weiterentwickeln** Die ÖVP bekennt sich zu einer zeitgemäßen Weiterentwicklung des Dienstrechtes für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialversicherungen gemeinsam mit den zuständigen Sozialpartnern und zur Schaffung von Pensionskassen nach dem Vorbild z. B. der Österreichischen Bundesforste.

**Zusammenarbeit mit den Trägern der privaten Vorsorge** Der Ausbau der zweiten und dritten Säule der Zukunftsvorsorge, aber auch die steigenden Anforderungen an Organisation und Finanzierung des österreichischen Gesundheitswesens machen es in Zukunft in verstärktem Ausmaß notwendig, dass die Sozialversicherungsträger mit der privaten Versicherungswirtschaft, mit den Institutionen der Länder, mit den im Sozialbereich tätigen bürgergesellschaftlichen Einrichtungen und Non-Profit-Organisationen planmäßiger und enger als bisher zusammenarbeiten. Für die kostengünstige, verwaltungsökonomische und bürgernahe Zusammenarbeit wollen wir die notwendigen gesetzlichen Grundlagen schaffen.

### ÖVP Initiativen für eine effiziente und kundennahe Sozialversicherung

- Verstärkte Kundennähe und Serviceorientierung
- Auf- und Ausbau einer gemeinsamen Datenverarbeitung
- Zusammenarbeit von Sozialversicherungen vor allem im Back-office-Bereich
- Klares Aufgabenprofil und deutliche Trennung der Organe der Selbstverwaltung und des Managements
- Konzentration auf die Kernaktivitäten der einzelnen Sozialversicherungen und Outsourcing (Contracting-out) sonstiger Tätigkeiten
- Ausnützung wirtschaftlicher Synergien durch gemeinsamen Einkauf
- Effizienter Mitteleinsatz im Gesundheitswesen u. a. durch den ökonomischen Einsatz von Medikamenten (Generika)
- Alle Versicherten sollen zu allen Kuranstalten, Rehabilitationseinrichtungen, aber auch zu allen Ambulatorien und allen Gesundheitsvorsorgeeinrichtungen der Sozialversicherung gleichen Zugang haben, egal wo sie versichert sind
- Verstärkung und Verbesserung der Mitgestaltung und Mitbestimmung der Pensionisten in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung

## Armut und Armutsgefährdung bekämpfen

Österreich ist zu Recht stolz auf sein umfassendes System der sozialen Sicherheit. Eine Vielzahl von sozialen Leistungen gewährleisten in der Regel auch die finanzielle Existenzsicherung und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dennoch gibt es noch immer Menschen, die in Armut leben oder armutsgefährdet sind. Armut mit ihren verschiedenen Gesichtern entsteht in erster Linie durch ganz konkrete Brüche oder Krisen im individuellen Lebensverlauf von Menschen. Hier wollen wir in der Armutsbekämpfung ansetzen und vorbeugend wirken. Wir können und wir wollen es uns nicht leisten, Armut in Österreich zuzulassen.

**Armut vorbeugen** Der Vorrang für Beschäftigungspolitik, persönliche und berufliche Qualifizierung und eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik sichern eigenes Einkommen durch Arbeit – das ist ein Grundpfeiler unserer Politik der Armutsvermeidung.

Die Möglichkeit der Existenzsicherung durch eigene Arbeit ist ein wichtiges Anliegen. Die ÖVP strebt daher Vollbeschäftigung in Österreich an und wird darüber hinaus ein Einkommen in Höhe von 1.000,- Euro pro Monat steuerfrei stellen.

**ÖVP für 1.000 Euro Mindestlohn** Wir sind der Auffassung, dass jedem Arbeitnehmer und jeder Arbeitnehmerin für Vollzeitarbeit ein Mindestlohn von 1.000 Euro im Monat zustellen soll. Wir fordern daher die Sozialpartner als Kollektivvertragsparteien auf, entsprechende Bestimmungen in den Kollektivverträgen zu verankern. Dabei soll sichergestellt werden, dass insbesondere in sensiblen Branchen die Arbeitsplätze gesichert bleiben.

**Ausländerregelungen harmonisieren** In Österreich lebende Ausländer ohne Beschäftigungsbewilligung sind überdurchschnittlich von Armut betroffen. Die ÖVP tritt daher dafür ein, das Aufenthaltsrecht und das Ausländerbeschäftigungsrecht im Einvernehmen mit den Sozialpartnern zu harmonisieren, sobald es die Arbeitsmarktlage zulässt.

**Sozialhilfe neu** Wer zur Leistung nicht oder nicht mehr fähig ist oder z. B. durch eine familiäre Krise in eine finanzielle Notlage geraten ist, hat zunächst Anspruch auf Hilfe und Existenzsicherung ohne Rücksicht auf die Ursache. Wir werden gemeinsam mit den Ländern Initiativen ergreifen, um Sozialhilfe und Notstandshilfe zusammenzuführen, damit existenzsichernde Einkommensersatzleistungen nach dem One-Desk-Prinzip von einer Stelle ausbezahlt werden (z. B. bei der Bezirkshauptmannschaft). Die interne Kostenverrechnung zwischen den verschiedenen zuständigen Institutionen und die Weiterleitung der erforderlichen Einkommensnachweise sollen durch EDV-Vernetzung unbürokratisch erfolgen.

**Gemeinsam helfen** Geld alleine reicht nicht zur Bekämpfung von Armut. Wir wollen daher die bewusste und planmäßige Kooperation zwischen den öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherheit mit Non-Profit-Organisationen, mit kirchlichen und karitativen Einrichtungen, mit Nachbarschaftszentren und mit den kleinen sozialen Netzen auf verschiedenen Ebenen fördern.

### ÖVP-Initiativen gegen Armut und Armutsgefährdung:

- Notstandshilfe und Sozialhilfe zusammenführen
- Sozialhilfe-neu nach dem One-Desk-Prinzip
- Harmonisierung des Ausländerbeschäftigungsrechtes mit dem Aufenthaltsrecht
- Zusammenarbeit mit Non-Profit-Organisationen im Kampf gegen soziale Vereinsamung und zur Früherkennung von Armutsgefährdung

# Soziale Sicherheit für Jung & Alt

## Menschen mit besonderen Bedürfnissen: Wir sichern Fairplay

Wir sagen ein umfassendes Ja auch zu „behindertem“ Leben. Schon aus ethischen Gründen gehen wir gegen jede Art von gesetzlicher oder sozialer Diskriminierung mit Nachdruck vor. Die Teilnahme von Menschen mit besonderen Bedürfnissen am Erwerbsleben ist eine besonders wichtige Voraussetzung für die volle Integration.

**Berufstätigkeit fördern** Möglichst viele Behinderte sollen die Möglichkeit haben, durch eigene Arbeit, entsprechend den individuellen Fähigkeiten, zu leben. Der Vorrang für Arbeit am offenen Arbeitsmarkt erfordert, dass besondere Förderungen, Regeln und Steuerungsmaßnahmen (z. B. durch den Ausgleichstaxfonds) auch für integrative Betriebe und für geschützte Arbeitsplätze zur Verfügung stehen müssen. Als individuelle Maßnahmen der beruflichen Integration sollen Arbeitsassistenz und Jobcoaching forciert werden.

**Weg mit Barrieren** Integration erfordert ein barrierefreies Umfeld und – wenn nötig – individuell adaptierte Arbeits- oder Ausbildungsplätze bzw. Wohnungen. In den Verhandlungen mit den Ländern über harmonisierte Bauordnungen sollen die Grundsätze für barrierefreies Bauen einheitlich verankert werden.

**Integration in der Ausbildung** Unser Grundsatz lautet: Integration, wo immer es möglich ist, aber auch spezielle Unterstützung dort, wo es nötig ist. Gerade im Pflichtschulalter ist Integration von besonderer Bedeutung für die persönliche und soziale Entwicklung aller Schüler. Wo es zum Wohl der behinderten Kinder und Jugendlichen sinnvoll ist, sollen sie weiterhin Zugang auch zu spezialisierten Institutionen haben. Wir wollen besondere Projekte starten bzw. fortsetzen, um den Zugang zu einer erstklassigen Berufsausbildung für behinderte Jugendliche zu sichern.

**Mehr soziale Sicherheit** Wir treten für eine bessere soziale Absicherung insbesondere der seit Geburt Behinderten ein. Wer in einer beschützenden Werkstätte, einer ergotherapeutischen Einrichtung (z. B. der Lebenshilfe) oder dergleichen im Rahmen seiner persönlichen Möglichkeiten arbeitet, soll in die soziale Sicherheit – soweit nicht ohnehin KV-Schutz besteht – in die Krankenversicherung und insbesondere in die gesetzliche Pensionsversicherung eingebunden werden.

**Zugang zur Berufsunfähigkeits-Pension erleichtern** Personen, die ungeachtet ihrer Behinderung z. B. in einem integrierenden Betrieb erwerbstätig sind, soll der Zugang zu einer Berufsunfähigkeitspension nicht wegen der schon vor der Arbeitsaufnahme bestehenden Behinderung verwehrt sein. Die Pensionsreformkommission soll beauftragt werden, für die Einbeziehung der seit Geburt Behinderten in die Pensionsversicherung und für einen erleichterten Zugang zur Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditätspension konkrete Vorschläge auszuarbeiten.

**Anpassung des Pflegegeldes** Wir haben bereits das Pflegegeld ab der Geburt – und nicht wie früher erst ab dem 3. Lebensjahr – sichergestellt. Jetzt wollen wir als weitere Verbesserung das Pflegegeld mit dem Ziel der Sicherung der tatsächlichen Pflegeaufwendungen überprüfen und, sofern nötig, anpassen.

# Soziale Sicherheit für Jung & Alt

---

**Behinderungsbedingte Mehrkosten besser berücksichtigen** Im Rahmen der Steuerreform soll geprüft werden, wie Ausgaben beispielsweise für Hilfsmittel und Medikamente bei Dialysepatienten und Diabetikern ohne Anrechnung eines allfälligen Pflegegeldes auf nicht pflegebezogene Ausgaben steuerlich besser geltend gemacht werden können.

**Betreuung & Pflege daheim** Wir wollen gemeinsam mit den unmittelbar zuständigen Einrichtungen der sozialen Sicherheit ein bedarfsorientiertes flächendeckendes System durch die entsprechende Unterstützung von Non-Profit-Organisationen (z. B. Hilfswerk) oder nachbarschaftlichen Institutionen (kirchliche, karitative Organisationen) planen und aufbauen. Pflegende bzw. betreuende Angehörige und Familien brauchen Unterstützung und Entlastung durch Supervisions- und Ausbildungsangebote im Wege von Selbsthilfegruppen und durch ein ausreichendes, leistbares Angebot an kurzfristig verfügbarer stationärer Betreuung oder Pflege sowie an Tageszentren.

**ÖVP-Initiativen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen:**

- Soziale und berufliche Integration vertiefen, barrierefreies persönliches Umfeld, keine soziale oder gesetzliche Diskriminierung von Behinderten
- Volle Ausbildungschancen – jeder nach seinen Fähigkeiten
- Gleicher Zugang zur medizinischen Rehabilitation, unabhängig vom Grund der Behinderung
- Bedarfsgerechte Anpassung des Pflegegeldes
- Pensions- und Krankenversicherung für Arbeit in ergotherapeutischen Einrichtungen
- Ungerechtigkeiten beim Zugang zur Invalidenpension beseitigen
- Behinderungsbedingte Mehrkosten im Steuerrecht besser berücksichtigen
- Ausbau der mobilen Betreuung und von kurzfristig verfügbaren stationären Betreuungseinrichtungen bzw. von Tageszentren in Zusammenarbeit mit Non-Profit-Organisationen

## Familienhospiz: Sicherheit für Pflegende – Selbstbestimmung für Sterbende

Ja zum Leben heißt auch Ja zum Sterben in Würde – und ein klares Nein zu aktiver Sterbehilfe. Wo immer es medizinisch möglich ist, soll jeder nach seinem Willen die letzte Zeit seines Lebens zu Hause im Kreis der Familie und schmerzfrei verbringen können. Ein erster, weltweit einzigartiger Schritt dazu war die Einführung der Familienhospizkarenz. So wie Eltern ihre Kinder ins Leben begleiten, sollen auch Kinder ihre Eltern und nahe Angehörige aus dem Leben begleiten können. Seit 1. Juli 2002 können ArbeitnehmerInnen kurzfristig und unbürokratisch für 3 bis 6 Monate ihre Arbeitszeit reduzieren oder sich ganz karenzieren lassen. Der Schutz der Kranken- und der Pensionsversicherung bleibt erhalten, hinzu kommt voller Kündigungsschutz. Im Bundespflegegeldgesetz und im Familienlastenausgleichsgesetz wurde Vorsorge für individuelle Unterstützungsmöglichkeiten bei finanzieller Notlage wegen Inanspruchnahme der Familienhospizkarenz getroffen.

**Absicherung überprüfen** Wir werden die finanzielle und sozialrechtliche Absicherung – wie bei der Gesetzwerdung versprochen – nach den Erfahrungen der Praxis evaluieren und, wenn nötig, ergänzen.

**Hospizgedanken stärken** Wir wollen den Ausbau mobiler Hospizdienste, von Tageszentren und stationären Hospizdiensten forcieren und in jedem größeren Krankenhaus Hospizbetten einrichten. Zur Stärkung des Hospizgedankens gehört für uns auch die Verbesserung der psychologischen Unterstützungsangebote für begleitende Angehörige.

### ÖVP-Initiativen für die Stärkung des Hospizgedankens

- Die finanzielle und sozialrechtliche Absicherung evaluieren und, wenn nötig, ergänzen
- Ausreichende psychologische Unterstützungsangebote für begleitende Angehörige
- Qualitätsorientierter Ausbau mobiler Hospizdienste, von Tageszentren und von stationären Hospizeinrichtungen
- Hospizbetten in jedem größeren Krankenhaus

## Bessere Bildung – bessere Chancen

Das große Ziel von Bildung ist nicht die Reproduktion von Wissen, sondern die Anwendung von Wissen zur Lösung von neuen Herausforderungen. Beste Bildung legt die Grundlage zur Entfaltung der Persönlichkeit, für ein sinnerfülltes Leben und für die Bewältigung der Herausforderungen, die täglich auf uns zukommen. Bildung muss für uns neben Wissen auch persönliche Fähigkeiten und Kompetenzen vermitteln. Zu einer gesamthaften Persönlichkeitsbildung gehören für uns grundlegendes Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen, musisch-kreative Bildung, eine solide Wertegrundlage sowie Bewegung und Sport. Bildungspolitik ist die beste Chancenpolitik, die es gibt. Österreich liegt bei den Bildungsausgaben im Spitzenfeld der Europäischen Union – das soll auch weiterhin so sein.

**Österreich an die Spitze** Unsere wichtigsten Ziele in der Bildungspolitik bis 2010 sind, dass sich alle österreichischen Bildungseinrichtungen einer regelmäßigen Qualitätskontrolle und Evaluierung unterziehen (nationale Vergleiche analog zum internationalen Beispiel PISA), dass die Akademikerquote von 10 % auf 20 % der Erwerbsbevölkerung gesteigert wird, und dass in Österreich in mehreren Forschungsdisziplinen Forscher auf Nobelpreis-Niveau arbeiten. Österreich soll zur Forschungsspitze unter den Industriestaaten gehören.

**Auf Qualität setzen** Qualitätssicherung und Evaluierung sind in Schulen und Universitäten wichtige Anliegen. Dadurch werden hochwertige Ausbildungen und anerkannte Wissenschafts- und Forschungsergebnisse garantiert. Internationale Vergleichsstudien und Wettbewerbe zeigen, dass von den österreichischen Schülern und Studenten beste Leistungen erbracht werden.

**Auf gute Wertebasis bauen** Aufgabe der Gesellschaft, des Elternhauses und der Schule ist es, dem jungen Menschen grundlegende Werte zu vermitteln, ihm eine Wertebasis mitzugeben, auf deren Grundlage er seine Entscheidungen fällen kann. Die Unterrichtsprinzipien politische Bildung und Demokratieerziehung tragen zur Bildung dieser Basis bei. Wechselseitiges Verstehen auf Basis dieser Werte sichert die Integration und das friedliche Zusammenleben.

**Vielfalt stärken** Die ÖVP bekennt sich zur Vielfalt der Schularten, zu einem differenzierten Schul- und Ausbildungssystem und einem breiten Angebot an wissenschaftlichen Einrichtungen. Dadurch wird sichergestellt, dass die verschiedenen Begabungen zur Entfaltung kommen können. Die individuelle Förderung nach Leistungsfähigkeit und Begabung schafft echte Chancengleichheit. Leistungs- und Begabtenförderung ist wichtiger Bestandteil auf allen Schulebenen bis hin zu Universitäten und Fachhochschulen. Das Gymnasium als Ort einer guten Allgemeinbildung muss erhalten bleiben.

**Verlässlichkeit garantieren** Die Eltern, Schüler und Studierenden müssen sich auf den Bildungsertrag der Bildungseinrichtungen verlassen können. Die Definition von Leistungsstandards ist dabei eine wichtige Maßnahme.

**Offen sein** Die Durchlässigkeit des differenzierten Schulsystems ist unsere Antwort zur Gesamtschule. Es gibt keinen Abschluss, nach dem nicht ein weiterer Bildungsweg offen steht. Kein Bildungsweg ist eine Sackgasse.

**Neue Entwicklungen nützen** Die differenzierten Bildungsangebote sind an neueste Entwicklungen anzupassen. Aktives Sprachenlernen ist durch bilingualen Unterricht zu fördern. Die Sprachen der Nachbarländer müssen einbezogen werden. Die Entwicklung neuer Lehr- und Lernformen ist unter Einbeziehung der neuen Medien (e-learning) voranzutreiben.

# Bildungsoffensive

---

## ÖVP-Initiativen für die beste Bildung

- Mit einem verbesserten Prognoseverfahren wird Hilfestellung zur richtigen Wahl des Bildungsweges gegeben
- Das Schulentwicklungsprogramm wird zum wichtigen Bestandteil des Schullebens
- Die Aufgaben der Schulleitungen sind neu zu definieren und die Managementkompetenzen zu verbessern
- Teilnahme an internationalen Qualitätsevaluierungen, wie PISA und TIMMS
- Einrichtung einer Evaluierungsagentur nach den europäischen Maßstäben für den tertiären Bereich (Universitäten und Fachhochschulen)
- Erhaltung der Schulen im ländlichen Raum
- Das Schulbauprogramm ist zügig umzusetzen, auf ständige Modernisierung ist zu achten
- Die Initiativen zur Mädchen- und Frauenförderung sind voranzutreiben, dabei sind die neuen Technologien und die Naturwissenschaften besondere Schwerpunkte
- Die hohe Qualität der staatlichen Schulen ist durch ausreichende Finanzierung aus Steuergeldern sicherzustellen
- Schaffung einer Studienstiftung zur Förderung von speziellen Begabungen mit einem Mentoringprogramm in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft
- Begabten Schülern soll frühzeitig der Zugang zu universitären Bildungs- und Forschungseinrichtungen ermöglicht werden, die erbrachten Leistungen (Prüfungen) sind bei einem Studium anzuerkennen
- Die Rahmenbedingungen für Teilzeitstudierende sind zu verbessern und die Unterstützungen für Studierende mit Familienpflichten sind auszubauen
- Die Studienabschlussstipendien für berufstätige Studierende sollen aufgrund der bisherigen Erfahrungen neu gestaltet und verlängert werden
- Die Sonderschulen sind zu echten Förderschulen weiterzuentwickeln. Für benachteiligte Jugendliche sind neue Ausbildungsangebote zur beruflichen Integration zu schaffen
- Der praktischen Begabung von Jugendlichen muss durch die innovative Weiterentwicklung der Lehrlingsausbildung Rechnung getragen werden. Es ist anzustreben, dass 40 % eines Altersjahrganges eine gute Lehrausbildung machen
- Die pädagogischen Konzepte der Schulentwicklung müssen auch soziale Ziele und Wertegrundhaltungen beinhalten
- Der moderne Religionsunterricht ist eine wichtige Basis zur Wertevermittlung, der Ethikunterricht soll für jene angeboten werden, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen
- Die Verhaltensvereinbarungen sind als Modelle der partnerschaftlichen Zusammenarbeit weiter umzusetzen
- Erziehung zu gesunder Lebensführung und zu Bewegung und Sport sind wichtige Aufgaben und durch entsprechende Schulprojekte in Zusammenarbeit mit den örtlichen Vereinen zu unterstützen
- Spezielle Förderung der Deutschkenntnisse für Kinder von Zuwanderern

## Wissenschaft und Spitzenforschung: Damit Österreich vorne ist

Universitäten sind Bildungs- und Forschungsstätten, an denen sich Qualität und Leistung im nationalen und internationalen Wettbewerb bewähren müssen. Die Universitäten haben durch das Universitätsgesetz 2002 einen Rahmen erhalten, der ihre Stellung als internationale Spitzeninstitutionen stärkt. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

**Breites Studienangebot bei gleichzeitiger Schwerpunktsetzung** Der Erhalt des breiten Studienangebots bei gleichzeitigem Ausnutzen von Synergiepotentialen und neuen Zusammenarbeitsformen muss sichergestellt werden. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und Fachhochschulen im Bereich der Ausbildung sind umzusetzen.

**Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses als Schwerpunkt** Durch das neue Hochschullehrerdienstrecht 2001 und seine konsequente Weiterentwicklung in den arbeitsrechtlichen Bestimmungen des Universitätsgesetzes 2002 wurden neue Chancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs geschaffen. Die Attraktivität von Universitätslaufbahnen ist im internationalen Vergleich weiterhin sicherzustellen.

**Weibliche Wissenschaft** Die rechtlichen Standards zur Gleichbehandlung und Frauenförderung sind im Wissenschaftsbereich hoch entwickelt. Es zeigt sich jedoch, dass neben den gesetzlichen Regelungen auch begleitende Fördermaßnahmen und Sensibilisierungsprozesse notwendig sind. Die Erweiterung und Stärkung der Frauenförderung muss vorangetrieben werden.

**Soziale Absicherung des Studienzugangs und Verbesserung der Studienbedingungen** Durch das soziale Stipendienwesen ist weiterhin sicherzustellen, dass jeder, der geeignet ist und will, ein Studium absolvieren kann. Die Steigerung der Zahl der Absolventen und die Verkürzung der tatsächlichen Studiendauer auf ein international vergleichbares Niveau soll durch Verbesserung der Studienbedingungen und durch die Verbesserung der Orientierung und Beratung an der Nahtstelle zwischen Schule und Universität erreicht werden.

**Fachhochschulen konsolidieren** Seit dem Beginn im Jahre 1994 haben mehr als 5.000 Personen ein Studium an einer FH abgeschlossen. Derzeit studieren mehr als 18.200 Personen an einer Fachhochschule. Nach der Phase der quantitativen Expansion gilt es nun, die qualitative Konsolidierung voranzutreiben. Den nachhaltigen Aufbau von Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen im Zusammenwirken mit der regionalen Wirtschaft gilt es zu unterstützen.

**Forschungseinrichtungen langfristig absichern** Die Universitäten und die Akademie der Wissenschaften sind wesentliche Träger der österreichischen Spitzenforschung. Diese Einrichtungen müssen neben den Kompetenzzentren und Forschungsclustern eine mittelfristige Planungs- und Finanzierungssicherheit erhalten.

**Zweckfreie Forschung als Fundament** Grundlagenforschung braucht Unabhängigkeit vom gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Tagesgeschehen und darf nur den wissenschaftlichen Kriterien nach internationalen Maßstäben verpflichtet sein; ohne die Erforschung der Grundlagen ist angewandte Forschung nicht möglich.

**Internationalisierung der Forschung** Für Österreich ist die Internationalisierung seiner Forschung, die Einbindung in den europäischen Forschungsraum und die Teilnahme am 6. Forschungs-Rahmenprogramm der Europäischen Union von besonderer Wichtigkeit. Um die internationale Mobilität und das österreichische Forschungspotenzial zu erweitern, ist ein Schwerpunkt auf Mobilitätsprogramme zu legen.

## **ÖVP-Initiativen zur Sicherung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Österreich**

- Das Universitätsgesetz 2002 ist, wie mit den Universitäten vereinbart und im Gesetz vorgesehen, umzusetzen
- Die Einnahmen aus den Studienbeiträgen verbleiben den Universitäten und sind für Verbesserungen der Studienbedingungen zu verwenden
- Die Studienzeiten sind durch Anrechnung von vorhandenem Wissen und Leistungen zu verkürzen
- Verstärktes Eingehen auf die besonderen Bedürfnisse von berufstätigen Studierenden
- Doktoranden und Post-Docs sind verstärkt zu fördern, um die Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses anzuheben – Weiterentwicklung zu strukturierten Doktoratstudien nach europäischen Modellen
- Der Frauenanteil in gehobenen akademischen Funktionen ist durch die Verstärkung der bestehenden Instrumentarien zu erhöhen
- Erstellung des Fachhochschulentwicklungsplans III, dabei ist eine Konsolidierung und Abrundung des Fachhochschulstudienangebotes in den Vordergrund zu stellen
- Universitäre und außeruniversitäre Forschung sind durch geeignete Fördermaßnahmen und Strukturoptimierungen zu dynamisieren. Österreich soll zum Innovations-Exportland werden
- Die Forschungsquote als Anteil vom BIP soll auf 2,5 % bis 2005 angehoben werden
- Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung muss im gleichen Ressortbereich wie die Universitäten angesiedelt sein
- Die zweite Tranche der Sondermittel für Forschungsförderung in Höhe von 508 Mio. Euro ist in den Budgets sicherzustellen
- Die Einrichtung einer Stiftung zur Forschungsförderung soll geprüft werden
- Das Universitätsbauprogramm ist modernen Erfordernissen, vor allem im Hinblick auf Forschungsschwerpunkte, anzupassen
- Die Schaffung von Technologietransfer-Zentren als synergetische Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sind besonders zu unterstützen (Standortfaktor für Österreich)
- Eine Basisfinanzierung der Infrastruktur für europäische „Centers of Excellence“ ist vorzusehen
- Finanzielle Absicherung von bestehenden Kompetenzzentren ( $K^+$ ,  $K^{ind}$ ,  $K^{net}$ , A+B) nach erfolgreicher Evaluierung

## Neue Technologien: Die e-Chance nützen

Die neuen Medien bieten ungeahnte Möglichkeiten zur Anwendung der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen und ermöglichen Bildungszugänge unabhängig von Ort, Zeit und persönlichen Rahmenbedingungen für alle. Die Zukunft der Bildung liegt in der sinnvollen Verknüpfung von grundlegenden traditionellen Bildungsinhalten mit den neuen Lehr- und Lernmethoden.

**e-Produzent Österreich** Die laufend erforderliche Aktualisierung des Fachwissens und die Deckung des Arbeitskräftebedarfs im IT-Bereich ist Herausforderung für Österreichs Schulen, Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen. Unser Ziel ist es, dass Österreich vom e-Anwender zum e-Produzenten wird.

**e-Learning an Universitäten, Schulen und in der Erwachsenenbildung** Wir wollen die Entwicklung entsprechender Angebote für selbstständigen Bildungserwerb und der rechtzeitigen Vermittlung der erforderlichen Fähigkeiten dazu fördern. Die Freude am lebensbegleitenden Lernen muss in der Schule begründet werden.

### ÖVP-Initiativen für Lehren und Lernen am Puls der Zeit

- Die Contententwicklung ist auszubauen und zukunftsweisende Standards für das e-Learning sind zu setzen
- Neue Formen der Partnerschaft zwischen öffentlicher Hand und der privaten Wirtschaft (Public-Private-Partnership)
- Der Gegenstand Informatik ist im allgemein bildenden Schulwesen verpflichtend zu verankern
- Die Zusatzangebote im IT-Bereich sollen ausgebaut werden
- Durch neue e-Learning-Modelle sind Weiterbildungsangebote für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Ort und Zeit zugänglich zu machen
- Im lebensbegleitenden Lernen müssen Bildungsabschlüsse international vergleichbar und allgemein anerkannt sein (Zertifizierung)
- Aufbau von „Bildungsclustern“ auf regionaler Ebene durch Nutzung von bestehenden Ressourcen an Bildungseinrichtungen und in Wirtschaftsunternehmen
- Im Interesse der Lernenden muss der Konsumentenschutz auf dem Bildungsmarkt z. B. durch Qualitätssicherungsprogramme und Qualitätssiegel verbessert werden
- Weitere steuerliche Anreize für individuelles lebensbegleitendes Lernen sind zu ermöglichen
- Der Weiterbildungsauftrag der Universitäten ist als wichtiger Bestandteil des lebensbegleitenden Lernens auszubauen
- Berufsbegleitende Studienangebote an Universitäten und Fachhochschulen sollen erweitert werden
- Dem Nachholen von Bildungsabschlüssen ist besonderes Augenmerk zu schenken
- Spezielle Personengruppen wie Senioren sind besonders zu berücksichtigen

## Bildung braucht Management

Die österreichische Bildungs- und Wissenschaftslandschaft war seit dem 19. Jahrhundert von einer Kultur der hoheitlichen Anordnungen, von Verordnungen und Erlässen, geprägt. Unser Ziel ist es, das Bildungssystem und all seine Einrichtungen, von den Volksschulen bis zu den Universitäten, zu einem Bildungsmanagement des 21. Jahrhunderts zu führen. Wichtig ist uns im Sinn des Subsidiaritätsprinzips die Zunahme der Verantwortung der Entscheidungsträger vor Ort. Das sichert Vielfalt und gleichzeitig eine Qualitätssteigerung des Bildungsangebotes. Der Lehrplanautonomie kommt besondere Bedeutung zu. Dadurch wird es möglich, auf die Begabungen, Interessen und Wünsche der Bildungspartner bedarfsgerecht und rasch einzugehen.

### ÖVP-Initiativen für zeitgemäße Bildungsstrukturen

- Die Umsetzung der AHS-Oberstufenreform muss rasch erfolgen
- Die Weiterentwicklung der BMHS-Lehrpläne soll weitergeführt werden
- Eine neue, moderne Lehrerbesoldung mit leistungsorientierten Komponenten soll eingeführt und die Einstiegsgehälter sollen angehoben werden
- Bei Umsetzung des Universitätsgesetzes 2002 ist besonders auf effiziente Managementstrukturen und klare Verantwortlichkeiten zu achten
- Den Studienfortgang behindernde bürokratische Hürden sind abzubauen. Dabei spielen die neuen Technologien eine wesentliche Rolle
- Sicherstellung der Unabhängigkeit des FWF im Rahmen der International Scientific Community
- Einführung von Servicecards für Schüler und Studenten

## Beste Lehrkräfte – beste Bildung

Durch die engagierte Arbeit der österreichischen Lehrerinnen und Lehrer hat unser Bildungssystem einen hohen Standard erreicht. Um das hohe Niveau zu sichern und weiter auszubauen, muss auf die Ausbildung und Weiterbildung der Lehrenden besonderes Augenmerk gelegt werden. Lehrer sein ist kein gewöhnlicher Beruf, sondern eine Berufung.

**Verbesserte Aus- und Weiterbildung** Mit dem Akademiestudiengesetz wurde die Errichtung von Hochschulen für pädagogische Berufe vorbereitet. Diese Verbesserung der Aus- und Weiterbildung unter Intensivierung der berufsfeldbezogenen Forschung muss nunmehr umgesetzt werden. Dabei ist der Aus- und Weiterbildung der Lehrerschaft in den neuen Technologien besonderes Augenmerk zu widmen.

### ÖVP-Initiativen für beste Lehrerbildung

- Bei den Lehramtsstudien sind die frühzeitige Schulpraxis sowie methodisch-didaktisches Know-how zu verstärken
- Bei der Ausbildung der Pflichtschullehrer ist besonderes Augenmerk auf die Methodik und Didaktik zur Vermittlung der Kulturtechniken zu legen
- Die gesetzlichen Grundlagen zur Errichtung der Hochschulen für pädagogische Berufe sollen geschaffen werden
- Die Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss integrativer Bestandteil der Hochschulen für pädagogische Berufe werden
- Die Neuverteilung des aktiven Lebensgehaltes ist umzusetzen, um für junge Lehrerinnen und Lehrer ein modernes und leistungsorientiertes Besoldungssystem zu schaffen
- Zur Bewältigung von besonderen Belastungen sind Angebote zur Beratung und Konfliktbewältigung zu machen

## Teilnahme am europäischen Wissensraum

**Verstärkte Zusammenarbeit als Schlüssel zum Erfolg** Bei der Schaffung der europäischen Union wurde grundgelegt, dass Bildungs- und Wissenschaftspolitik nationale Kompetenz bleiben. Trotzdem gibt es im Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsbereich verstärkte Zusammenarbeit durch das Streben nach gemeinsamen Qualitätsstandards und durch zahlreiche Mobilitäts- und Förderprogramme.

**Von Bologna über Prag nach Berlin – Österreich führend** Der Abbau von Mobilitätshürden in Wissenschaft und Forschung, die gemeinsame Studienarchitektur und die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen werden im Bologna-Prozess zusammengefasst. Die aktive Beteiligung an diesem Prozess ist fortzusetzen und die gemeinsame Studienarchitektur ist zu verwirklichen.

**Bildung, Wissenschaft und Forschung sind wichtiger Inhalt bei der Erweiterung der Union** Die gemeinsame europäische Bildungsentwicklung hat auch besondere Bedeutung für jene Länder, die demnächst Mitglieder der europäischen Staatengemeinschaft werden. Gerade die internationale Vernetzung im Forschungsbereich und die Gründung von „Centers of Excellence“ sind ein wichtiger Impuls für den gemeinsamen europäischen Wissensraum.

### ÖVP-Initiativen für den gemeinsamen Wissensraum

- Die Mobilitäts- und Austauschprogramme sind auf allen Bildungsebenen weiter auszubauen
- Die Attraktivität Österreichs für Forscherinnen und Forscher ist zu steigern
- Das ECTS-System ist im tertiären Bereich flächendeckend in Österreich umzusetzen und aufeinander abzustimmen
- Europäische Studiengänge mit gemeinsamen Abschlüssen sind zu verwirklichen (Joint-Degree- und Double-Degree-Programme)
- Die im Rahmen des Graz-Prozesses angelaufenen Bildungsinnovationen in den südosteuropäischen Staaten sind fortzusetzen
- Im Rahmen der europäischen Berufsbildungsprogramme müssen Vergleichbarkeiten und Anerkennungen verankert werden. Das gute österreichische Berufsausbildungssystem muss in der Entwicklung des Brügge-Prozesses entsprechend Eingang finden
- Die aktive Teilnahme Österreichs am 6. EU-Forschungsprogramm hat Priorität
- Den Internationalisierungsprogrammen für Jungforscher ist auch in den nächsten Jahren besonderes Augenmerk zu widmen

## Mehr Europa ist besser für Österreich

Die Volkspartei ist Österreichpartei und Europapartei. Wir bekennen uns zur europäischen Einigung als historischem Friedensprojekt. Wir stehen für eine aktive Außen- und Europapolitik. Wir wollen weiterhin die Interessen Österreichs in Europa optimal vertreten und die Chancen der EU-Erweiterung nützen.

Wir sind für die Erweiterung der Europäischen Union, weil sie mehr Sicherheit, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze bringt. Wir wollen sicherstellen, dass Österreich in vollem Umfang an der neuen Wachstumsregion Mitteleuropa teilhat. Schon bisher hat Österreich mehr als die anderen EU-Staaten von der Öffnung des „Ostens“ profitiert. Die Exporte wurden auf 12,7 Mrd. Euro verdreifacht und betragen jetzt wieder 17 % der gesamten österreichischen Ausfuhren. Es sind die Exportzuwächse nach Osteuropa, die Österreich auch 2002 ein Gesamtwachstum der Ausfuhren sichern. Einschlägige Studien weisen zudem einen kumulierten Wohlfahrtsgewinn von 5 % des BIP seit der und durch die Ostöffnung aus. Denn von allen EU-Mitgliedstaaten ist es ganz besonders Österreich gelungen, sich auf dem mittel- und osteuropäischen Markt zu etablieren. So macht Österreich mit 2 % der EU-Einwohner über 8 % des EU-Osthandels. Slowenien ist schon heute der wichtigste Pro-Kopf-Bezieher österreichischer Produkte, noch vor der Schweiz und Deutschland; wir exportieren mehr nach Ungarn als nach Frankreich. Gut 50 % der österreichischen FDIs sind in Osteuropa investiert. Studien bestätigen, dass Österreich mit einem weiteren BIP-Wachstum von 0,7 % Hauptgewinner der Erweiterung unter den EU-Mitgliedstaaten sein wird.

Wir sind für die Reform und die Weiterentwicklung der Europäischen Union – wir wollen mehr Bürgernähe, Demokratie und Effizienz. Die Aufgabenteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten muss geklärt werden, wobei die Rechte der kleineren und mittleren Staaten in Europa gewahrt bleiben müssen. Wir wollen eine starke Europäische Union auf globaler Ebene.

**Interessen der Wirtschaft sichern** Die Erweiterung der Union bringt für Österreichs Wirtschaft zusätzliche Wachstumsimpulse und damit zusätzliche Arbeitsplätze. Deswegen steht die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für unsere Betriebe und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik. Tausende Direktinvestitionsprojekte österreichischer Unternehmen in Mittel- und Osteuropa zeigen, dass nicht nur Großbetriebe, sondern ebenso die kleineren und mittleren Betriebe ihre Marktchancen in der Region nützen. Wir wollen, dass unsere Unternehmen ihre Chancen rasch und erfolgreich nutzen können. Die ÖVP wird bei der Erweiterung der Union und der Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik die Interessen der österreichischen Landwirtschaft vertreten.

**Sicherheit für Arbeitnehmer** Die ÖVP hat durchgesetzt, dass es bei der Freizügigkeit von Arbeitnehmern sieben Jahre Übergangsfrist geben wird. Dies gilt auch für sensible Branchen wie Bau- und Baunebengewerbe sowie für sensible Bereiche des Dienstleistungsgewerbes. Damit ist die Stabilität des österreichischen Arbeitsmarktes gesichert.

**Qualifikation verbessern** Wir wollen, dass bis zum Auslaufen der Übergangsfristen zielgerichtete Qualifikationsoffensiven gestartet werden, um insbesondere jene Arbeitnehmer zu fördern, die durch die vollständige Öffnung des Arbeitsmarktes unter Druck kommen könnten. So sollen in Zusammenarbeit mit den AMS-Geschäftsstellen und den Bundesländern die regionalen Potentiale und der konkrete Bedarf der Betriebe erhoben und entsprechende Programme zur Vorbereitung des Arbeitsmarktes durchgeführt werden.

**Keine Zahlungsver schlechterung** Die von der Europäischen Kommission veranschlagten Kosten für die Integration der neuen Mitgliedstaaten von 2004 bis 2006 betragen insgesamt 40 Milliarden Euro. Wir befürworten diese Investition in die Zukunft der Region, zumal Österreich von der wirtschaftlichen Dynamik der Nachbarstaaten überdurchschnittlich profitiert. Andererseits muss sichergestellt werden, dass es bei den Finanzverhandlungen 2006 zu keiner Verschlechterung der Nettozahlerposition Österreichs kommt.

**Grenzland stärken** Die Regionen auf beiden Seiten der ehemals „toten“ Grenzen haben seit der Öffnung im Jahr 1989 wirtschaftlich stetig aufgeholt. Mit dem EU-Beitritt unserer Nachbarstaaten verbessern sich erneut die Voraussetzungen für grenzüberschreitende Wachstumszonen. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen, die schon in den vergangenen Jahren massiv im benachbarten Ausland investiert haben, eröffnen sich neue Chancen durch die Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Österreich hat für das laufende EU-Budget zusätzliche Mittel für die Grenzregionen durchgesetzt. Die ÖVP tritt dafür ein, dass auch nach der Erweiterung der Union die Grenzregionen mit Mitteln der Europäischen Union besonders gefördert werden.

**Markchancen nutzen** Im Interesse der Unterstützung von Exporten, Direktinvestitionen sowie Beteiligungen österreichischer Unternehmen in dem der Land- und Forstwirtschaft nachgelagerten Bereich soll das verbreitete Netz an österreichischen Kreditinstituten in den mittel- und osteuropäischen Staaten besser genutzt werden und die Einrichtung eines Haftungspools zur Übernahme von Garantien geprüft werden.

**Umwelt besser schützen** Mit der Erweiterung der Union ist die Restrukturierung der Wirtschaft sowie die Übernahme der EU-Umweltstandards in den mittel- und osteuropäischen Ländern verbunden. Das bedeutet einen starken Rückgang der (grenzüberschreitenden) Emissionen. Die ÖVP wird genau darauf achten, dass die Beitrittsländer die EU-Umweltstandards voll erfüllen bzw. die vereinbarten Übergangsfristen verlässlich einhalten. Auch in der erweiterten Union muss jedes „Umweltdumping“ verhindert werden.

**Nukleare Sicherheit als Europa-Thema** Die ÖVP sorgt dafür, dass die Erweiterung der Europäischen Union auch neue Perspektiven in Fragen der nuklearen Sicherheit bringt. Auf Betreiben der österreichischen Bundesregierung war die nukleare Sicherheit ein wesentliches Thema der Beitrittsverhandlungen. Die ÖVP tritt dafür ein, den Euratom-Vertrag zu reformieren und in den EG-Vertrag zu integrieren. Dabei sollen die Förderziele eliminiert und neue Ziele wie z. B. die Förderung erneuerbarer Energieträger berücksichtigt werden. Die Mittel für Euratom sollen der Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen.

Die ÖVP wird sicherstellen, dass die mit der tschechischen Regierung getroffenen Vereinbarungen zum AKW Temelin auf Punkt und Beistrich eingehalten werden. Wir werden auch weiterhin alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die tschechische Regierung von einer Schließung Temelins zu überzeugen.

**Historische Verantwortung wahrnehmen** Die Erweiterung der Europäischen Union ist ein historischer Schritt. Die Teilung des Kontinents wird endgültig überwunden, Europa wächst wieder zusammen. Dies ist der richtige Zeitpunkt, offene Fragen aus der Geschichte ein für alle mal aus der Welt zu räumen. Unter der Führung der ÖVP hat Österreich mit der Einrichtung des Versöhnungsfonds und des Allgemeinen Entschädigungsfonds die letzten offenen Kapitel der Restitution und Entschädigung für die Opfer der Untaten des nationalsozialistischen Verbrecherstaates abgeschlossen. Wir verlangen, dass sich auch die anderen europäischen Staaten der Geschichte offen stellen. Wesentlich ist, dass wir das in einem Geist tun, der ein Musterbeispiel für eine europäische Fähigkeit werden kann, schmerzliche Konflikte dauerhaft und im Dialog überwinden zu können. Auch hinsichtlich der Vertreibung der deutschsprachigen Volksgruppen aus der damaligen Tschechoslowakei und dem damaligen Jugoslawien nach Ende des Zweiten Weltkrieges geht es darum, sich nicht mehr mit dem Unrecht der Vergangenheit zu identifizieren und die Form und die befreienden Worte zu finden, mit denen dieses Kapitel der Geschichte aufgearbeitet wird. Die Einrichtung eines Hilfsfonds für bedürftige alte Menschen auf freiwilliger Basis ist als Geste der Menschlichkeit wünschenswert.

#### ÖVP-Initiativen für eine erfolgreiche Erweiterung

- Österreichs Interessen im Erweiterungsprozess wahren: Schutz des österreichischen Arbeitsmarktes, Transit, Umwelt, nukleare Sicherheit
- Entwicklung des Grenzlandes
- Reform der gemeinsamen Agrarpolitik nach den Interessen der österreichischen Landwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den neuen EU-Nachbarn ausbauen – Wachstumsregion Mitteleuropa

## EU-Verfassungskonvent: Näher am Bürger

Die ÖVP ist ein Verfechter der Rechte der kleinen und mittleren Staaten in Europa. Auch weiterhin müssen alle Mitgliedstaaten in allen EU-Institutionen vertreten sein. Ebenso müssen alle Mitgliedstaaten das gleiche Recht haben, an allen Politikbereichen mitzuwirken bzw. Kandidaten für alle Positionen der europäischen Institutionen zu nominieren. Jede Entwicklung in Richtung eines „Direktoriums“, wo einige (große) Staaten die Politik der gesamten Union bestimmen, lehnen wir entschieden ab. Im Rahmen des EU-Konvents sorgt die ÖVP für eine wirksame Vertretung der österreichischen Interessen.

**Klare Aufgaben** Die ÖVP tritt für eine klare Abgrenzung der Aufgaben der Europäischen Union ein. Die Bürger müssen in der Lage sein, die Zuständigkeiten und die Verantwortung für Entscheidungen nachvollziehen zu können. Die Aufgabenteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten soll nach dem Subsidiaritätsprinzip erfolgen. Die ÖVP will, dass nur jene Kompetenzen auf europäischer Ebene angesiedelt werden, die von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erledigt werden können. Die Europäische Union soll und kann die Mitgliedstaaten nicht ersetzen. Die ÖVP will keinen Superstaat „Europa“.

**Gemeinsam handlungsfähig** Die ÖVP setzt sich für die Zusammenarbeit in der Europäischen Union vor allem in jenen Bereichen ein, wo die Nationalstaaten heute nicht mehr in der Lage sind, wichtige Politikbereiche selbst zu regeln. Dabei geht es nicht um die Aufgabe von Souveränität, sondern um das Wiederherstellen von Handlungsfähigkeit. Die Union hat u. a. bereits die Verantwortung für den gemeinsamen Markt, die gemeinsame Währung, die gemeinsame Außenhandelspolitik. Wir treten für eine Weiterentwicklung der Verantwortung der Union in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Außerdem sollte die Union in den Bereichen Justiz, Einwanderung und innere Sicherheit dann aktiv werden, wenn es transnationale Herausforderungen gibt.

**Kompetenzen für Staaten sichern** Die ÖVP verlangt, dass im Zuge der Reform der Europäischen Union auch geprüft wird, welche Kompetenzen von der europäischen Ebene wieder an die Mitgliedstaaten zurückgeführt werden können. Es muss klargestellt werden, dass z. B. Raumordnung und Raumplanung, Naturschutz, Tierschutz, das Gesundheitswesen, die Pensionssysteme, Kultur, Bildung etc. in der Hauptverantwortung der Mitgliedstaaten liegen. Dort, wo die Mitgliedstaaten mit der Europäischen Union Kompetenzen teilen, wie z. B. in der Landwirtschaft, der Struktur- und Regionalpolitik, in der Umwelt- und Verkehrspolitik, kommt der konsequenten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips besondere Bedeutung zu. Die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips muss von den Mitgliedstaaten und vom Ausschuss der Regionen auch beim Europäischen Gerichtshof durchsetzbar sein.

**Folgekostenabschätzung auf europäischer Ebene** Die Kommission hat ihren Vorschlägen jeweils eine detaillierte Folgekostenabschätzung für die Umsetzung dieser Vorschläge in den Mitgliedstaaten beizulegen.

### ÖVP-Initiativen für ein bürgernahes Europa

- Österreichische Interessen im EU-Konvent wirksam vertreten
- Sicherung der Rechte der kleineren und mittleren Staaten in der EU
- Klare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip
- Einrichtung eines „Kompetenzgerichtes“ zur Sicherung der Kompetenzteilung – Klagerecht für Mitgliedstaaten, Europäisches Parlament, nationale Parlamente und Ausschuss der Regionen
- Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention
- Sicherstellung, dass jedes Land in jeder europäischen Institution vertreten ist, und dass jedes Land die Ratspräsidentschaft innehaben kann

## Internationale Politik: Weltoffen den Dialog führen

Österreich engagiert sich seit Jahren für den Dialog der Zivilisationen und Kulturen. Denn schon lange vor den Terroranschlägen in den USA haben wir erkannt: Was den Dialog fördert, dient dem Frieden. Das friedliche Zusammenleben der Religionsgemeinschaften in Österreich ist ein wertvolles Gut, das es zu schützen und zu pflegen gilt.

**Für Menschenrechte** Die ÖVP steht für die wirksame Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für den Schutz von Minderheiten, für die Rechte von Frauen und Kindern, die Abschaffung der Todesstrafe, die Unterbindung von Menschenhandel, die Verbesserung der Situation vertriebener Personen, Menschenrechtserziehung sowie die Förderung von Demokratisierung und guter Regierungsführung.

Die ÖVP wird die aktive Rolle Österreichs im Menschenrechtsbereich fortsetzen. Unter ÖVP-Führung hat Österreich in den vergangenen zwei Jahren viel erreicht, z. B.:

- Das Fakultativprotokoll der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau wurde im Jahr 2001 ratifiziert.
- 2002 wurde das Fakultativprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention betreffend Kindersoldaten ratifiziert und der Ratifikationsprozess zum Fakultativprotokoll betreffend den Verkauf von Kindern, Kinderprostitution und Kinderpornographie eingeleitet. Österreich hat die Cybercrime-Konvention des Europarats unterzeichnet.
- Zu Jahresbeginn 2002 hat Österreich das im Rahmen der Rassendiskriminierungskonvention vorgesehene freiwillige Individualbeschwerdeverfahren anerkannt.

**Österreich als Sitz internationaler Organisationen stärken und (regionale) Headquarters internationaler Unternehmen nach Österreich bringen** Wir wollen Österreich als Amtssitz internationaler Organisationen und als Standort für Headquarters internationaler Unternehmen weiter stärken. Als eine der drei UNO-Sitz-Städte spielt Wien heute schon eine maßgebliche Rolle für das Drogenkontroll- und Verbrechenverhütungsprogramm der Vereinten Nationen (ODCCP), bei der Kontrolle der Weiterverbreitung von nuklearem Material durch die Internationale Atomenergiebehörde und durch die Organisation für die industrielle Entwicklung (UNIDO). Die in Wien angesiedelte OSZE trägt maßgeblich zur Konfliktverhütung und -bewältigung in Europa bei.

## Kontinuität und Stabilität im Interesse Österreichs

Am Anfang des 21. Jahrhunderts steht die österreichische Außenpolitik vor grundlegend neuen Aufgaben. Österreichs Stellung in Europa und der Welt hat sich völlig verändert. Dies erfordert neue Konzepte und kann nicht mit nostalgischen Beschwörungen verdrängt werden. Österreich muss heute als Mitglied der EU in einer sich auf längere Zeit noch wandelnden Weltordnung eine seriöse und substantielle Außenpolitik machen, die berechenbar, verantwortungsvoll und solidarisch mitgestaltet. Die stärkere Dynamik und Komplexität des internationalen Geschehens werden durch die modernen Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten noch verstärkt. Die Antwort auf die neuen Herausforderungen der Außenpolitik sind klar: Kleinere und mittlere Staaten sind zunehmend gezwungen, Prioritäten zu setzen. Für Länder wie Österreich heißt die Antwort daher: verstärkte Arbeitsteilung in den internationalen Beziehungen. Die Gestaltung dieser Arbeitsteilung wird eine zentrale Aufgabe der Außenpolitik, weil wir mit der Verlagerung von Souveränität gleichzeitig unsere gleichberechtigte Teilnahme oder Kontrollmöglichkeiten schaffen müssen. Daher treten wir für eine Vergemeinschaftung der Außenpolitik der EU ein. Wir wollen auch eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union. Die ÖVP tritt dafür ein, dass die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigung und einer Beistandsgarantie zwischen den EU-Staaten führt.

**Sicherheit braucht Kooperation** Die Ereignisse des 11. September 2001 haben gezeigt, wie verwundbar die freie Welt ist. Die neue Bedrohung geht nicht nur von einzelnen Staaten mit gefährlichen Regimen, sondern ebenso von global operierenden, nichtstaatlichen Terrorgruppen aus. Die räumliche Distanz zu Konfliktherden stellt heute keinen ausreichenden Schutz mehr dar. Die Sicherheit Österreichs kann nur in enger Kooperation mit unseren Partnern in Europa und weltweit gewährleistet werden.

**Solidarität in Europa** Die Volkspartei bekennt sich zur solidarischen Mitwirkung Österreichs an der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union. Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft und Österreich ist Teil davon. Europa muss gemeinsam auf die neuen Herausforderungen antworten. Die Sicherheit Österreichs ist mit jener der Europäischen Union untrennbar verbunden. Die Volkspartei tritt dafür ein, dass die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigung und einer Beistandsgarantie zwischen den EU-Staaten führt.

**Kooperation EU-NATO** Wir unterstützen die enge Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der NATO im Sinne einer strategischen Partnerschaft zwischen beiden Organisationen. Im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden soll Österreich auch weiterhin die Kooperations- und Dialogmöglichkeiten ausnützen und die Beziehungen Österreichs zur NATO im Rahmen eines maßgeschneiderten Kooperationsprogramms weiterentwickeln. Wir begrüßen den Erweiterungsprozess der NATO als einen Beitrag zur Förderung von Sicherheit und Stabilität in Europa. Beim bevorstehenden NATO-Gipfel in Prag werden weitere mittel- und osteuropäische Staaten der Allianz beitreten. Eine nächste Erweiterungsrunde der NATO ist nicht abzusehen. Aus all diesen Gründen ist in den kommenden Jahren ein NATO-Beitritt Österreichs nicht aktuell.

**Recht und Frieden sichern** Die ÖVP will, dass Österreich weiterhin konsequent für die weltweite Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts eintritt. Österreich soll auch in Zukunft aktiv an den internationalen Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung, insbesondere zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen mitwirken. Die Volkspartei steht auch für einen angemessenen Beitrag Österreichs zu internationalen Bemühungen um Friedenssicherung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Krisennachsorge sowie für die Fortsetzung des traditionellen österreichischen Engagements in multilateralen Institutionen, wie UNO, UN-Spezialorganisationen, OSZE, der NATO-Partnerschaft für den Frieden und dem Europarat.

### ÖVP-Initiativen für mehr äußere Sicherheit

- Volle Mitwirkung Österreichs an der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union
- Für eine gemeinsame europäische Verteidigung und Beistandsgarantie zwischen den EU-Staaten
- Für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der NATO
- Sicherung des österreichischen Beitrags zum internationalen Schutz der Menschenrechte und zu internationalen Bemühungen um Friedenssicherung

## Landesverteidigung: Verantwortung statt Populismus

Wir bekennen uns zur militärischen Landesverteidigung und treten für leistungsfähige Streitkräfte ein. Die ÖVP hat als einzige verantwortungsbewusste Partei in Österreich immer die Notwendigkeit einer ausreichenden Landesverteidigung bejaht. Internationale Krisen in der unmittelbaren Nachbarschaft Österreichs wie am Balkan haben uns mit dem im Jahre 1991 notwendig gewordenen Grenzeinsatz des österreichischen Bundesheeres ebenso dessen Notwendigkeit aufgezeigt, wie die Lawinenkatastrophe von Galtür oder die Hochwasserkatastrophe im heurigen Jahr, die ohne den unermüdlichen Einsatz des Bundesheeres nicht zu bewältigen gewesen wären. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 zeigen uns die Wichtigkeit eines effizienten und leistungsfähigen Bundesheeres, insbesondere zur Abwehr von Gefahren aus der Luft und von atomaren, biologischen und chemischen Gefahren auf.

**Keine Alternative zu Bundesheer** Für die ÖVP ist daher ein Bundesheer, basierend auf der allgemeinen Wehrpflicht, unersetzlich. Da nur ein modernes Heer die Sicherheit unserer Bürger und deren Hab und Gut schützen kann, treten wir für einen Modernisierungsschub im Bundesheer ein. Dieser ist die Voraussetzung dafür, dass das Bundesheer auch weiterhin bei Katastrophen- und Assistenzeinsätzen sowie im Rahmen von internationalen Einsätzen erfolgreich sein kann.

**Neue Aufgaben erfüllen** Es muss sichergestellt sein, dass das Bundesheer auch weiterhin alle ihm gestellten Aufgaben erfüllen kann. Insbesondere in Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 werden künftig für das Bundesheer auch verstärkt neue Aufgaben anfallen, vor allem im Bereich des Schutzes vor subkonventioneller Bedrohungen und Risiken. Mögliche krisenhafte Entwicklungen sind daher rechtzeitig zu erfassen, denn das Wissen um Bedrohungsszenarien ist der beste Schutz für die in Krisenräumen eingesetzten Soldaten.

**Bewusstsein für Landesverteidigung stärken** Wir wollen in der Bevölkerung das Bewusstsein um die Notwendigkeit des österreichischen Bundesheeres verstärken. Krisen und Katastrophen zeigen uns immer wieder auf, wie wichtig ein leistungsfähiges Bundesheer ist. In ruhigen Zeiten wird dies immer wieder vergessen. Wir treten daher dafür ein, die Landesverteidigung ernst zu nehmen und wollen unsere Mitbürger über die Notwendigkeit von Investitionen in unser Bundesheer informieren.

**Moderne Ausrüstung** Wir treten dafür ein, dass die Ausrüstung des Bundesheeres konsequent weiter modernisiert wird, um so ein Höchstmaß an Schutz für Gesundheit und Leben der Soldaten, aber auch für die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Notwendig sind insbesondere weitere Investitionen in die Mannesausrüstung der Soldaten, weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilitäts- und Transportkapazität, wie z. B. gepanzerte Transportfahrzeuge, aber auch elektronische Mittel und Nachsichtausrüstung für die Grenzraumüberwachung sowie Gerät für die Hilfeleistung bei Katastrophen. Die geltende Verfassungslage verpflichtet Österreich, dem Bundesheer die notwendigen Mittel für eine effektive Landesverteidigung bereitzustellen. Dazu gehört auch jenes Gerät, das zum Schutz des österreichischen Luftraums erforderlich ist. So wie der Bund mit der Gründung der Bundes-Beschaffungs-Agentur neue Wege bei der Beschaffung von Gütern und Leistungen beschritten hat, ist es auch erforderlich, neue Konzepte bei der Beschaffung von Gerät für die Landesverteidigung auszuarbeiten. Im Hinblick auf Luftraum-Überwachungsflugzeuge bedeutet das die Bildung einer Beschaffungsplattform unter Beteiligung der Wirtschaft, die technologisch zukunftsweisende und wirtschaftlich vorteilhafte Lösungen garantieren soll. Auch neue Herausforderungen im Zusammenhang mit Bedrohungen durch mögliche Terrorangriffe werden die Beschaffung von modernem Gerät wie etwa Kapazitäten zur Hintanhaltung von chemischen oder biologischen Anschlägen erfordern.

**Offen für Neuerungen** Die ÖVP ist grundsätzlich offen für neue Formen des Wehrsystems und der Heeresorganisation sowie für eine Neudefinition der Gesamtwehrdienstzeit. Entscheidend für uns ist die bestmögliche Organisationsform zur Erfüllung aller Aufgaben durch das Bundesheer. Die Miliz und eine Freiwilligenkomponente des Heeres werden daher notwendige Basis für alle Aufgabenstellungen bleiben.

**Europäisierung der Landesverteidigung** Die ÖVP ist für eine Europäisierung der Landesverteidigung. Einsätze im Ausland sind kein Selbstzweck, sondern dienen dazu, die Auswirkungen von Krisen im Ausland von Österreich abzuhalten. Sie dienen zur:

- Mitwirkung bei der Bewältigung von Krisen, um Österreich vor Migrationsströmen und anderen Auswirkungen wie Terrorismus, Ressourcenknappheit, etwa bei Erdöl, zu bewahren;
- Hilfeleistungen bei humanitären oder Naturkatastrophen, beispielsweise Hilfe nach Erdbeben oder zur Wasseraufbereitung;
- Erfüllung der Solidaritätsverpflichtungen im Rahmen der Europäischen Union und anderer internationaler Organisationen, wie z. B. Friedensoperationen im Rahmen eines UN-Mandats.

#### **ÖVP-Initiativen für eine verantwortungsbewusste Landesverteidigung**

- Aufrechterhaltung einer effizienten Landesverteidigung
- Modernisierung der Ausrüstung des Bundesheeres
- Aufrechterhaltung der Miliz und einer Freiwilligenkomponente
- Weitere Professionalisierung des Bundesheeres
- Europäisierung der Landesverteidigung
- Sicherung der Fähigkeit zur Teilnahme an internationalen Einsätzen

## Wir sorgen für Schutz und Sicherheit

Für uns ist Sicherheit eine wesentliche Voraussetzung für die persönliche Freiheit. Sicherheit in Staat, Gesellschaft und im persönlichen Leben ist ein elementares Grundrecht der Frauen und Männer, Kinder, Jugendlichen und Senioren. Österreich ist eines der sichersten Länder Europas. Dies wird durch die Kriminalstatistik bestätigt. Aber auch die subjektive Sicherheit, also das Sicherheitsgefühl des Einzelnen, ist in Österreich sehr hoch.

**Sicherheit weiterentwickeln** Um weiter ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleisten zu können, ist es notwendig, dass sich die Exekutive immer wieder den neuen Herausforderungen stellt und sich an die ständig ändernden Rahmenbedingungen anpasst. Die Schaffung von Schutz und Sicherheit erfordert ein hohes Maß an Flexibilität, Analysefähigkeit und Voraussicht in allen Bereichen des polizeilichen Handelns, im Bereich der Verbrechensvorbeugung und Verbrechensbekämpfung ebenso wie im Bereich der Verkehrssicherheit oder des Fremden- und Asylwesens.

**Der Gewalt entgegenreten** Die ÖVP vertritt den Grundsatz, dass Staat und Gesellschaft der Kriminalität und der Gewaltbereitschaft entschlossen entgegenreten müssen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht, sich überall in Österreich sicher zu fühlen.

**Rechtsbewusstsein stärken** Die ÖVP tritt dafür ein, das Rechtsbewusstsein wieder zu stärken. Den wichtigen wertevermittelnden Instanzen unserer Gesellschaft – Familie, Schule, Religionsgemeinschaften – kommt dabei zentrale Bedeutung in der Erziehung zu. Neben der Verstärkung des Rechtsbewusstseins muss in unserer Gesellschaft aber auch Fairness und Gerechtigkeit für Schwächere durchgesetzt werden. Hier müssen auch die Medien ihrer besonderen gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen.

## Innere Sicherheit:

### Die Exekutive als Rückgrat des Rechtsstaates

**Mehr Sicherheit vor Ort** Durch konsequente Aufgabendurchforstung wollen wir Österreichs Polizei und Gendarmerie weiter von nicht der Sicherheit der Menschen dienenden Tätigkeiten (wie z. B. der Überwachung des ruhenden Verkehrs oder der Durchführung von Exekutionen) entlasten, um in die Sicherheit vor Ort investieren zu können.

In Fortsetzung der verwaltungsreformatischen Bestrebungen und unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Rechnungshofes sollen das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung als dem Bundesminister für Inneres unmittelbar nachgeordnete Ämter mit eigenem Budget und Personal errichtet werden.

**Kooperation Gendarmerie-Polizei verstärken** In den letzten Jahren erfolgte eine engere Kooperation von Gendarmerie und Polizei. Dieser überaus erfolgreiche Weg der Synergienfindung und Verbesserung der Zusammenarbeit muss weiter intensiviert werden. Wir wollen durch Kompetenzbereinigungen, Beseitigung von Doppelgleisigkeiten und optimalen Ressourceneinsatz eine Optimierung der Sicherheitsleistung erreichen.

**Bürgernahe Exekutive** Durch eine Dezentralisierung der Aufgabenerfüllung soll die Exekutive näher zum Bürger gebracht werden. Die Schaffung eines „Grätzelpolizisten“ und die Neukonzeption des Streifendienstes sollen den ständigen Erfahrungsaustausch in der jeweiligen Vernetzungsebene zum Aufbau persönlicher Kontakte und zur Früherkennung von Problemsituationen sichern.

**Exekutivdienstgesetz** Der Dienst des Exekutivbeamten ist mit keinem anderen Beruf zu vergleichen. Wir wollen, dass die Besonderheiten des Exekutivdienstes anerkannt werden. Wir wollen ein Exekutivdienstgesetz, in dem die besonderen Erschwernisse wie insbesondere die psychischen und physischen Belastungen berücksichtigt und dienst-, besoldungs-, pensions-, und disziplinarrechtliche Regelungen zusammengefasst werden.

#### ÖVP-Initiativen für mehr innere Sicherheit

- Die ÖVP will die Exekutive durch konsequente Aufgabendurchforstung von nicht der Sicherheit der Bevölkerung dienenden Tätigkeiten entlasten
- Wir wollen die Zusammenarbeit von Gendarmerie und Polizei weiter intensivieren und bekennen uns zu einer gemeinsamen Ausbildung
- Wir brauchen „Grätzelpolizisten“ für eine bürgernahe Exekutive
- Wir wollen die besonderen Erschwernisse des Exekutivdienstes in einem eigenen Exekutivdienstgesetz anerkennen
- Wir werden ein digitales Funknetz für Blaulichtorganisationen verwirklichen

## Gefährlichste Kriminalität erfolgreich bekämpfen

**Gemeinsam gegen Terror** Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben eine Überprüfung der staatlichen Sicherheitsvorkehrungen notwendig gemacht. Ziel aller Maßnahmen muss die Entwicklung der Fähigkeiten zur Früherkennung von Gewaltbereitschaft und zur Abwehr von terroristischen Angriffen sein. Wir wollen daher verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus durch inner- und zwischenstaatliche Zusammenarbeit, Sicherstellung und Optimierung von Ressourcen. So soll das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) die für diese Aufgabenerfüllung notwendigen Möglichkeiten und Mittel bekommen.

**Volle Schlagkraft gegen organisierte Kriminalität** Die Aufgabe des Bundeskriminalamtes ist es, sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich mit maximaler Schlagkraft gegen jede Form organisierter Kriminalität vorzugehen. Wir wollen, dass Synergien zwischen Polizei und Gendarmerie effizient genutzt werden, dass den Beamten eine spezielle Weiterbildung und Entwicklung geboten wird, und dass die internationalen Kooperationen weiter ausgebaut werden.

**Europäische Grenzpolizei** Für Österreich ist die gemeinsame Grenzsicherheit ein notwendiger Mechanismus zur Schaffung effizienterer Kontrollen und Überwachung der Außengrenzen. Wir wollen eine europäische Grenzpolizei an Europas Grenzen. Wir wollen, dass die Verantwortung für die Grenzkontrolle bei den Mitgliedstaaten liegt, fordern aber die Koordination, Kooperation und Entwicklung gemeinsamer Standards etwa bei der Ausbildung. Wir wollen, dass die Kandidatenstaaten in die Planungen miteinbezogen werden und fordern eine Aufteilung der finanziellen Belastung für die Grenzsicherheit im Sinne der Schengen-Solidarität. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Gendarmerie und Zoll weiter intensivieren und durch Kompetenzvereinigungen, Beseitigung von Doppelgleisigkeiten und optimalen Ressourceneinsatz eine Optimierung der Grenzsicherung erreichen. Zur Steigerung der Effizienz wollen wir die Schaffung eines zentralen europäischen Visa-Identifizierungssystems.

**Wirksam gegen „Cyber Crime“ vorgehen** Neue Verbrechensformen in Zusammenhang mit neuen Medien, allgemein als Computerkriminalität oder „Cyber Crime“ bezeichnet, machen weltweit eine Anpassung der Rechtsbestimmungen erforderlich. Wir wollen daher mit privaten Wirtschaftsunternehmen zusammenarbeiten, um eine neutrale Institution einzurichten, deren Ziel es ist, gegen IT-Kriminelle vorzugehen. Wir treten für die Einrichtung eines österreichischen Virenfürwarnsystems ein. Wir wollen die Schaffung einer strafrechtlichen Bestimmung, die das Verbreiten von falschen Tatsachen an eine Vielzahl von Personen unter Verwendung moderner Kommunikationstechnik unter Strafe stellt.

**EU-Zusammenarbeit ausbauen** Internationale kriminelle Organisationen kennen keinerlei Grenzen und nutzen die bestehenden modernen Möglichkeiten der Mobilität und Kommunikation. Durch den EU-Vertrag von Maastricht wurde ein wesentlicher Schritt zur Steigerung der effizienten, grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung gesetzt. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit innerhalb der EU wurden durch die Verträge von Amsterdam und von Nizza noch weiter verbessert. Die ÖVP tritt dafür ein, alle Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit innerhalb der EU verstärkt zu nutzen. Dabei muss sichergestellt werden, dass verfahrensrechtliche Garantien zum Schutz der persönlichen Rechte des Einzelnen nicht eingeschränkt werden.

Angesichts geänderter internationaler Bedrohungsszenarien muss dem Ausbau von EUROPOL ein verstärktes Augenmerk gewidmet werden. Wir wollen einen weiteren Ausbau gemeinsamer Ermittlungsteams und des Expertenteams zur Terrorismusbekämpfung, wobei jede Übertragung von zusätzlichen Aufgaben an EUROPOL budgetär abgesichert werden muss. Wir wollen den Ausbau der Informationsweitergabe von den Mitgliedstaaten an EUROPOL, damit Analysen und Hilfestellungen für die Mitgliedstaaten optimiert werden können.

**Biometrie nützen** Im Interesse der Gewährung maximaler Sicherheit für unsere Bürger dürfen wir uns den Möglichkeiten moderner Technologien nicht verschließen. Biometrische Daten gewährleisten einen hohen Sicherheitsstandard. Wir wollen eine akkordierte Vorgangsweise innerhalb der EU-Mitgliedstaaten, um einheitliche Lesegeräte für das Auslesen und den Vergleich der biometrischen Daten zur Verfügung zu haben.

## **ÖVP-Initiativen gegen grenzüberschreitende Kriminalität**

- Wir wollen die Bekämpfung des Terrorismus und der internationalen organisierten Kriminalität durch inner- und zwischenstaatliche Zusammenarbeit sowie durch Sicherstellung und Optimierung von Ressourcen verstärken
- Die ÖVP bekennt sich zum Bundeskriminalamt und zum Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung
- Wir wollen eine europäische Grenzpolizei an Europas Grenzen. Die Verantwortung für die Kontrolle muss den Mitgliedstaaten obliegen
- Wir verlangen die Schaffung eines zentralen europäischen Visa-Identifizierungssystems
- Wir treten für die Schaffung eines österreichischen Virenrühwarnsystems und die Anpassung der Rechtsbestimmungen zur Bekämpfung von „Cyber Crime“ ein. Um Computerkriminalität möglichst effizient bekämpfen zu können, streben wir die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft an
- Wir befürworten den weiteren Ausbau gemeinsamer Ermittlungsteams und des Expertenteams zur Terrorismusbekämpfung bei EUROPOL

## Verkehr: Höchstmögliche Sicherheit für alle

Die zunehmende Mobilität ist eine große Herausforderung an die Politik. Ohne diese Mobilität zu unterbinden, müssen Maßnahmen gesetzt werden, um allen Verkehrsteilnehmern höchstmögliche Sicherheit bieten zu können.

**Information statt Stau** Wir wollen, dass durch forcierten Einsatz von Verkehrsleit- und Steuersystemen laufend über aktuelle Staus, Baustellen, Gefahrensituationen sowie Anschlüsse zu anderen Verkehrsmitteln berichtet wird. Ziel ist eine Optimierung von Verkehrsflüssen und eine rechtzeitige Vorhersage von Gefahren.

**Gegen rücksichtsloses Fahrerverhalten** Die ÖVP hat in den letzten Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der Verkehrsunfallopfer geleistet. Wir wollen diese positive Entwicklung mit aller Kraft unterstützen. Durch rücksichtsloses Fahrverhalten müssen jährlich hunderte Menschen ihr Leben lassen. Wir fordern deshalb die Fortführung verstärkter Maßnahmen gegen Alkohol, Drogen und sonstige Beeinträchtigungen am Steuer durch intensive Überwachung sowie die Anschaffung modernster technischer Überwachungsmittel für unsere Exekutive. Wir fordern eine klare Regelung von Sicherheitsabständen in der StVO und die verstärkte Überwachung des Abstandsverhaltens. Für Übertretungen, die unter besonders gefährlichen Verhältnissen oder besonderer Rücksichtslosigkeit gegenüber anderen Straßenbenützern begangen werden, sollen die Mindeststrafen angehoben werden.

**Mehr Verkehrssicherheit in Europa** In einem geeinten Europa muss auch im Bereich der Verkehrssicherheit Einigkeit herrschen. Wir wollen daher eine Einführung einer EU-Fahrerbescheinigung (EU-Fahrerkarte, siehe Frächterskandal), die Verbesserung der Kooperation und der Koordination EU-weiter Verkehrskontrollen, die Forcierung der Schaffung eines Übereinkommens über die Zusammenarbeit in Verfahren wegen Verkehrsübertretungen und bei deren Vollstreckung innerhalb der EU.

### ÖVP-Initiativen für mehr Verkehrssicherheit

- Wir wollen Information statt Stau im hochrangigen Straßennetz
- Wir fordern die Fortführung verstärkter Maßnahmen gegen Alkohol, Drogen und sonstige Beeinträchtigungen am Steuer
- Wir treten für eine klare Regelung der Sicherheitsabstände ein
- Wir wollen die Einführung einer EU-Fahrerbescheinigung und eine Verbesserung der Kooperation und Koordination EU-weiter Verkehrskontrollen
- Wir fordern eine bessere Überwachung der Einhaltung von LKW-Ruhe- und Lenkzeiten, verstärkte Kontrolle des Schwerverkehrs auf Transitstrecken, insbesondere durch Schaffung von Kontrollplätzen

## Beschleunigung des Asylverfahrens und Initiativen gegen Asylmissbrauch

**Österreich ist ein Asylland** Österreich hat als Asylland im humanitären Bereich große Leistungen erbracht. Schwerpunkt der Aufnahme von Flüchtlingen waren die Krisen in Ungarn, in der ehemaligen Tschechoslowakei und schließlich in Polen. Österreich hat im EU-Vergleich bereits jetzt die relativ höchste Zahl an Asylanträgen, und diese Zahl steigt weiter an. Österreichs Asylwerberbetreuung – ob nun die staatliche oder jene durch die nichtstaatlichen Organisationen – ist damit an der Grenze der Belastbarkeit. Jenen Menschen, die tatsächlich von Verfolgung bedroht sind, muss aber rasch und unbürokratisch Asyl und Betreuung zuteil werden. Österreich ist ein Asylland und bietet Schutz vor Verfolgung. Österreich kann aber nicht Wirtschaftsflüchtlinge, die Zuwanderungsregelungen umgehen wollen, aufnehmen.

**Beschleunigung der Asylverfahren** Damit Österreich auch weiterhin ein schutzgebendes Asylland bleiben kann, wollen wir eine umfassende Reform des Asylverfahrens mit dem Ziel einer Beschleunigung des gesamten Asylverfahrens durch konzentrierten Einsatz der Ressourcen unter gleichzeitiger Verbesserung der Qualität. Nur durch ein klar geregeltes Asylverfahren kann vermieden werden, dass es durch illegale Migration und folgende Asylantragstellung zu einer Einwanderung durch die Hintertür kommt. Wir wollen ein rasches, effizientes, menschenrechtskonformes und der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechendes Asylverfahren im europäischen Einklang.

**Erstaufnahmestellen** Verfahren zur Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft dauern bei Ausschöpfung aller Rechtsmittel bis zu acht Jahren. Vor allem die das Verfahren vorbereitenden Schritte sind bei den Asylverfahren nicht optimal. Daher sollen in eigenen Erstaufnahmestellen die Erstabklärungsverfahren künftig einheitlich in einer sog. „Asylstraße“ abgewickelt werden. Die Erstabklärung der Anträge – d. h. Antrag, Erstellung aller Unterlagen zur Identität sowie zu den Asylgründen – soll in 48, in Ausnahmefällen längstens in 72 Stunden stattfinden. Wir sind dafür, dass bei Familien keine Parallelverfahren, sondern nur ein einziges Verfahren für die gesamte Familie geführt wird.

**Verhinderung von Asylmissbrauch** Wir wollen zur Vermeidung von Verzögerungen bei der Bearbeitung der Asylanträge eine Mitwirkungspflicht für Asylwerber. Wer sich dem Asylverfahren entzieht, insbesondere auch durch Verlassen der Erstaufnahmestellen, dessen Verfahren soll eingestellt werden. Wir sind gegen die Möglichkeit, durch unbegrenzte Folgeanträge (so genannte Kettenanträge) missbräuchlich Asylverfahren zu verlängern. Asylanträge sollen künftig nur noch im Inland gestellt werden können. Abgeschafft werden sollen damit die so genannten „Botschaftsanträge“ aus dem Ausland.

**Rückkehrberatung** Wir wollen Asylwerber, die keine Aussicht auf Asyl in Österreich haben, gemeinsam mit nichtstaatlichen Organisationen in flexiblen Rückkehrberatungsstellen durch Rückkehrberatung und Rückkehrprojekte bei der raschen Heimkehr in ihre Heimat unterstützen.

**Ausgliederung der Betreuung von Asylwerbern** Die ÖVP tritt für eine Ausgliederung der Betreuung von Asylwerbern an nichtstaatliche Organisationen bzw. private Unternehmen ein. Dabei soll die Organisation der Erstaufnahmestellen privatisiert werden. In professionelle Rechtsberatungen sollen verstärkt nichtstaatliche Hilfsorganisationen eingebunden werden. Ziel der Ausgliederung ist es, den Flüchtlingen effiziente Betreuung und nicht nur eine Unterbringung und Verpflegung zukommen zu lassen. Die Erstabklärung und die formelle Asylverfahrensführung sollen weiterhin durch das Bundesasylamt in konzentrierter Weise geführt werden. Das Asylverfahren und die Sicherheit bleiben weiterhin staatliche Aufgabe.

**Mehr Subsidiarität im Asylwesen** Nicht nur eine europäische „Lastenteilung“ ist das Ziel, auch eine innerösterreichische, die mehr Rücksicht nimmt auf die Regionen. Das heutige Unterbringungssystem von Asylwerbern und die teils unsensible regionale Verteilung und damit Belastung einzelner Gemeinden sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen SPÖ-Asylpolitik. Das heißt: nicht nur schnellere Verfahren und damit eine zeitlich geringere Belastung der betroffenen Gemeinden, sondern auch stärkere Einbeziehung der Länder in der Entscheidung, wo Asylwerber untergebracht werden sollen.

**Unterstützung der EU-Beitrittskandidaten** Die Sicherung der eigenen Außengrenzen der EU-Beitrittskandidaten ist ein entscheidender Punkt der Beitrittsgespräche. Der wirtschaftliche Anreiz, den der EU-Beitritt für unsere Nachbarländer darstellt, ist für sie ein Ansporn in sicherheitspolitischen Fragen und daher für uns ein Sicherheitsgewinn. Wir stellen den EU-Beitrittskandidaten unser Wissen und unsere Erfahrung zur Verfügung.

#### **ÖVP-Initiativen für eine Beschleunigung der Asylverfahren und gegen Asylmissbrauch**

- Wir wollen ein rasches, effizientes, menschenrechtskonformes und der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechendes Asylverfahren im europäischen Einklang
- Wir wollen Erstaufnahmestellen, in denen die Erstabklärung in einer „Asylstraße“ längstens binnen 72 Stunden vorgenommen werden kann
- Wir verlangen eine Mitwirkungspflicht des Asylwerbers im Verfahren
- Wir sind gegen die Möglichkeit, durch unbegrenzte Folgeanträge (so genannte Kettenanträge) missbräuchlich das Asylverfahren zu verlängern
- Wir sind für ein Gesamtverfahren bei Familien und für eine ausschließliche Antragsstellung im Inland
- Wir treten für eine Ausgliederung der Betreuung von Asylwerbern an nichtstaatliche Organisationen bzw. private Unternehmen ein
- Wir wollen eine europäische Lastenteilung ebenso wie eine innerösterreichische, die mehr Rücksicht nimmt auf die Regionen

## Justiz: Vorrang für die Opfer – Sicherheit für die Menschen

Die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl des Einzelnen müssen – neben der Tätigkeit der Exekutive – durch eine effiziente Strafjustiz sichergestellt werden. Das materielle Strafrecht muss den neuen Herausforderungen angepasst werden. Die ÖVP hat in der letzten Zeit eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, durch die auf die neuen Bedrohungen reagiert wurde. Solche Bedrohungen sind insbesondere Terrorismus und grenzüberschreitende, organisierte Kriminalität. Ein besonderes Anliegen war und ist uns der Schutz der Kinder und Jugendlichen. Im Strafrecht wurde dafür eine Reihe von Maßnahmen gesetzt. Dies betrifft etwa

- die Verschärfung des Sexualstrafrechts bei Straftaten gegen Minderjährige,
- den Schutz Jugendlicher gegen Ausbeutung oder auch
- die Bekämpfung der Kinderpornographie.

**Kinder- und Jugendkriminalität bekämpfen** Wir müssen dem Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität konsequent begegnen. Bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität setzen wir auf Vorbeugung durch wertevermittelnde Erziehung in Familien und Schulen, auf sinnvolle Freizeitangebote und soziale Betreuung gefährdeter Jugendlicher. Um die Verantwortung für das eigene Handeln bewusst zu machen, sind Jugendliche z. B. stärker zur Wiedergutmachung zu verpflichten.

**Zeitgemäße Jugendgerichtsbarkeit** Im Bereich der Jugendgerichtsbarkeit tritt die ÖVP konsequent dafür ein, dass Jugendliche auch in Hinkunft – unabhängig von der Organisationsform – eine auf ihre Entwicklung Bedacht nehmende Behandlung erfahren, durch die dem Jugendlichen zwar das strafrechtliche Unrecht seiner Tat klar vor Augen geführt, aber auch sichergestellt wird, dass strafrechtliche Sanktionen nur dann zur Anwendung kommen, wenn mit gelinderen Mitteln nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Um dies sicherzustellen, ist auch weiterhin zu gewährleisten, dass Jugendrichter über besondere Kenntnisse verfügen. Sollten freiheitsbeschränkende Maßnahmen absolut unerlässlich sein, so muss sichergestellt werden, dass die Haftbedingungen nicht nur menschenrechtskonform sind, sondern auch auf das Alter des Jugendlichen abgestimmt sind.

**Keine Drogenfreigabe** Eine Freigabe auch leichter Drogen kommt für die ÖVP nicht in Frage. Wir wollen durch Aufklärung den Missbrauch von Drogen verhindern und nicht durch die Freigabe leichter Drogen geradezu dazu einladen, den gefährlichen Pfad von Drogen zu beschreiten. Das Strafrecht allein wird für die Bekämpfung des Drogenproblems nicht ausreichen. Wir müssen verstärkt Präventivmaßnahmen setzen, auch durch die Förderung der Eigenverantwortlichkeit der Jugend. Hier sind das Elternhaus und die Schule gefordert, die Jugendlichen durch Aufklärung über die Gefahren wirksam von einem Einstieg in den Drogenkonsum zu bewahren. Bei gestrauchelten Jugendlichen stehen wir voll zum Prinzip Therapie statt Strafe.

**Mehr Sicherheit durch die Strafprozessreform** Die Arbeiten für eine Neuordnung des strafgerichtlichen Vorverfahrens sind bereits weit gediehen. Wir stehen für eine Fortsetzung der Strafprozessreform. Dadurch soll die mehr als 100-jährige Strafprozessordnung abgelöst und den Bedürfnissen der Praxis angepasst werden. Dies bedeutet aber auch eine Verlagerung von Zuständigkeiten. Rechte von Opfern und Beschuldigten werden neu definiert und effizient in ein rechtsstaatliches Verfahren integriert. Die Strafprozessreform ist die Grundlage für die Verbesserung der Opferrechte. Damit Opfer ihre Rechte verbessert durchsetzen können, werden wir

- die Informationspflicht sowohl der Exekutive wie auch der Justiz zugunsten von Opfern strafbarer Handlungen verbessern;
- Verfahrenshilfe für Verbrechenopfer schaffen; ihre Interessen sollen in einem Strafverfahren verstärkt zur Geltung kommen, um so die Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen zu verbessern;
- Begleitprogramme für Opfer schaffen, die durch die Tat psychisch beeinträchtigt worden sind sowie
- das immaterielle Schadenersatzrecht für Verbrechenopfer verbessern.

#### **ÖVP-Initiativen für eine zeitgemäße Justizpolitik**

- Wir wollen im Sinne der Rechtsstaatlichkeit klare Kompetenzen für Justiz und Exekutive
- Wir fordern eine klare Regelung des Scheinkaufs und der verdeckten Ermittlung
- Wir verlangen eine wesentliche Stärkung der Opferrechte, damit Opfer ihre Ansprüche wirksam durchsetzen können
- Der Rechtszug im strafgerichtlichen Vorverfahren soll an die Gerichte gehen

## Gesund werden – gesund bleiben

Die ÖVP steht für den vollen, gleichen und unbeschränkten Zugang zu den hervorragenden Leistungen unseres Gesundheitswesens für alle Österreicherinnen und Österreicher in allen Regionen, unabhängig von Alter und Einkommen. Dies kann nach der Überzeugung der ÖVP nur durch ein dezentrales und nach dem Solidaritätsprinzip organisiertes und finanziertes Krankenversicherungssystem gewährleistet werden. Wir bekennen uns zur Pflichtversicherung. Studien im Auftrag der Bundesregierung haben ergeben, dass eine Versicherungspflicht nicht in der Lage ist, die Gesundheitsversorgung aller Österreicherinnen und Österreicher zu garantieren. Die Versicherungspflicht, wie sie etwa in Deutschland existiert, führt zu einer Entsolidarisierung.

Um unser Gesundheitssystem zu sichern und entsprechend dem medizinischen Fortschritt auszubauen, bekennen wir uns dazu, alle notwendigen Reformen zur Weiterentwicklung im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher rechtzeitig einzuleiten und durchzuführen.

Für uns Christdemokraten steht der Mensch im Mittelpunkt des Gesundheitswesens. Daher haben wir bereits die Patientenrechtscharta vereinbart, die Richtungsentscheidung Ja zum Leben, zu Hospiz und Sterbebegleitung und Nein zur aktiven „Sterbehilfe“ herbeigeführt und schließlich das Recht des Patienten auf eine verschuldensunabhängige, unbürokratische Patientenentschädigung bei Kunstfehlern neu geschaffen.

## Vorrang für die Vorsorge

Ziel der österreichischen Gesundheitspolitik muss sein, dass die Menschen gar nicht erst krank werden, sondern möglichst lange gesund bleiben. Das Gesundheitssystem darf sich nicht länger nur auf die Reparatur von Krankheiten konzentrieren, sondern muss das Vorbeugen von Erkrankungen forcieren.

**Gesundheits-Check ausbauen** Die Prävention erfordert eine Stärkung der Eigenverantwortung und die Vermittlung von entsprechendem Gesundheitswissen, die Vorsorge soll fester Bestandteil des Gesundheitsbewusstseins der Österreicherinnen und Österreicher sein. Im Jahr 2000 haben 763.223 Personen an Vorsorgeuntersuchungen teilgenommen. Unser Ziel ist, dass im Jahr 2010 mindestens 1,5 Millionen Menschen einen kostenlosen Gesundheits-Check nützen.

**Präventionsschwerpunkte setzen** Mehr vernünftige Bewegung in jedem Alter und gesunde Ernährung können vielen schweren Erkrankungen vorbeugen. Dazu gehören Herzinfarktvorsorge, Krebsvorsorge und Schlaganfallvorbeugung. Wir unterstützen Initiativen zur Vermeidung unnötiger Risiken in Zusammenhang mit Aids, Zahnhygiene, Übergewicht, Alkoholmissbrauch und Rauchen; das spart dem Einzelnen menschliches Leid und der Gesellschaft hohe Folgekosten. Diabetes-Früherkennung kann ernste – und teure – Folgeerkrankungen abwenden. Das steigende Gesundheitsbewusstsein der Menschen, das im Wellnesstrend und bei Trendsportarten seinen Niederschlag findet, muss durch eine vorsorgeorientierte Gesundheitspolitik genützt und verstärkt werden.

**Gesundheits- und Präventions-Pass für alle** Die Einführung der e-card in der Sozialversicherung soll dazu genützt werden, jedem Österreicher einen Gesundheitspass zur Verfügung zu stellen. Hier können auf freiwilliger Basis Impfungen, wichtige persönliche Gesundheitsdaten und individuell angepasste Präventionsprogramme eingetragen werden. Als zusätzlicher finanzieller Anreiz soll dazu ein Bonus-System für konsequentes Vorsorgeverhalten ausgearbeitet werden.

**Arbeitnehmerschutz als Prävention** Mehr als 50 % der Arbeitnehmer in Europa sehen sich hohem Arbeitstempo, ständig wiederholten Bewegungsabläufen und einem durch soziale Anforderungen diktierten Arbeitstempo ausgesetzt. Psychosoziale Belastungen – wie Stress, Burn-out, Depressionen, Angstzustände, Mobbing – sind die Folge. Viele Beschwerden des Stütz- und Bewegungsapparates (Rückenbeschwerden, Verspannungen im Hals-/Schulterbereich) können zumindest teilweise auch arbeitsbedingt sein. Wirksame Prävention durch moderne Arbeitnehmerschutzpolitik vermeidet menschliches Leid und hohe betriebliche bzw. volkswirtschaftliche Kosten. Die ÖVP setzt sich daher für die Weiterentwicklung der betrieblichen Gesundheitsförderung ein. Dabei geht es um individuelle Lösungen auf freiwilliger Basis, abgestimmt auf die konkreten betrieblichen Bedürfnisse. Effiziente Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung tragen dazu bei, Mitarbeiter ein ganzes „Arbeitsleben“ lang gesund zu erhalten und wirken vielfach auch positiv auf das „persönliche“ Gesundheitsverhalten und Risikobewusstsein.

## **ÖVP-Initiativen für mehr Prävention – privat und am Arbeitsplatz**

- Gesundheits- und Präventionspass
- Reform der Gesundenuntersuchung, neue kostenlose Vorsorgeprogramme
- Ausweitung des Fonds Gesundes Österreich
- Gesundheitsbewusstsein aktiv fördern
- Förderung des Sports (vernünftige Bewegung in jedem Alter)
- Weitere kontinuierliche Verringerung von Arbeitsunfällen und Prävention von Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Erkrankungen
- Prävention sozialer Risiken und Analyse neu auftretender Risiken
- Gesundheitsförderungsprojekte entsprechend den konkreten Bedürfnissen im Betrieb
- Besondere Berücksichtigung von kleinen und mittleren Unternehmen
- Staatspreis für Arbeitssicherheit, Best-Practice-Modelle

## Gesundheit und Pflege im Alter: Lebensqualität sichern

**Die ältere Bevölkerung in Österreich steigt stark an** Hatten wir noch im Jahr 2001 1,72 Millionen Österreicher, die über 60 Jahre alt waren, so errechnet Statistik Austria für das Jahr 2011 1,96 Millionen, für das Jahr 2021 2,28 Millionen und für das Jahr 2041 über 2,85 Millionen Österreicher über 60 Jahre. Das ergibt einen Anstieg der älteren Bevölkerung von rund 70 %. Besonders relevant für das österreichische Gesundheitssystem sind die Zuwächse bei den (pflegebedürftigen) Hochbetagten. Zählte Statistik Austria 2001 140.000 Personen, so werden es 2011 190.000 Personen, 2021 210.000 Personen und schließlich 2041 über 350.000 über 85-Jährige sein.

**Bestmögliche Gesundheitsversorgung für alle** Die Gesundheitspolitik leistet einen wichtigen Beitrag für die Lebensqualität älterer Menschen. Für die Volkspartei steht außer Frage: Auf Grund seines Alters darf niemandem der Zugang zu bestmöglicher medizinischer Versorgung verwehrt bleiben. Durch Rehabilitation auch im hohen Alter kann Pflegebedürftigkeit verhindert oder zumindest hinausgezögert werden. Auch Wissenschaft und Forschung sind aufgefordert, sich den medizinischen Herausforderungen dieser Altersgruppe zu stellen. Die ÖVP wird sicherstellen, dass das österreichische Gesundheitssystem für diese Herausforderungen fit gemacht wird.

**Pflege sichern** Für die wachsende Gruppe der pflegebedürftigen Hochbetagten ist eine angemessene Pflegeinfrastruktur sicherzustellen. Die ÖVP fordert, dass dafür in Österreich eine ausreichende Anzahl von Pflegepersonen ausgebildet wird, deren Ausbildung sich an den jeweiligen Aufgaben orientiert.

**Belastungen aus Pflegetätigkeit mildern** Beruflich Pflegenden bzw. betreuende Angehörige brauchen gleichermaßen Unterstützung und Entlastung durch Supervisionsangebote. Angehörigen, die Pflegeleistungen in der Familie erbringen, soll ein ausreichendes, leistbares Angebot an kurzfristig verfügbarer stationärer Betreuung bzw. Pflege und an Tageszentren zur Verfügung stehen.

**Pflegeinfrastruktur ausbauen** Die Pflegekapazitäten für den stationären Bereich sollen ausgeweitet werden. Gemeinsam mit den auf diesem Gebiet bereits tätigen Non-Profit-Organisationen (z. B. Hilfswerk) werden wir eine bedarfsorientierte, flächendeckende Infrastruktur für mobile Pflege bzw. Betreuung zuhause schaffen. Der Zugang zu medizinischer Hauskrankenpflege soll erleichtert und unbürokratischer gestaltet werden, damit das Genehmigungsverfahren nicht länger dauert als der unmittelbare Bedarf.

### ÖVP-Initiativen für Gesundheit und Pflege im Alter

- Mobile Pflegeinfrastruktur ausbauen
- Modulares Aus- und Weiterbildungssystem für Pflegeberufe
- Nahtlosen Übergang nach dem Schulabschluss ermöglichen
- Schaffung von zwischen den Ländern akkordierten Regelungen über die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsmodulen; akkordierte Planung der Ausbildungskapazitäten
- Individualförderungen des AMS, insb. für Wiedereinsteigerinnen
- Spezialisierte Weiterbildung von Pflegepersonen z. B. für geriatrische Pflege, Hauskrankenpflege, Palliativpflege etc.
- Fortsetzung der Reform der Gesundheitsberufe; neue Berufsbilder (z. B. Alterspflege)

## Die ÖVP sichert das Gesundheitssystem – Reformen durchsetzen

Nur durch Reformen kann auch in Zukunft höchste Qualität in der Behandlung gesichert und die volle Versorgung gewährleistet werden. Der ÖVP geht es bei der Reform des Gesundheitswesens um eine Steigerung von Effizienz und Effektivität des Systems. Das österreichische Gesundheitswesen wird in der Realität durch ein kompliziertes, ökonomisch schwer nachvollziehbares Finanzierungssystem gespeist. Interessengegensätze sind vorprogrammiert: Was für den einen Kosten sind, ist für den anderen Einkommen. Gerade an der Schnittstelle zwischen dem stationären und dem niedergelassenen Bereich bestehen strukturelle Schwächen, die viel Geld kosten und eine optimale Behandlung der Patienten unnötig erschweren: Dies liegt an getrennten Verantwortlichkeiten und Kompetenzen bezüglich Planung, Finanzierung und Versorgung. Es gibt kaum eine gemeinsame Planung des medizinischen Angebots.

**Bessere Koordinierung** Durch eine verbesserte Koordinierung der Schnittstellen wird u. a. die nahtlose Patientenbetreuung (z. B. Hausarzt – Krankenhaus – Pflege) und Versorgung ermöglicht. Die ÖVP bekennt sich zu einer föderalen Finanzplanung und -verwendung im Gesundheitswesen, wobei die grundsätzliche Leistungsangebotsplanung und Überwachung Aufgabe des Bundes gemeinsam mit den Ländern bleiben soll.

**Verstärkte Zusammenarbeit** Das Gesundheitswesen braucht eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Krankenversicherung und zuständigen Gesundheitsinstitutionen der Länder. Die ÖVP wird dafür sorgen, dass eine integrierte, aufeinander abgestimmte Planung aller Bereiche des Gesundheitswesens Platz greift. Erste Schritte zur Erreichung dieser Zielsetzung sind durch neue Struktur- und Finanzierungsmodelle im Rahmen eines Gesundheitsfonds möglich.

**Landesgesundheitsfonds schaffen** Der Landesgesundheitsfonds ist ein Instrument zur gesamthaften regionalen Finanzierung, Planung und Steuerung im Gesundheitswesen. Parallel zur Umsetzung eines Modells in Vorarlberg sollen in den übrigen Bundesländern Pilotprojekte gestartet und dadurch Erfahrung in der Zusammenarbeit zwischen Ländern und Sozialversicherung gesammelt werden. Diese Zusammenarbeit kann von einer losen punktuellen projektbezogenen Kooperation bis hin zu einer institutionalisierten Form auf Basis von Vereinbarungen reichen.

**Qualität sichern** Der medizinische Fortschritt muss allen Österreicherinnen und Österreichern zugute kommen. Daher tritt die ÖVP für eine wirksame Qualitätssicherung sowohl im Spital als auch im niedergelassenen Bereich ein. Wege dazu sind eine bedarfsorientierte Angebotsplanung, eine gute Dokumentation, eine weitere Verbesserung der Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie ein professionelles Schnittstellenmanagement.

**Hausarzt als erste Anlaufstelle stärken** Der persönliche Vertrauensarzt des Patienten – der Hausarzt – soll gerade wegen der zunehmenden Spezialisierung in der Medizin eine Schlüsselrolle im Gesundheitssystem erhalten: Er übernimmt die Funktion des „Betreuers“, begleitet und berät. Er betreut den Patienten bei Prävention und Behandlung. Der Hausarzt organisiert und sichert eine integrierte Betreuungskette für den Patienten: Er ist der persönliche Gesundheitsmanager des Patienten. Diese Rolle des Hausarztes erfordert eine neue Vertragsgestaltung auf der Grundlage eines guten Vertrauensverhältnisses zwischen Krankenkasse und Hausarzt.

**Möglichkeiten der e-card nützen** Aus Sicht der Patienten ist klar, dass sämtliche erhobenen Befunde, Arztberichte, Medikationen und (Sachmittel-) Verordnungen beim Hausarzt aufliegen müssen. Mit Hilfe der modernen Evidenz (z. B. e-card) kann nachgewiesen werden, welche Medikamente der Patient verschrieben bekommt und einnimmt. Die e-card ist daher – unter Beachtung des Datenschutzes – der Schlüssel zum Erfolg eines solchen Systems. So können lästige und teure Doppeluntersuchungen vermieden werden.

#### **ÖVP-Initiativen für patientenorientierte Reformen**

- Entwicklung maßgeschneiderter Modelle zur Zusammenarbeit im Gesundheitswesen zwischen den Ländern und der Krankenversicherung
- Vernetzung zwischen stationärem und niedergelassenem Bereich
- Qualitätssicherung verstärken
- Hausarzt als persönlicher Gesundheitsmanager
- Möglichkeiten der e-card nützen
- Ausbau der ambulanten, tagesklinischen und stationären Rehabilitation vor allen in den Bereichen Krebs, Psychiatrie, Neurologie und in der Kinderheilkunde
- Psychotherapie ausbauen

## Sport: Gesundheit gewinnt

Sportlicher Betätigung kommt in der Freizeitgestaltung breiter Bevölkerungsschichten eine immer größere Bedeutung zu. Breiten- und Leistungssport bringen wertvolle Impulse zur Persönlichkeitsentwicklung, zur Grundwertebildung und zur persönlichen Gesundheitsvorsorge. Die vielen kleinen und großen Sportvereine und -verbände sind tragende Bausteine einer aktiven Bürgergesellschaft. Wir werden sie in ihren Tätigkeiten unterstützen. Wir unterstützen mit aller Kraft die Bewerbung Österreichs um die Fußball-Europameisterschaft 2008 und die Stadt Salzburg für die Olympischen Winterspiele 2010. Weiters werden wir im EU-Jahr 2004 „Erziehung durch Sport“ für die zusätzlichen Maßnahmen der Sportverbände finanzielle Mittel bereitstellen.

**Sport von kleinauf fördern** Die ÖVP setzt sich dafür ein, dass bereits im Kindergarten- und Volksschulalter Anreize für sportliche Betätigung geschaffen werden. Der Grundstein für ein sportliches Leben wird in der Kindheit und Jugend gelegt. Wir werden daher vermehrt Lehrerinnen, Lehrer, Schülerinnen und Schüler zu sportlicher Bewegung animieren. Dies soll auch durch eine Verstärkung der sportlichen Ausbildung der Volksschulpädagogen erreicht werden. Weiters forciert die ÖVP die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen.

**Zusätzliche Förderungen von Sportstätten** Die ÖVP stellt sicher, dass die Verbände und Vereine vermehrt bei der Errichtung und Erhaltung von Sportstätten unterstützt werden. Die Dachverbände und der österreichische Fußballbund müssen einen Großteil ihrer Mittel für die Errichtung und Erhaltung von Sportstätten aufwenden. Dabei sind gerade die Vereine und Verbände die wichtigsten Säulen des Sports. Wir werden sie daher mit zusätzlichen Förderungen in ihrer Tätigkeit unterstützen.

**Mädchen und Frauen fördern** Unser besonderer Schwerpunkt gilt dem Mädchen- und Frauensport. Derzeit sind leider noch viele Sportstätten für Mädchen und Frauen ungeeignet. Die ÖVP tritt daher dafür ein, diese zu adaptieren, um die Benachteiligung für die weibliche Bevölkerung auszugleichen. Auch für Familien mit Kleinkindern werden wir insbesondere im unmittelbaren Wohnbereich die Sportmöglichkeiten verbessern.

**Behindertensport unterstützen** Wir unterstützen die vielfältigen Behindertensportvereinigungen bei ihren Aktivitäten, die der Gesundheitsförderung, der Teilhabe am sozialen Leben, der Rehabilitation und der Wiedergewinnung von Lebensfreude dienen. Zu diesem Zweck werden wir auch die Adaptierung von Sportstätten und den Behindertenleistungssport unter ärztlicher Betreuung fördern, weil Wettkampf und die von den hervorragenden Leistungen der österreichischen Behindertensportler ausgehende Vorbildwirkung auch für den Behindertensport unverzichtbar sind.

**Sport in Radio und Fernsehen** Der ORF ist durch den öffentlich-rechtlichen Programmauftrag dazu verpflichtet, das Interesse der Bevölkerung an aktiver sportlicher Betätigung zu fördern und dies auch in seinem Gesamtprogramm zu berücksichtigen. Wir bekennen uns zu diesem Auftrag und treten dafür ein, dass der Sport nicht nur in seiner gesamten Vielfalt dargestellt wird, sondern auch im Sinne eines Fitness- und Wellness-Service und einer Lebenshilfe für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen präsentiert wird. Weiters treten wir dafür ein, dass der ORF-Sportkanal die gesamte Breite des Sports darstellt und eine gerechte Verteilung der Übertragungszeiten garantiert. Darüber hinaus ist im Sinne einer dualen Rundfunklandschaft darauf zu achten, dass die Sportberichterstattung in möglichst vielen Programmangeboten (Privatradio, Privatfernsehen, Pay-TV) berücksichtigt wird.

### ÖVP-Initiativen für erfolgreichen Sport

- Verstärkte Unterstützung der Vereine und Verbände
- Adaptierung der Sportstätten
- Neue Schwerpunkte im Schulsport
- Behindertensport fördern
- Sportberichterstattung in den Medien sicherstellen

# 13 Land & Lebensqualität in einer Welt globaler Verantwortung

## Land braucht Zukunft

Aufwachsen und wohnen in intakter Umwelt, leben und arbeiten in einem vitalen Wirtschaftsraum, genießen von Lebensmitteln höchster Qualität, geborgen sein in einem sicheren sozialen Netz und teilhaben an vielfältigen kulturellen Aktivitäten: Ein lebendiger und attraktiver ländlicher Raum ist Basis für höchste Lebensqualität. Beinahe 80 % der österreichischen Landesfläche zählt zum ländlichen Raum. Zur Sicherung der regionalen Wertschöpfung und der Jobs brauchen wir kreative Lösungen, damit die Gefahr des „Ausräumens“ gebannt wird.

Ein klares Bekenntnis für einen starken Verbraucherschutz im Bereich der Lebensmittelproduktion ist für uns äußerst wichtig. Österreich ist zum internationalen Pionier in Umweltfragen geworden. Daher wollen wir unsere hohe Lebensqualität nachhaltig erhalten und noch weiter verbessern. Wir werden die ökologischen und ökonomischen Bedingungen so gestalten, dass alle an den damit verbundenen Chancen teilhaben können. Das ist ökosoziale Marktwirtschaft.

**Fairness für Menschen am Land** Beim Finanzausgleich 2000 ist ein erster Schritt zur Beseitigung von ungerechten Unterschieden zwischen Stadt- und Landgemeinden beim abgestuften Bevölkerungsschlüssel gelungen. Weitere Schritte sind unser Ziel. Den Bürgern in ländlichen Gebieten soll dadurch ein gleichwertiger Zugang zu Arbeit, Einkommen, Wohnen, medizinischen und sozialen Diensten sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen geboten werden können, wie er in urbanen Zentren selbstverständlich ist.

**Wirtschaftsstandort ländlicher Raum stärken** Der ländliche Raum muss ein zukunftsträchtiger Lebens- und Wirtschaftsraum bleiben. Deshalb müssen die Infrastruktur im Bereich der Informationstechnologie ausgebaut, regionale Marken gefördert sowie die Stärkefelder Wasser, Lebensmittel und Biomasse ausgebaut werden. Das vorhandene Potential soll durch verstärkte regionale Zusammenarbeit sowie durch Forschungs-, Bildungs-, Innovations- und Kompetenzzentren optimal genützt werden.

**Schutz vor Naturgefahren** Zum aktiven Schutz vor Naturgefahren (Hochwasser, Lawinen, Vermurungen) sind die Mittel für den vorbeugenden Katastrophenschutz aus dem Katastrophenfonds aufzustocken.

**Schutzwaldstrategie** Schutzwälder sind in Gebirgsregionen unverzichtbar. Die Verantwortung für ihre Finanzierung und Pflege ist nicht nur eine Aufgabe der Waldbauern, sondern aller Begünstigten.

**Nachhaltige Energiepolitik** Zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung und zur Erreichung des Kyoto-Zieles sind die benötigten Mittel bereitzustellen, um alle geplanten Biomasseprojekte umsetzen zu können. Biogene Treibstoffe sind weiterhin von der Mineralölsteuer zu befreien, zur Absatzsicherung sind der Treibstoffindustrie Quoten analog dem EIWOG vorzuschreiben.

### ÖVP-Initiativen für eine sichere ländliche Entwicklung

- Der Wirtschaftsstandort ländlicher Raum ist durch Ausbau der Infrastruktur, Förderung der regionalen Zusammenarbeit und Schaffung von Kompetenzzentren zu sichern
- Die Gemeinden sind durch einen fairen Finanzausgleich zu stärken, damit sie die Sicherstellung der Ver- und Entsorgung, der Daseinsgrundvorsorge eigenständig nachkommen können
- Die Bäuerinnen und Bauern sind mit ihren Familien das Rückgrat des ländlichen Raumes. Ihre Produktion ist die Grundlage für regionale Wertschöpfung
- Zum aktiven Schutz von Naturgefahren sind die Mittel des Katastrophenfonds aufzustocken

# Land & Lebensqualität in einer Welt globaler Verantwortung

## Starke Landwirtschaft – attraktive Regionen

Ein Großteil der Österreicherinnen und Österreicher lebt in ländlichen Räumen, fast eine Million Menschen leben direkt auf Bauernhöfen. Für die Zukunft Österreichs ist es von entscheidender Bedeutung, diese Lebens- und Wirtschaftsräume attraktiv und wettbewerbsfähig zu erhalten. Wir werden dafür sorgen.

**Bäuerliche Familienunternehmen stärken** Zur mittelfristigen Finanzierbarkeit der Leistungsabteilungen ist – ähnlich dem EU-Finanzrahmen bis 2006 – auch in Österreich ein Finanzplan für die Dauer der Legislaturperiode in der Form eines 3-Mrd.-Euro-Pakets abzuschließen. Dies entspricht der konsequenten Fortführung der bisherigen Unterstützung.

**Eigentumsrechte sichern** Das starke österreichische Eigentumsrecht ist die zentrale Grundlage unseres Wohlstandes, des sozialen Friedens und der hohen Lebens- und Umweltqualität in unserem Lande. Die zentralen Bestandteile unserer Eigentumsordnung müssen gesichert und dürfen nicht ausgehöhlt werden.

So muss sich die Besteuerung des Eigentums auch weiterhin an der Ertragsfähigkeit und am Einheitswert orientieren und darf nicht auf Grundlage des Verkehrswertes erfolgen. Der erfolgreiche Weg, die Eigenverantwortung der Grundeigentümer zu stärken und eigentumsaushöhlende Bürokratie zu beseitigen, muss konsequent weiterverfolgt werden.

**Landwirtschaft unterstützen** Das europäische Modell einer bäuerlichen, wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, multifunktionalen und flächendeckenden Landwirtschaft muss auch das Leitbild in einer erweiterten Europäischen Union sein. Die ÖVP wird bei der Erweiterung der Union und der Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik die Interessen der österreichischen Landwirtschaft vertreten. Die ÖVP ist

- für eine Staffelung der Marktordnungs-Direktzahlungen nach Betriebsgrößen
- für eine Aufrechterhaltung des Leistungsbezuges für Direktzahlungen
- für die geplante Stärkung der zweiten Säule der Agrarpolitik, die ländliche Entwicklung
- für die Beibehaltung der Mengenregulation (z. B. Milchquote)
- für gleiche Standards in allen derzeitigen und zukünftigen Mitgliedstaaten zur Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen

**Faire Wettbewerbsbedingungen sichern** Österreichs Bauern müssen auch bei den Kosten wettbewerbsfähig sein. Daher ist eine Agrardieselpreissenkung auf ein konkurrenzfähiges Niveau erforderlich (Reduktion auf das Niveau von Heizöl extra leicht).

Weitere Initiativen sind in den Bereichen Landmaschinen und Tierarzneimittel erforderlich. Vorgeschlagen werden Modelle wie bei der Anerkennung der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. Ziel bleibt eine europaweite Zulassung und harmonisierte Besteuerung von Betriebsmitteln. Ein voller Binnenmarktzugang im Bereich der Betriebsmittel und der Tierarzneimittel ist anzustreben. Im Bereich der Saisoniers und der Erntehelfer ist für ausreichende Kontingente zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe zu sorgen.

# Land & Lebensqualität in einer Welt globaler Verantwortung

**Absenkung des fiktiven Ausgedinges** Jeder österreichische Pensionist soll über ein Mindesteinkommen in Höhe der Ausgleichszulage verfügen können. Für Bauernpensionisten mit niedrigen Pensionen ist dies aufgrund einer überhöhten fiktiven Anrechnung von Ausgedingeleistungen nicht mehr gewährleistet. Um die finanzielle Mindestabsicherung der Bauernpensionisten zu gewährleisten, muss das fiktive Ausgedinge entsprechend den realen Verhältnissen schrittweise weiter abgesenkt werden.

**Verbesserungen des Berufsschutzes** Die Berufsschutzregelungen in der Pensionsversicherung müssen für alle Berufstätigen gleich sein und ausschließlich auf medizinischer Indikation beruhen.

**Mindestbeitragsgrundlage anpassen** Mit dem Optionenmodell wurde ein neues Beitragssystem geschaffen, welches vor allem jungen Betriebsführern, die Zukunftsinvestitionen tätigen, Erleichterungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen bringt. Um dieses Ziel bestmöglich zu erreichen, soll auch im bäuerlichen Bereich die Mindestbeitragsgrundlage für diese Betriebe, wie im Gewerbe, abgesenkt werden.

**Gerechte Einkommensberechnung für den Arbeitslosengeldbezug von Nebenerwerbsbauern** Für Landwirte soll dies durch die Berechnung der Einkommensgrenze nach steuerlichen Grundsätzen und einer dynamische Anpassung sichergestellt werden.

**Mehr Freiräume für Direktvermarktung und Dienstleistungen** Die Nachfrage nach bäuerlichen Lebensmitteln und Dienstleistungen, wie z. B. im Schulmilch- oder Tourismusbereich sowie bei kommunalen Dienstleistungen, steigt. Dies schafft Arbeit und Einkommen und erhöht das Dienstleistungsangebot in ländlichen Räumen – eine Voraussetzung für ihre Vitalität.

**Verwaltungsvereinfachung für Bauern** Im Bereich der Förderungsabwicklung ist eine weitere Entbürokratisierung dringend erforderlich. Eine automatische Antragstellung bei Tierprämien soll bis zum 1. Jänner 2004 umgesetzt werden. Im Laufe des Jahres 2003 sollen die Kontrollen in den Bereichen Integrierte Produktion, Gütesiegel, biologische Produktion und Tiergesundheitsdienst harmonisiert und zusammengeführt werden.

**Bildungsoffensive – 10.000 Absolventen von BFU bis 2006** Das „Fortbildungsprogramm bäuerliches Familienunternehmen“ ist ein Programm zur Optimierung des Betriebserfolges in bäuerlichen Unternehmen. Wir wollen 10.000 Absolventen in ganz Österreich bis 2006, die eine Leitfunktion übernehmen sollen.

## ÖVP-Initiativen zur Sicherung der Landwirtschaft

- Zur Sicherung der Einkommen der bäuerlichen Familien ist ein 3-Mrd.-Euro-Paket für die Dauer der Legislaturperiode abzuschließen
- Durch Sicherung der Eigentumsrechte ist die Eigenverantwortung der Grundeigentümer zu stärken. Die Besteuerung des Eigentums muss weiterhin auf der Ertragsfähigkeit beruhen
- Fairer Wettbewerb ist durch gerechte Betriebsmittelpreise und ausreichende Saisonier- und Erntehelferkontingente sicherzustellen. Eine Agrardieselpreissenkung auf ein konkurrenzfähiges Niveau ist unbedingt erforderlich
- Die Senkung des fiktiven Ausgedinges hilft vor allem den Beziehern von Kleinpensionen und ist schrittweise weiterzuführen
- Junge, innovative Betriebsführer sind durch die Absenkung der Mindestbeitragsgrundlage im Optionenmodell zu unterstützen
- Im Bereich der Förderungsabwicklung ist eine weitere Entbürokratisierung dringend erforderlich

# Land & Lebensqualität in einer Welt globaler Verantwortung

## Sichere Lebensmittel – informierte Konsumenten

Wir werden alles unternehmen, um die Sicherheit und die Qualität der österreichischen Lebensmittel auch in Zukunft zu gewährleisten und das Vertrauen der Österreicherinnen und Österreicher in österreichische Produkte zu rechtfertigen.

**Ernährungsagentur weiter ausbauen** Die mit 1. Juni 2002 errichtete Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit ist insbesondere durch eine Kooperation mit den Kontrollstellen der Bundesländer auszubauen. Der Fonds „Gesundes Österreich“ soll in die Ernährungsagentur integriert werden.

**Klare Konsumenteninformation** Wir wollen die vollständige Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln. Dazu sind bestehende Kennzeichnungssysteme, wie etwa die Rinder- und Eierkennzeichnung, auf neue Produktgruppen auszuweiten. Ziel bleibt eine klare und einfach zugängliche Information für die Konsumenten.

**Bioland Nr. 1 bleiben** Qualitätsführerschaft bleibt das Leitbild der österreichischen Lebensmittelproduktion: Neben dem Ziel, mehr Marktteilnehmer in Gütesiegelprogrammen zusammenzufassen, geht es darum, Nummer 1 im Biolandbau zu bleiben. Zur Weiterentwicklung der Biolandwirtschaft ist von den Bioverbänden eine stärkere Koordination und Bündelung der Aktivitäten anzustreben und zur gleichgewichtigen Entwicklung von Angebot und Nachfrage ein Schwerpunkt in der Konsumenteninformation zu setzen.

### ÖVP-Initiativen für sichere Lebensmittel

- Zur dauerhaften Sicherung der hohen Qualität unserer Lebensmittel und Sicherstellung der Ernährung ist die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit durch verstärkte Kooperation mit den Ländern weiterzuentwickeln
- Lückenlose Kontrolle und umfassende Konsumenteninformation sollen das Vertrauen der Verbraucher in österreichische Qualitätsprodukte weiter stärken
- Zur Stärkung Österreichs als Bioland Nr. 1 ist eine stärkere Koordination und Bündelung der Aktivitäten anzustreben

# Land & Lebensqualität in einer Welt globaler Verantwortung

---

## Intakte Umwelt in Österreich

Österreich liegt beim internationalen Nachhaltigkeitsindex weltweit auf dem hervorragenden 7. Platz. Die „Nachhaltigkeitsstrategie“ wurde unter unserer Federführung erarbeitet und soll zu einem neuen Leitbild für die heimische Umwelt-, Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik werden. Im Mittelpunkt moderner Umweltpolitik steht die Lebensqualität der Menschen in einem intakten und vielfältigen Lebensraum. Diese Umweltpolitik lebt nicht von überkommenen Feindbildern, sondern baut offensiv auf intelligente und nachhaltige Lösungen.

**Verwaltungsvereinfachungen für zertifizierte Betriebe** Treibende Kraft der Marktwirtschaft sind die Unternehmen und Menschen. Ihre Dynamik soll auch der Umwelt zugute kommen. Mit der Wirtschaft als Partner soll das erfolgreiche Umweltmanagement weiter gestärkt und so der betriebliche Umweltschutz weiter ausgebaut werden. Österreich liegt heute bei den umweltzertifizierten Betrieben (EMAS) an erster Stelle der EU. Um diese Spitzenposition zu halten, soll die Anzahl in den nächsten Jahren um 50 Prozent erhöht werden. Dazu ist es notwendig, umweltzertifizierten Betrieben weitere Verwaltungsvereinfachungen zu gewähren.

**Mehr Mittel für Klimaschutz** Um die global notwendigen Reduktionsziele bei den klimaschädlichen Emissionen zu erreichen, ist ein transparentes internationales Monitoring sowie der Ausbau der UN-Umweltorganisation UNEP zu einer „Umwelt-WTO“ notwendig. In Österreich ist die beschlossene Klimastrategie konsequent umzusetzen, das bedeutet Schwerpunkte insbesondere in der thermischen Gebäudesanierung, beim öffentlichen Verkehr sowie bei erneuerbaren Energieträgern zu setzen. Zur Zielerreichung sind auf Bundesseite zusätzlich 90 Million Euro jährlich notwendig. Diese Ziele sind im Zuge der Steuerreform zu unterstützen. Eine österreichische Kyoto-Plattform soll verbindliche Ziele und eine Selbstverpflichtung der Unternehmen zur Umsetzung vereinbaren.

**Kooperationsprinzip stärken** Erfolgreicher Natur- und Umweltschutz ist nur möglich, wenn die mit den örtlichen Gegebenheiten bestens vertrauten Grundeigentümer rechtzeitig und effizient eingebunden sowie für die Projektumsetzung gewonnen werden können. Vertragsnatur- und Vertragsumweltschutz sollen deshalb weiter forciert und die Einbindung der betroffenen Grundeigentümer sowie der ortsansässigen Bevölkerung bereits in der Planungsphase sichergestellt werden.

**Nationalparks als Impulsprojekte ausbauen** Neben ihrer zentralen Natur- und Artenschutzfunktion sind die österreichischen Nationalparks wichtige Leit- und Impulsprojekte sowie starke und verlässliche Partner der Regionalentwicklung. Wir bekennen uns zum weiteren Ausbau der österreichischen Nationalparks. Nationalparks sollen zu Modellregionen einer wirtschaftlich erfolgreichen, ökologisch verträglichen und sozial verantwortlichen Regionalentwicklung ausgebaut werden.

# Land & Lebensqualität in einer Welt globaler Verantwortung

**Sauberes Wasser und intakte Ökosysteme sichern** Österreich kann seine Bevölkerung flächendeckend mit Trinkwasser von höchster Qualität versorgen. Ziel ist, dass die Verfügungsgewalt über diese wertvolle heimische Ressource auch in Zukunft in österreichischen Händen bleibt. Die hohe Qualität unseres Wassers ist durch eine konsequente Gewässerschutzpolitik und Maßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft sowie ein flächendeckendes Monitoring zu unterstützen. Die Ziele eines optimalen Hochwasserschutzes sowie der Verbesserung des Lebensraums Wasser sind durch ökologisch orientierte Flussbaumaßnahmen und eine verantwortungsvolle Raumordnungspolitik zu gewährleisten. Die notwendigen Mittel sind durch eine Aufstockung des Katastrophenfonds sicherzustellen.

## **ÖVP-Initiativen für eine intakte Umwelt**

- Durch Umweltmanagementsysteme, offensive Kommunikations- und Informationsstrategien müssen das Umweltbewusstsein und das Engagement weiter gefördert werden
- Die Klimastrategie ist umzusetzen. Dafür sind Bundesmittel in Höhe von 90 Mio. Euro für Klimaschutzprojekte notwendig. Im Bereich der Energiepolitik sind erneuerbare Energieträger, insbesondere die Biomasse, zu forcieren
- Etablierung und internationale Anerkennung weiterer Nationalparks
- Hohe Qualität unseres Wassers durch eine konsequente Gewässerschutzpolitik und Maßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft sowie ein flächendeckendes Monitoring unterstützen. Es ist sicherzustellen, dass die Verfügungsgewalt über dieses „Lebensmittel“ in österreichischen Händen bleibt
- Vorrang für Vertragsnaturschutz und -umweltschutz

# Land & Lebensqualität in einer Welt globaler Verantwortung

## Umweltschutz optimieren

**Abfälle vermeiden** Unser Ziel ist die nachhaltige Entkopplung von Wirtschaftswachstum und deponierter Abfallmenge. Die Forcierung der Rücknahmeverpflichtung sowie Ökodesign bei neuen Produkten sind die dazu notwendigen Maßnahmen. Die Sammlungs- und Verwertungsquoten sind weiter zu steigern. Dabei sind Kosten der Sammelsysteme zu minimieren. Müllmengen, die unbehandelt auf Deponien landen, sind konsequent auf Null zu bringen. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft zur Reduktion des Müllanfalls sowie zur Steigerung der Sammel- und Verwertungsquote sind bessere Instrumente als die Belastung der Konsumenten durch zusätzliches Pfand oder Steuern.

**Intelligente Verkehrslösungen forcieren** Reduktionsziele sind durch einen Mix von technischem Fortschritt, innovativen Verkehrsleitsystemen, dem Einsatz biogener Treibstoffe, konsequenter Information der Öffentlichkeit sowie den Ausbau alternativer und öffentlicher Verkehrsangebote zu erreichen. Lenkungsmaßnahmen auf internationaler Ebene sind insbesondere im Güterverkehr notwendig. Ansatzpunkt hierfür sind vor allem ökologisch sensible Gebiete, wie etwa der Alpenraum. Die Vorgaben der Alpenkonvention sind im europäischen Rahmen zu verankern. Ziel ist eine nachhaltige Verringerung der negativen Effekte des LKW-Transitverkehrs. Pilotprojekte, wie betriebliches Mobilitätsmanagement oder autofreie Urlaubsangebote, sind auszubauen und zu fördern.

**Verlässlicher Verbraucherschutz** Die Weiterentwicklung der Instrumente zur Sicherung und zum Ausbau des Umweltstandards von Produkten und Dienstleistungen hat hohe Priorität, auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene. Wesentliche Eckpfeiler sind Transparenz, Vorsorge, Kontrolle und Eigenverantwortung. Entsprechende Anreizsysteme – wie insbesondere das Österreichische Umweltzeichen oder freiwillige Umweltmanagementsysteme (EMAS) – zur Stärkung von umweltorientierten Produktsegmenten und Dienstleistungen sind daher zu forcieren.

**Eigenverantwortung für mehr Umweltschutz stärken** Im Entscheidungsspielraum von Unternehmen und Verbrauchern liegt das eigentliche Potential zur Reduktion der Umweltbeeinträchtigung. Hier bedarf es gezielter Information und Unterstützung. Ein umfassendes Informationsangebot über umweltbezogene Eigenschaften von Produkten und Dienstleistungen soll den Konsumentinnen und Konsumenten ihre Kaufentscheidung erleichtern und ein positives Umweltverhalten ermöglichen. Die steigende Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger aktiv zum Umweltschutz beizutragen, ist für eine moderne Umweltpolitik zu nützen und als Chance zur Erreichung zentraler Umweltziele wahrzunehmen.

### ÖVP-Initiativen für wirksamen Umweltschutz

- Ziel einer nachhaltigen Abfallwirtschaft ist die Vermeidung von Abfällen und die Schonung der Ressourcen. Die Menge von unbehandelt deponierten Abfällen ist konsequent auf Null zu reduzieren.
- Intelligente Verkehrslösungen wie Mobilitätsmanagement, innovative Verkehrsleitsysteme und der Einsatz von biogenen Treibstoffen verringern die negativen Auswirkungen des Verkehrs. Der LKW-Transit muss nachhaltig verringert werden
- Die „österreichische Strategie zur nachhaltigen Entwicklung“ ist konsequent zu verfolgen und umzusetzen

# Land & Lebensqualität in einer Welt globaler Verantwortung

## Entwicklung nachhaltig unterstützen

**Globale Verantwortung wahrnehmen** In einer Welt der voranschreitenden Globalisierung können Umweltschutz und Frieden nicht mehr alleine regional sichergestellt werden. Der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, die drei Viertel der Weltbevölkerung stellen, insbesondere der Bekämpfung der Armut, kommt daher eine wichtige Funktion auch für uns selbst zu. Auf der Grundlage der christlichen Soziallehre verfolgt die ÖVP daher eine aktive Entwicklungspolitik – im Interesse der Dritten Welt, aber auch im wohlverstandenen Eigeninteresse. Die ÖVP bekennt sich zu einer aktiven Politik der Armutsbekämpfung, der Friedenssicherung und des Umweltschutzes in den Entwicklungsländern. Wer die Armut bekämpft, dient dem Frieden. Eine weltweite Politik der nachhaltigen Friedenssicherung, der Migrationsbekämpfung und des globalen Umweltschutzes ist daher ohne die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern nicht möglich.

**Mittel für Entwicklungszusammenarbeit erhöhen** Schon bisher war die ÖVP Garant dafür, dass trotz des notwendigen Budgetkonsolidierungskurses einschneidende Kürzungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit weitgehend abgefangen werden konnten. Die ÖVP trägt den im Rahmen der EU gefassten Beschluss, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit jedes EU-Landes bis 2006 auf mindestens 0,33 % des Bruttovolkseinkommens zu erhöhen, voll mit. Darüber hinaus bekennt sich die ÖVP weiterhin zur Erreichung des seit 1970 im Rahmen der Vereinten Nationen politisch angestrebten Zieles von 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit.

### ÖVP-Initiativen für nachhaltige Entwicklung

- Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit soll dort eingesetzt werden, wo sie maximale nachhaltige Wirkung für möglichst viele Menschen erzielen kann. Österreich wird mit jenen Partnerländern zusammenarbeiten, die die Prinzipien der Menschenrechte, insbesondere jener von Frauen und Kindern, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie, der guten Regierungsführung und des Umweltschutzes, beachten
- Bei der Entwicklungszusammenarbeit ist in erster Linie auf die volle Nutzung der Kapazitäten der Entwicklungsländer zu achten. Weiters sind die Stärken der Nichtregierungsorganisationen, ganz besonders deren direkter Zugang zur Bevölkerung in den Entwicklungsländern, zu berücksichtigen.
- Österreich soll verstärkt die internationalen humanitären Organisationen, vor allem jene mit Schwerpunkt Flüchtlingshilfe (wie z. B. UNHCR) und humanitäre Hilfe (z. B. Internationales Komitee des Roten Kreuzes) unterstützen
- Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sollen auf 0,33 % des Bruttovolkseinkommens erhöht werden. Um wie in der Vergangenheit sicherzustellen, dass die Entwicklungshilfemittel verlässlich ihre Adressaten erreichen, und dass die Verwaltung effizient und kostengünstig erfolgt, soll im Hinblick auf die beschlossene Anhebung der EZA-Mittel die Ausgliederung der Durchführung der Projekte geprüft werden
- Spenden für Entwicklungszusammenarbeit sollen steuerlich absetzbar gemacht werden – so wie dies bereits in vielen anderen EU-Staaten der Fall ist
- Förderung von fair gehandelten Produkten aus Entwicklungsländern (Fair Trade)

## Gemeinsam leben

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der möglichst alle Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichster Form selbstbestimmt Verantwortung für sich, für andere und für das Gemeinwohl übernehmen. Die soziale Qualität unserer Gesellschaft braucht nicht nur ein verlässliches System der sozialen Sicherung: Die freiwillige Mitarbeit aktiver Bürger im „Ehrenamt“ ist ein wichtiger Baustein der Bürgersolidarität und das Fundament einer aktiven Bürgergesellschaft. Die Politik muss dieses Engagement in seinen verschiedensten Formen unterstützen und fördern. Als Christdemokraten sind wir verpflichtet, die nach Österreich zugewanderten Menschen in unsere Gesellschaft durch eine aktive und partizipative Integrationspolitik zu integrieren.

## Leben in der Familie:

### Nr. 1 bei der Familienfreundlichkeit

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der Kinder und Familien willkommen sind. Funktionierende Familien sind uns nicht nur ein Herzensanliegen, sondern auch ein gesellschaftspolitisches Ziel. Wir wollen Lust auf Familie machen.

**Familienfreundlichkeit hat Vorrang** Wir wollen Österreich zum familienfreundlichsten Land Europas machen und sind bereits auf dem besten Weg dorthin. Das Kindergeld für alle ist eine großartige familienpolitische Errungenschaft und ein Riesenschritt zur Erreichung unseres Ziels, Österreich zum familienfreundlichsten Land Europas zu machen. Familien mit Kindern sind die Garanten für eine innovative und leistungsfähige, für eine menschliche und solidarische Gesellschaft. Sie sind daher die Leistungs- und Hoffnungsträger unserer Gesellschaft.

**Vielfalt anerkennen** Familie ist dort, wo Kinder sind. 75 % aller Kinder in Familienbeziehungen wachsen mit zwei Elternteilen auf, die den Kindern anerkanntermaßen die besten Startchancen für ihr eigenes Leben sichern. Natürlich begegnet uns Familie heutzutage in vielfältigeren Formen – von der „Patchwork-Familie“ bis hin zu den Alleinerzieherfamilien. Gerade letztere verdienen Respekt und Unterstützung, weil sie oft aus privaten, sozialen oder ökonomischen Gründen in diese Lebenssituation hineingezwungen werden.

**Aktive Vaterrolle** Wir anerkennen und unterstützen die Wahlfreiheit in den Lebensentwürfen und Vereinbarungen zwischen Mann und Frau. Wir wollen den Vätern aber bewusst machen, dass eine aktive Vaterrolle und die ausreichende Beschäftigung mit den eigenen Kindern eine wertvolle und unersetzliche Bereicherung des eigenen Lebens darstellt.

## Leben mit Kindern und Beruf

Junge Frauen wollen nicht mehr zwischen Beruf oder Familie wählen müssen. Sie wollen beides und sind nicht bereit, auf einen Lebensbereich zu verzichten. Wir unterstützen sie dabei durch konkrete Strategien zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

**Weitere Sensibilisierung der Gesellschaft** Mehr gesellschaftliche Akzeptanz und Verständnis sowohl für berufstätige Mütter als auch für Väter mit Familienaufgaben sind erforderlich. Besonders wichtig sind daher auch weiterhin Maßnahmen, die zur Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung der Gesellschaft beitragen. In den letzten Jahren wurde mit den verschiedensten Initiativen, wie z. B. mit den Wettbewerben „frauen- und familienfreundlichste Betriebe“, in den Bundesländern schon viel erreicht. Diese Anstrengungen müssen gezielt fortgesetzt werden.

**Weniger Stress durch bedarfsgerechtes und flexibles Angebot an Kinderbetreuung** Unser Grundsatz in der Kinderbetreuung lautet: Größtmögliche Wahlfreiheit. Im Bereich der Kinderbetreuung streben wir regional verteilt ein ausreichendes, flexibles, qualitativvolles Angebot an, das sich an den Bedürfnissen der Kinder, Mütter und Väter orientiert. Berufstätige Mütter und Väter wünschen sich in erster Linie flexiblere Öffnungszeiten bei den Kindergärten, ein Offenhalten auch während der Sommermonate sowie eine adäquate Nachmittagsbetreuung für Pflichtschüler. Hier ist in allererster Linie anzusetzen, damit berufstätige Mütter und Väter diese gewünschte Unterstützung österreichweit erhalten. Tagesmütter der sozialen Hilfsorganisationen werden bereits verstärkt in Anspruch genommen, weshalb es unser Ziel sein muss, die Qualität des Berufsbildes der Tagesmutter zu stärken und die notwendige sozialrechtliche Absicherung zu gewährleisten. Unternehmen brauchen noch mehr Anreize zur Einrichtung von (auch) betriebsübergreifenden Kinderbetreuungseinrichtungen.

**Steuerlicher Leistungsbonus für professionelle Kinderbetreuung** Für uns ist auch die Familie ein Arbeitsplatz. Daher wollen wir zur Unterstützung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Kosten für die professionelle Kinderbetreuung und Haushaltshilfen steuerlich absetzbar machen. Besonders für Frauen schafft das legale Arbeitsplätze und ermöglicht gleichzeitig Eltern einen außerhäuslichen Erwerb.

**Bündnis „Familie und Wirtschaft“** Wir wollen die Arbeitswelt familienfreundlicher gestalten. Dies kann jedoch nur in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gelingen. Die Wirtschaft muss verstärkt als „Verbündeter“ der Familien gewonnen werden. Gemeinsam müssen Arbeitszeitmodelle und Arbeitsabläufe erarbeitet werden, die sowohl den Interessen der berufstätigen Mutter/des berufstätigen Vaters als auch denen des Unternehmens gerecht werden. Studien zeigen: Familienfreundlichkeit in Unternehmen und Betrieben zahlt sich auf jeden Fall aus.

**Familienagenturen** Wir treten für die Weiterentwicklung und den Ausbau der Familienberatungsstellen in den Bundesländern zu echten „Familienagenturen“ ein. Die Familienberatungsstellen sollen sich neben ihren bisherigen Aufgaben des so wichtigen Themas der Vereinbarkeit von Beruf und Familie annehmen, als Anlauf- und Servicestelle für berufstätige Mütter und Väter die notwendige Übersicht über die verschiedenen Aktivitäten und Möglichkeiten im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen, Informationen vernetzen, Förderungen abwickeln und als Dokumentationsstelle fungieren.

### ÖVP-Initiativen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- Familienfreundliche Arbeitszeiten und Arbeitsmodelle in Kooperation mit der Wirtschaft
- Ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Angebot an Kinderbetreuungsplätzen
- Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Kindergärten – kindgerecht und kundenorientiert
- Kontakthalten zum Betrieb auch während der Karenz/Wiedereinstiegsmaßnahmen
- Weiterentwicklung der Familienberatungsstellen zu „Familienagenturen“
- Steuerlicher Leistungsbonus für professionelle Kinderbetreuung und Haushaltshilfen

## Für eine sichere Kindheit

Kinder bedürfen des besonderen Schutzes in der Gesellschaft. Sie sind schwächer, verletzbarer und auf die Verantwortung der Erwachsenen angewiesen. Die ÖVP tritt gegen jede Form von Gewalt, Missbrauch und Kinderpornographie ein. Wir lassen nicht zu, dass physische oder sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen verharmlost oder heruntergespielt wird.

Der Rechtsstaat muss mit aller Härte und Konsequenz gegen jene vorgehen, die sich an den schutzbedürftigsten Mitgliedern unserer Gesellschaft vergehen. Die ÖVP wird sich auch weiterhin vehement für jeglichen Schutz unserer Kinder und Jugendlichen einsetzen.

**Eltern- und Partnerbildung ausbauen** Wir wollen die Eltern-/Partnerbildung ausbauen, um die Erziehungskraft und -verantwortung der Eltern weiter zu stärken. Dies dient gleichzeitig der Prävention gegen Missbrauch, Sekten, Drogen und Gewalt in der Familie. Bestehende Schwellenängste, solche Eltern-/Partnerbildungsangebote in Anspruch zu nehmen, sollen abgebaut werden, das Image der Eltern-/Partnerbildung gehoben und im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankert werden.

## Fairness zwischen Jung und Alt

Unsere Jugendlichen sind die Leistungs- und Hoffnungsträger für die Zukunft Österreichs. Deshalb ist es besonders wichtig, ihnen die Möglichkeit und die nötigen Plattformen zu geben, damit sie bereits heute ihre Wünsche, Gefühle, Vorstellungen und Pläne für die Zukunft artikulieren und auch umsetzen.

**Einführung einer Jugend- und Familienverträglichkeitsprüfung** Um ein jugend- und familienfreundliches Klima in Österreich gewährleisten zu können, sollen Maßnahmen und Vorhaben in Hinkunft auch auf ihre Verträglichkeit in Hinblick auf Jugend- und Familienbelange geprüft werden.

**Forcierung von kinder- und jugendfreundlichen Gemeinden** Die Gemeinden sollten für jugendliche Mitbestimmung in allen jugendrelevanten gemeindepolitischen Bereichen geöffnet werden. Auf kommunaler Ebene sollten Bündnisse für Familien eingegangen werden, in denen die Entscheidungsträger vor Ort gemeinsam mit den Familien optimale Rahmenbedingungen für eine jugend- und familienfreundliche Gemeinde entwickeln und umsetzen.

**Mehr Geld beim Start ins Berufsleben** Die Neuverteilung des aktiven Lebensgehalts mit der Anhebung des Einstiegsgehalts ist anzustreben, damit junge Menschen besser in ihre Zukunft investieren können: Das erfordert z. B. höhere Einstiegsgehälter bei gleichzeitiger Verflachung der Lohnkurve im Öffentlichen Dienst.

**Jugendfreundliche Stadt- und Raumplanung** Lebensbedürfnisse der Jugend sollen durch die Berücksichtigung der Anliegen junger Menschen, z. B. bei der Stadt- und Raumplanung hinsichtlich der Freizeitgestaltung, der Sportanlagen oder der Grünflächen, Raum finden. Jugendfreundliche Infrastruktur in Stadt und Land bedeutet, dass öffentliche Verkehrsmittel den Bedürfnissen junger Menschen angepasst werden, da Mobilität eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg eines jungen Menschen ist.

**Harmonisierung der Jugendschutzgesetze** Um österreichweit den bestmöglichen Schutz unserer Jugendlichen zu gewährleisten, ist die Harmonisierung und Vereinheitlichung der Jugendschutzgesetze der Länder weiter voranzutreiben.

### ÖVP-Initiativen für beste Startbedingungen für die Jugend

- Einführung einer Jugend- und Familienverträglichkeitsprüfung
- Forcierung von kinder- und jugendfreundlichen Gemeinden
- Neuverteilung des aktiven Lebensgehalts mit Anhebung des Einstiegsgehalts
- Jugendfreundliche Stadt- und Raumplanung sowie Infrastruktur
- Harmonisierung der Jugendschutzgesetze

## Senioren: Mit uns sicher in die Zukunft

Die steigende Lebenserwartung öffnet für ältere Menschen neue Lebensperspektiven und Chancen zur Teilhabe an einem abwechslungsreichen und erfüllten Leben. Die Volkspartei sieht im Älterwerden der Gesellschaft keine Bedrohung, sondern enorme Chancen für jeden einzelnen Menschen. Die steigende Lebenserwartung öffnet für ältere Menschen neue Lebensperspektiven. Die Phase des Ruhestands ist zu einem eigenen Lebensabschnitt geworden – die gewonnene Generation bietet neue Chancen auf sinnerfüllte Aktivitäten und selbstbestimmtes Engagement.

**Ehrenamt fördern** Das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben darf nicht dazu führen, dass ältere Menschen „aufs Abstellgleis“ geschoben werden. Wir fördern daher das ehrenamtliche Engagement als Möglichkeit, aktiv an der Gesellschaft teilzunehmen, gesellschaftliche Leistungsbereitschaft unter Beweis zu stellen und das Problem sozialer Isolation und der Vereinsamung im Alter zu vermeiden.

**Hilfe sichern** Ältere Menschen sind auf Grund ihrer reichhaltigen Lebenserfahrung eine unverzichtbare Stütze der Gesellschaft. Zugleich müssen aber auch geeignete Formen der Hilfe und Unterstützung für jene gewährleistet werden, die mit der aktuellen Lebenslage aus verschiedenen Gründen nicht zurechtkommen. Die Gruppe der älteren Menschen ist in sich differenzierter als jede andere Altersgruppe in der Bevölkerung, weshalb die unterschiedlichen Problemlagen, aber auch Potentiale besser erkannt und bei den Lösungen in den verschiedenen Politikbereichen mitberücksichtigt werden müssen.

**Sichere Teilhabechancen** Wichtig für die Zukunft ist, dass die Generationen miteinander in einen offenen Dialog treten, damit gemeinsam eine generationenübergreifende Politik gestaltet werden kann. Im Zuge dieses Prozesses müssen auch die Teilhabechancen der älteren Generation schrittweise gestärkt werden, Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten älterer Menschen verbessert werden. Senioren- und Generationenpolitik muss in allen Politikfeldern Eingang finden.

### ÖVP-Initiativen für ältere Menschen

- Verankerung eines Diskriminierungsverbotes auf Grund des Alters sowie der Briefwahl in der Verfassung
- Schaffung von Seniorenbeiräten in allen Bundesländern und Gemeinden mit dem durch Landesgesetze zuerkannten Recht, Anträge an die Landtage und Gemeinderäte zu stellen
- Verstärkte Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Sozialversicherungsträgern und beim Hauptverband
- Verständliche gesetzliche Regelung der jährlichen Pensionsanpassung mit dem Ziel der Werterhaltung der Pensionen
- Der Ausgleichszulagenrichtsatz für Ehepaare soll im Hinblick auf die Möglichkeit einer außerordentlichen Erhöhung geprüft werden
- Reform der Pflegeausbildung und bundesweit einheitliche Regelungen zur Qualitätssicherung für die stationäre Pflege und Betreuung, insbesondere Heimverträge mit gleichen Standards in ganz Österreich (Gütesiegel)

## Gendermainstreaming: Fairness zwischen den Geschlechtern

Die Qualität der Frauenpolitik des 21. Jahrhunderts bemisst sich daran, dass sie nicht ein normatives, sondern ein empirisches Projekt ist. Grundlage der ÖVP-Frauenpolitik sind die Lebensbiografien und Lebensphasen der Frauen. An ihnen, an der Realität weiblicher Biografien und der damit verbundenen Herausforderungen, orientiert sich die Frauenpolitik.

Wirkungsvolle Frauenpolitik muss deshalb in allen Politikfeldern daheim sein, die weibliche Biografien betreffen – von der Wirtschafts- und Arbeitspolitik über die Bildungs- bis hin zur Familienpolitik. Eine nur auf sich selbst bezogene Frauenpolitik kann auf die neuen Herausforderungen keine Antworten mehr geben.

**Fairness & Partnerschaftlichkeit durchsetzen** Wir bekennen uns zu einem partnerschaftlichen Lebensmodell auf Basis der vollständigen Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit der PartnerInnen. Wir unterstützen diese Partnerschaftlichkeit auf allen Ebenen des Zusammenlebens – in Ehe und Familie, im Wirtschafts- und Arbeitsleben sowie auf der Ebene von Staat und Politik. Fairness und Partnerschaftlichkeit zwischen den Geschlechtern erfordert, dass wir alle – egal ob Frauen oder Männer – gegen den nachweislich geringeren Verdienst von Frauen bei gleichwertiger Arbeit, gegen eine schlechtere Absicherung im Alter sowie gegen eine geringere Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen und in politischen Gremien auftreten.

**Recht auf Anderssein & Unterscheidbarkeit** Die Lebenswelten von Frau und Mann sind durch biologische Vorgaben unterschiedlich. Diese Unterscheidbarkeit soll – gerade im Interesse der Frauen – nicht geleugnet werden. Sie muss vielmehr in den vielen Lebenswelten und -phasen, in denen Menschen leben, angemessen anerkannt werden. Gleichwertige Partnerschaft ist nämlich nur dann realisierbar, wenn biografische Besonderheiten der Geschlechter anerkannt und berücksichtigt werden. Deshalb ist das Verfahren des Gendermainstreamings eine wichtige Hilfestellung, um die unterschiedlichen Lebens- und Erfahrungswelten von Männern und Frauen objektiv nachvollziehbar zu machen und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen.

**Wahlfreiheit & Sicherheit** Wir wollen, dass Frauen – genauso wie Männer – frei wählen können, wie sie ihr Leben bzw. bestimmte Lebensphasen gestalten. Die Wahlfreiheit ist ein Prinzip, das für seine Verwirklichung auch in der Frauenpolitik sichere Grundlagen braucht: Nur die möglichst eigenständige Entscheidungsfreiheit der Frauen auf allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ebenen kann Benachteiligungen verhindern und individuelle Lebensentwürfe ermöglichen. Gerade für Frauen ist wichtig, dass Wahlfreiheit nicht „Entweder-oder“-Entscheidungen erfordert, sondern Vereinbarkeit ermöglicht. Dies gilt in besonderem Maß für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

## Zuwanderung: Richtig integrieren

Die Integration von Zuwanderern ist eine enorme gesellschaftliche Herausforderung in allen westlichen Ländern: Österreich hat mit 9,2 % einen der höchsten Ausländeranteile aller EU-Staaten. Andere Lebensgewohnheiten und damit Ablehnung und Skepsis bei der einheimischen Bevölkerung, Sprach- und damit Verständigungsprobleme, Schwierigkeiten bei der sozialen und ökonomischen Integration, Schulprobleme, andere Werthaltungen auch bei Menschenrechten, eine andere Rolle der Frauen, ein anderer Umgang mit öffentlichen Leistungen, offener und verdeckter Asylmissbrauch sowie illegale Einwanderung, Sprachenklaven oder auch mangelnde Bereitschaft zur Integration sind nur einige der sensiblen Punkte in der öffentlichen Wahrnehmung.

Unsere an christdemokratischen Grundsätzen orientierte Integrationspolitik ist um objektive Problemdarstellung und -lösung bemüht.

**Eindeutig differenzieren** Es geht um eine eindeutige Differenzierung zwischen Zuwanderungspolitik (als Antwort auf freiwillige Migration und wirtschaftliche Überlegungen) und Asylgewährung (als Antwort auf erzwungene Migration) als zwei unterschiedliche Immigrationspolitiken. Asylpolitik ist Menschenrechtspolitik. Zuwanderung ist Wirtschafts- und Kultur-, Bildungs- und Sozialpolitik. Es geht auch um die Differenzierung einer europäischen Integration von Zuwanderern aus den EU-Beitrittsländern und denen aus anderen Gebieten der Welt. Daher unterstützen wir ausdrücklich in der EU gemeinsame Maßstäbe zur Einwanderungspolitik.

**Integrationspolitik ist mehr** Für uns gehört zur Integrationspolitik ausdrücklich mehr als fremdenpolitische Maßnahmen. Umfassende Integrationspolitik ist auch Bildungspolitik, die Vermittlung von Sprachkompetenz und die Entwicklung eines neuen Kulturverständnisses.

**Besser aufklären** Es geht um umfassende Aufklärungsarbeit, die sich sowohl an die österreichische Bevölkerung (im Sinne der Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft) als auch an die in Österreich wohnenden bzw. zuwandernden Ausländer (im Sinne der Integrationswilligkeit) richtet.

**Ja zur Vielfalt** Es geht um eine deutliche gesellschaftspolitische Botschaft, dass unsere Gesellschaft Vielfalt begrüßt, und dass jeder politische Diskurs, der zu Rassenhass, Ausländerfeindlichkeit oder ethnisch begründeten Vorurteilen aufhetzt, verurteilt wird.

**Gemeinsame Grundwerte** Wir wollen die klare Definition einer „Kultur des Grundwertekonsenses“. Zuwanderer nach Europa, egal mit welchem ethnischen oder religiösen Hintergrund, müssen den europäischen Kanon der Menschenrechte anerkennen. Dieser begründet einerseits ihr Recht auf (z. B. religiöses) Anderssein. Andererseits verlangt dieser Kanon der Menschenrechte von den Zuwanderern auch die Anerkennung der europäischen Grundwertekultur.

**Gerechte Teilhabe** Politik hat dafür zu sorgen, dass es in Österreich lebenden Menschen ungeachtet ihres unterschiedlichen ethnischen oder kulturellen Hintergrunds möglich ist, in gerechter Weise am gesellschaftlichen, ökonomischen, sozialen und staatlichen Leben zu partizipieren. Die Einbeziehung dieser Menschengruppen in die politische und gesellschaftliche Gestaltung Österreichs ist der österreichischen Bevölkerung zu erläutern, um Verständnis und Akzeptanz zu erreichen. Partizipation von Zuwanderern an den gesellschaftlichen und politischen Strukturen können und sollen auch Einrichtungen der aktiven Bürgergesellschaft ermöglichen.

## **ÖVP-Initiativen für erfolgreiche Integration**

- Bildung stärkt Integration: Die wichtigste Integrationschance ist die Sprache. Daher Angebot geförderter Sprachbildungsprogramme besonders für berufstätige Menschen und speziell für Frauen
- Wissen schafft Verständigung: Verankerung integrationspolitischer Informationen in den Lehrplänen unserer Schulen
- Jobchance schafft Sicherheit: Im Hinblick auf die europäische Rechtsvereinheitlichung wollen wir zur raschen Weiterführung der Harmonisierung des Ausländerbeschäftigungs- und Fremdenrechts kommen; Einrichtung spezieller Beratungsagenturen sowie maßgeschneiderte Qualifikationsmaßnahmen für die Integration in den Arbeitsmarkt und eine intensive Betreuung von Jugendlichen durch Auffangnetze
- Wohnungsmonitor: Erhebung der Wohnsituation von Zuwanderern und Ausarbeitung einer Strategie zur Verbesserung der Wohnungssituation
- Integration von eingebürgerten Zuwanderern in den Öffentlichen Dienst
- Gezielte muttersprachliche Drogenprävention
- Ausreichende Kinderbetreuungsangebote, die speziell auf Bedürfnisse der Zuwanderer Rücksicht nehmen, z. B. wo Eltern im Reinigungs- und Gastgewerbe arbeiten

## Die aktive Bürgergesellschaft fördern

Wir wollen Österreich zu einer Gesellschaft aktiver Bürgerinnen und Bürger ausgestalten. Es geht um eine neue Aufgabenteilung zwischen privat und Staat und zwischen Freiwilligen und Öffentlichem Dienst, um ein Füreinander in bürgerschaftlicher Solidarität und um die Verlebendigung der Demokratie durch freie bürgerschaftliche Initiative.

In dieser Gesellschaft ist jeder Einzelne eingeladen und ermutigt, in privaten Einrichtungen wie Vereinen und freien Bürgerinitiativen Aufgaben für die Gemeinschaft zu übernehmen: beispielsweise im Sozialwesen, im Katastrophenschutz, im Rettungswesen, bei der örtlichen Sicherheit, im Natur- und Umweltschutz, im Sport, in der Kultur. In der aktiven Bürgergesellschaft gestalten die Bürgerinnen und Bürger aus eigener Initiative ihren engeren und engsten Lebensraum: in der Nachbarschaft, im (virtuellen) Dorf, im „Grätzel“, aber auch im „Global Village“ der Zivilgesellschaft.

**Mehr Motivation** Wir wollen das Selbstwertgefühl und die Bereitschaft der Menschen zur Übernahme von Verantwortung und Solidarität stärken. Die Bürgerinnen und Bürger sollen motiviert werden, selbst die Initiative in wichtigen Lebensbereichen für das Gemeinwohl zu ergreifen. Dieses soziale Engagement ist für das Gelingen des Gemeinwohls unverzichtbar.

**Ehrenamt auszeichnen** Die Bürgerinnen und Bürger, die aktiv werden – ganz besonders bei Katastropheneinsätzen – und sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren, sollen auch die nötige ideelle Anerkennung und gesellschaftliche Wertschätzung erfahren. Das vor kurzem auf Bundesebene neu eingeführte Ehrenzeichen zur Anerkennung besonderer Verdienste um die Republik Österreich oder besonderer Verdienste um das Gemeinwesen soll dazu öffentlichkeitswirksam eingesetzt werden.

**Arbeitsplatzchancen nützen** Einem weltweiten Trend entsprechend wachsen die Non-Profit-Organisationen (NPO) sehr schnell und gewinnen nicht nur für das Sozialsystem, sondern auch für den Arbeitsmarkt immer größere Bedeutung. Caritas, Rotes Kreuz, Hilfswerk und die vielen basisorientierten Selbsthilfegruppen haben sich zu einer unverzichtbaren Säule unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems entwickelt. Wir wollen, dass die Menschen auch die Arbeitsplatzchancen im „dritten Sektor“ nützen können.

**Steuerliche Regeln für die Gemeinnützigkeit** Wir werden für eine maßgeschneiderte steuerliche Förderung der aktiven Einrichtungen der Bürgergesellschaften eintreten. Besonders wichtig ist die steuerliche Begünstigung von Spenden für gemeinnützige Organisationen etwa durch die Einführung einer qualitativ und quantitativ begünstigten Abzugsfähigkeit von Spenden im Bereich der Ertrags- und Einkommensteuer.

### ÖVP-Initiativen für eine aktive Bürgergesellschaft

- Bessere Anerkennung des Ehrenamtes
- Steuerliche Absetzbarkeit von Spenden an gemeinnützige Vereine, die haupt- oder ehrenamtlich soziale, familiäre oder sozialmedizinische Dienstleistungen erbringen bzw. Arbeiten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit leisten
- Aufwertung von ehrenamtlicher Tätigkeit im Gesundheits- und Sozialbereich und Förderung entsprechender Bildungsmaßnahmen
- Berücksichtigung ehrenamtlichen Engagements bei Postenvergaben im Bereich der öffentlichen Hand

**Impressum:**

Medieninhaber: Die Österreichische Volkspartei

Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien

Erscheinungsort: Wien

email@oevp.at; www.oevp.at